

**Vorlage für die Sitzung des Senats
am 4. Dezember 2012**

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis September 2012

einschl. der Aktualisierung auf der Basis des Zeitraums Januar bis Oktober 2012

A. Problem

Durch ein unterjähriges Controlling auf der Basis des Produktgruppenhaushalts sollen finanzielle, personalwirtschaftliche und leistungsbezogene Entwicklungen aufgezeigt und bei Abweichungen die Möglichkeit geschaffen werden, rechtzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten und zur Einhaltung des Budgetrahmens, der Personalziele und der Leistungsziele Vorschläge zu machen.

Gleichzeitig erfüllt der Senat seine Verpflichtung gemäß § 12 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes (Land) bzw. § 11 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes (Stadtgemeinde), dem Haushalts- und Finanzausschuss auf den Ebenen der Produktbereiche und Produktpläne periodisch Berichte vorzulegen.

Auf der Basis der Ergebnisse des 3. Quartals 2012 haben die Ressorts über die Erreichung der im Produktgruppenhaushalt festgelegten Ziele (Finanz- und Personaldaten sowie Leistungsdaten) berichtet und eine Einschätzung zum voraussichtlichen Jahresergebnis vorgenommen. Die Senatorin für Finanzen analysiert diese Berichte, nimmt eigene Bewertungen vor und führt die Ressortberichte zu einem Controllingbericht zusammen.

Außerdem liegt ein weiterer Schwerpunkt des Controllings auf der Einhaltung der jeweiligen produktplanbezogenen zulässigen Finanzierungssalden (nicht zu verwechseln mit dem strukturellen Finanzierungsdefizit im Sinne der Sanierungsvereinbarung).

Aufgrund mittlerweile vorliegender Daten für Oktober 2012 sind auch erste Einschätzungen auf dieser Grundlage möglich.

Weiterhin hat der Senat am 23. Oktober 2012 u. a. beschlossen:

„Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Notwendigkeit der Inanspruchnahme von Resten und Rücklagen kritisch und sämtliche Möglichkeiten zum Liquiditätsausgleich zu überprüfen. Hierüber ist zum September-Controlling detailliert zu berichten.“

B. Lösung

I. Einhaltung der Finanz-, Personal- und Leistungsziele

Der Senat hatte alle Ressorts aufgefordert, zum Controlling 8/2012 alle voraussichtlichen Budgetrisiken aufzuzeigen, Lösungsansätze zu entwickeln und ggf. verbleibende Beträge zur Umsetzung des Risikofonds aufzugeben, der in den Haushalten 2012 vorgehalten wurde. Mit Beschluss vom 23. Oktober 2012 hat der Senat ein Lösungskonzept auf dieser Basis beschlossen, das sich nunmehr in Umsetzung befindet.

Insoweit sind die Meldungen der Ressorts für die jeweiligen Produktpläne unter dem Gesichtspunkt der Problemlösungen aufgrund dieser Beschlusslage zu sehen, da die Ressorts diese bereits in ihre voraussichtlichen Jahresergebnisse eingearbeitet haben.

Zu den Risiken im Einzelnen:

1. Budgeteinhaltung Personal

Gegenüber den in der Senatsvorlage für die Sitzung am 23.10.2012 dargestellten Risiken im Personalbereich bestehen aktuell noch Budgetrisiken in Höhe von 3,8 Mio. €, die durch die nachstehenden Maßnahmen aufgelöst werden sollen.

⇒ Global veranschlagte Personalmittel

Aktuell (Stand 07.11. 2012) stehen bei den global veranschlagten Personalausgaben (ohne Reste) insgesamt rd. 4,5 Mio. € zur Verfügung. Weiterhin können Mittel aus den Minderausgaben bei der dezentral veranschlagten Beihilfe und Nachversicherung in Höhe von rd. 1,3 Mio. €, Minderausgaben im Nachwuchskräftepool in Höhe von rd. 0,7 Mio. € sowie Minderausgaben für Ausbildung im Produktplan 91 in Höhe von rd. 0,7 Mio. € genutzt werden.

Insgesamt stehen also Mittel in Höhe von rd. 7,2 Mio. € zur Deckung von zusätzlichen Personalausgaben in den dezentralen Produktplänen zur Verfügung.

Dem gegenüber stehen voraussichtliche Bedarfe in Höhe von rd. 8,7 Mio. €. Es entstehen also voraussichtliche Mehrausgaben in Höhe von rd. 1,5 Mio. €. Die Mehrausgaben sollen durch eine Rücklagenentnahme im Produktbereich 92.02 Zentrale veranschlagte Personalausgaben gedeckt werden. Liquidität wird durch den Produktbereich 92.01 Allgemeine Finanzen gestellt.

⇒ Personalmehrausgaben in den Produktplänen

In den Produktplänen haben sich die zum Jahresende prognostizierten Mehrausgaben beim Personal von rd. 3,1 Mio. € (Controlling 8/2012) auf rd. 2,3 Mio. € vermindert.

Die voraussichtlichen Mehrausgaben verteilen sich wie folgt:

Tabelle 1: Voraussichtliche Mehrausgaben nach Produktplänen

Produktplan	Mehrausgaben in Tsd. €	Deckung in Tsd. €	Restrisiko in Tsd. €
03 Senat und Senatskanzlei	192		192
05 Bund u. Europa	320		320
06 Datenschutz	138	138	0
07 Inneres	700		700
24 Hochschulen u. Forschung	410		410
51 Gesundheit	459		459
68 Bau, Umwelt und Verkehr	200		200
71 Wirtschaft	900	900	0
81 Häfen	500	500	0
Insgesamt	3.819	1.538	2.281

Im Produktplan Inneres besteht für die Beschäftigten der Polizei die Möglichkeit, über das 60. Lebensjahr hinaus im Dienst zu bleiben. Die hieraus entstehenden Mehrkosten werden durch die entsprechenden Einsparungen im Versorgungshaushalt gegenfinanziert, so dass das Defizit im Personalhaushalt Inneres auf 700 T€ reduziert wurde.

Bereits zum letzten Controllingbericht (8/2012) war von den Ressorts die Erwartung geäußert worden, die prognostizierten Mehrausgaben durch restriktive Bewirtschaftung der Personalbudgets zu erwirtschaften. Diese Einschätzung gilt auch noch zum jetzigen Zeitpunkt.

Insoweit besteht für den Gesamthaushalt im Bereich der Personalausgaben kein Risiko mehr.

2. Budgeteinhaltung (sonstiges Budget)

Unter Berücksichtigung des Beschlusses des Senats zum Lösungskonzept der Budgetrisiken vom 23.10.2012 war noch eine Lösung für die auch in diesem Controllingbericht aufgezeigten Energiemehrkosten im Produktplan 21 Bildung zu entwickeln. Der Senat hat hierzu in seiner Sitzung am 13.11.2012 folgenden Beschluss gefasst:

Der Senat bittet SBWG kurzfristig durch ressortinterne Nachbewilligung einen Ausgleich für die Finanzierungslücke im Bereich der Energiekosten zu schaffen, der zum 31.3.13 zurückgeführt wird.

Über die Rückführung entscheidet der Senat im Rahmen einer Gesamtbetrachtung der konsumtiven Haushaltsprobleme des Bildungsbereiches

Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen und die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit in der Zwischenzeit alle Möglichkeiten zu prüfen, um das entsprechende Volumen zu reduzieren.

Dem Haushalts- und Finanzausschuss wurden mittlerweile entsprechende Anträge des Ressorts zur (vollständigen) Lösung innerhalb des Senatorenbudgets vorgelegt. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich mit den Anträgen in seiner Sitzung am 16. November 2012 im Zusammenhang mit dem Lösungskonzept 2012 befasst und den Bedarf

sowie den Finanzierungsvorschlag grundsätzlich zur Kenntnis genommen, die Beschlussfassung allerdings auf den 7. Dezember 2012 vertagt, da die Befassung in der Fachdeputation noch nicht erfolgt war. Die Fachdeputation wird sich ebenfalls am 7. Dezember 2012, allerdings vor dem Haushalts- und Finanzausschuss, mit der Angelegenheit befassen. Nach den entsprechenden Gremienbefassungen wäre damit auch dieses Budgetrisiko gelöst.

Seit dem Controlling 01-08/2012 neu hinzugetreten sind die im Produktplan 31 Arbeit erwarteten Mindereinnahmen im Bereich des EU-finanzierten Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms in Höhe von ca. 13,0 Mio. €

Entsprechend der bisherigen Praxis sollte diese abrechnungstechnisch bedingte Zahlungsverzögerung, die zu Mindereinnahmen im kameralen Haushalt führt, im Innenverhältnis als Verlust vorgetragen werden. Im Außenverhältnis (Gesamthaushalt) sind diese „fehlenden“ Einnahmen dennoch kassenmäßig auszugleichen. Die Senatorin für Finanzen schlägt deshalb vor, hierfür zu erwartende Zinsminderausgaben heranzuziehen.

Dieser Vorschlag ist nach Auffassung der Senatorin für Finanzen vertretbar, da es sich bei den abrechnungstechnisch bedingten EU-Mindereinnahmen um einen einmaligen (nicht strukturellen) Effekt handelt.

Hinzuweisen ist ferner darauf, dass - wie bereits zum Controlling II. Quartal 2012 mitgeteilt - im Produktplan 22 Kultur zum Ausgleich erwarteter Mindereinnahmen (insbesondere Citytax) im Haushaltsjahr 2012 investive Mittel (Sanierung Übersee-Museum und Deutsches Schiffahrtsmuseum) herangezogen werden müssen.

3. Fazit zu den Budgetrisiken:

Aufgrund der im Controlling bei dem Personalbudget und im sonstigen Budget aufgezeigten Sachverhalte und deren Lösungen bestehen zurzeit für das Haushaltsjahr 2012 keine Budgetrisiken.

4. Einhaltung der Leistungsziele

Die von den Ressorts vorgelegten Produktplanberichte nebst Leistungsblatt sind im beige-fügten Controllingbericht Produktgruppenhaushalt enthalten. Wie bereits in den letzten Controllingberichten werden die „Leistungsblätter“ (Seite 1a des Produktplanberichts) nur in den Fällen vorgelegt, in denen eine unterjährige Messbarkeit möglich und ein Controlling zweckmäßig ist.

Die aktuell vorliegenden Berichte machen deutlich, dass die geplanten Leistungsdaten sehr unterschiedliche Erfüllungsstände zum dritten Quartal aufweisen.

Aufgrund der Vielzahl an Leistungsdaten sowie vor dem Hintergrund der unterschiedlichsten Begründungen für positive oder negative Abweichungen ist es nicht zweckmäßig, diese einzeln zu benennen oder einzelne herauszuheben.

Hinsichtlich der Leistungsdaten und auch zu den Begründungen hierzu und den weiteren Kennzahlen wird daher auf die Produktplan- bzw. Produktbereichsblätter verwiesen.

Abschließender Hinweis:

Detaillierte Sachverhalte sind den beigefügten Produktplanberichten der Ressorts, denen im Einzelfall eine Kommentierung der Senatorin für Finanzen vorangestellt ist, zu entnehmen. Die Ergebnisse der einzelnen Produktpläne zur Einhaltung der Finanzierungssaldos sind im beigefügten Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis September 2012 dargestellt.

Vertiefende Informationen (insbesondere die im Teil II des Controllingberichts enthaltenen Produktbereichsberichte) sind im Mitarbeiterportal (MiP)¹ abrufbar.

II. Einhaltung des veranschlagten eckwertrelevanten Finanzierungssaldos

Neben der Budgetbetrachtung ist im Rahmen dieses Controllings festzustellen, ob der **Saldo der veranschlagten eckwertrelevanten Einnahmen und Ausgaben² der Produktpläne** im Vollzug eingehalten werden kann. Zu diesem Zweck werden die erwarteten IST-Ergebnisse der eckwertrelevanten Einnahmen und Ausgaben des Jahres saldiert und dieser Obergrenze (veranschlagter eckwertrelevanter Finanzierungssaldo) gegenübergestellt. Aktuell können Abweichungen insbesondere durch erwartete und (noch) nicht ausgeglichene Reste-/Rücklageninanspruchnahmen entstehen³. Aber auch die erwartete Mindereinnahme im PPL 31 Arbeit führt grundsätzlich zu einer Überschreitung des Finanzierungssaldos.

Die sich auf Basis der abgegebenen **voraussichtlichen IST-Schätzungen 09/2012** der Ressorts ergebenden Salden aus bereinigten Einnahmen und Ausgaben sind aus der **Anlage 1 zum Controllingbericht** ersichtlich.

Unter Berücksichtigung **aktuellerer Einschätzungen (Anlage 2 zur Senatsvorlage) auf der Basis Oktober 2012** ist von folgender Entwicklung auszugehen:

Veranschlagter eckwertrelevanter Finanzierungssaldo	- 3.795,9 Mio. €
Stadtstaatenneutrale KFA-Mehrausgaben	- 5,0 Mio. €
Haushaltsausgleich Mindereinnahmen City-Tax	<u>+ 2,1 Mio. €</u>
Bereinigter eckwertrelevanter Finanzierungssaldo	- 3.798,8 Mio. €
Voraussichtliche Ist-Einschätzung der PPL	<u>3.800,9 Mio. €</u>
Überschreitung	<u>2,1 Mio. €</u>

¹ [MiP Infosys](#)

² Dabei handelt es sich um die konsumtiven und investiven Einnahmen, die Personal-, konsumtiven, investiven und Zinsausgaben.

³ Nach den Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Haushalte 2012 vom 20.06.2012 sind für Reste-/Rücklageninanspruchnahmen Anschläge oder Mehreinnahmen an anderer Stelle innerhalb des Produktplans „stillzulegen“.

Die aktuell erwarteten Zinsminderausgaben in Höhe von ca. 20 Mio. € sind in dieser Berechnung bereits einbezogen, so dass die daraus resultierende freie Liquidität für andere Liquiditätsbedarfe rechnerisch aufgezehrt wurde.

Im Rahmen der saldierten Über- und Unterschreitungen auf der Basis 10/2012 sind im Wesentlichen die nachfolgenden PPL aufzuführen:

PPL 31 Arbeit Erwartete Mindereinnahmen bei den ESF Mitteln.	13,0 Mio. €
PPL 07 Inneres erwartetes Personaldefizit iHv. akt. 1,6 Mio. € abzgl. noch zu verlagernder Beträge von rd. 0,9 Mio. € (siehe Kommentar zu PPL 07 im Controllingbericht); Verausgabung konsumtiver Ausgabereste für das Programm OSCI-XMeld (0,8 Mio. €) sowie Sonstiges	3,1 Mio. €
PPL 68 Umwelt, Bau, Verkehr Überschreitung bei ReFi-Personal (2,5 Mio. €) und div. Reste-/Rücklageninanspruchnahme (u.a. aufgrund Verlagerung für den BSAG-Verlustausgleich an PPL 92 Allgemeine Finanzen)	4,7 Mio. €
zugelassene Reste-/ Rücklageninanspruchnahme einzelner PPL lt. Lösungskonzept des Senats vom 23.10.2012 (Ausgleich durch „Gesamthaushalt“)	1,9 Mio. €
PPL 93 Zentr. Finanzen erwartete Zinsminderausgaben	- 20 Mio. €

Fazit:

Die erwarteten produktplanbezogenen Überschreitungen im Finanzierungssaldo sind kritisch zu sehen, zumal die voraussichtlichen Zinsminderausgaben bereits vollständig „verbraucht“ sind. Es muss sichergestellt werden, dass keine weitere Steigerung der Defizite eintritt.

III. Berichtspflicht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr berichtet per 30.9.12 wie folgt:

„Mit der aktualisierten Prognose der Ist-Einnahmen und -ausgaben des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr wird nur noch von einem um 2,5 Mio. € höheren Finanzierungssaldo gegenüber dem veranschlagten eckwertrelevanten Finanzierungssaldo ausgegangen (im Wesentlichen bei refinanziertem Personal). Insofern sind die Möglichkeiten der Liquiditätsaustausche ausreichend ausgeschöpft worden. Es ergibt sich hieraus keine Problematik für den Gesamthaushalt.“

Zwischenzeitlich hat sich die Überschreitung durch eine notwendige PPL-übergreifende Verlagerung für die Mittel des Verlustausgleichs der BSAG auf aktuell 4,7 Mio. € erhöht.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Mit dieser Vorlage sind unmittelbar keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder gender-bezogenen Auswirkungen verbunden.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Produktplan- und Produktbereichsberichte wurden von den Fachressorts erstellt. Die Kommentare der Senatorin für Finanzen wurden mit den Fachressorts erörtert.

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Öffentlichkeitsarbeit geeignet. Gegen eine Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz bestehen keine Bedenken.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 662/18 den Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis September 2012 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss (Land und Stadtgemeinde) weiterzuleiten.
2. Der Senat stimmt dem Vorschlag der Senatorin für Finanzen zu, zum Ausgleich der Mindereinnahmen im PPL 31 Arbeit (ESF-Mittel) sowie zum Ausgleich der im Lösungskonzept des Senats vom 23. Oktober 2012 zugelassenen Reste-/Rücklageninanspruchnahme in Höhe von 1,9 Mio. € die erwarteten Zinsminderausgaben heranzuziehen.
3. Der Senat fordert alle Ressorts auf, Ausgabereste und Rücklagen in 2012 nur in Anspruch zu nehmen, sofern ein finanzierungssaldenneutraler Ausgleich an anderer Stelle (grundsätzlich innerhalb des Produktplans) gewährleistet wird (ausgenommen Lösungskonzept vom 23.10.2012)
4. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, eine Feinsteuerung zur Einhaltung des zulässigen Finanzierungssaldos in Abstimmung mit einzelnen Ressorts vorzunehmen.



Controllingbericht

Produktgruppenhaushalt

Januar - September 2012

Die Senatorin für Finanzen



Freie
Hansestadt
Bremen

**Controllingbericht
Produktgruppenhaushalt
Januar – September 2012**

Impressum

Die Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Telefon: (0421) 361-10191
Fax: (0421) 361-2965
Mail: office@finanzen.bremen.de

Fachliche Information zu dieser Veröffentlichung:

Referat 21, Fred Baarts; Andreas Fehren
Telefon: (0421) 361-15516; -2656
Fax: (0421) 496-15516; -2656
Mail: fred.baarts@finanzen.bremen.de
andreas.fehren@finanzen.bremen.de

Referat 32, Torsten Markwort
Telefon: (0421) 361-16703
Fax: (0421) 496-16703
Mail: torsten.markwort@finanzen.bremen.de

Gesamtherstellung:
Druckerei der Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

erschienen im November 2012

Controllingbericht Teil I

Inhaltsverzeichnis

Produktplanberichte der Ressorts

(ggf. einschl. Kommentar der Senatorin für Finanzen)




Produktplan 01	Seite	1
Produktplan 02	Seite	4
Produktplan 03	Seite	8
Produktplan 05	Seite	11
Produktplan 06	Seite	16
Produktplan 07	Seite	20
Produktplan 08	Seite	27
Produktplan 09	Seite	32
Produktplan 11	Seite	36
Produktplan 12	Seite	45
Produktplan 21	Seite	52
Produktplan 22	Seite	56
Produktplan 24	Seite	64
Produktplan 31	Seite	67
Produktplan 41	Seite	72
Produktplan 51	Seite	79
Produktplan 68	Seite	84
Produktplan 71	Seite	87
Produktplan 81	Seite	92
Produktplan 91	Seite	95
Produktplan 92	Seite	99
Produktplan 93	Seite	103
Produktplan 96	Seite	107

Querschnittsbetrachtungen

Finanzierungssalden	Seite	110
Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge	Seite	112
Testate/globale Minderausgaben	Seite	116
investive Minderausgaben	Seite	117

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22 02.11.2012

PRODUKTPLAN 01 Bürgerschaft	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kommentar:			
<u>Finanzdaten</u>			
Voraussichtliches Jahresergebnis (Budgeteinhaltung)			
Das Budget wird um rd. 0,5 Mio. € unterschritten . Dies resultiert im Wesentlichen aus vorsichtigen Einschätzungen der Bürgerschaftsverwaltung bei den Personal- und Sachausgaben zum Jahresende.			
Einhaltung des Finanzierungssaldos			
Der Finanzierungssaldo wird lt. Einschätzung des Ressorts um rd. 1,4 Mio. € überschritten . Dies resultiert im Wesentlichen aus konsumtiven Mehrausgaben durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Krankenhauskeime“ in Höhe von rd. 0,7 Mio. € und rd. 0,4 Mio. € Übergangsgeld und Reisekosten sowie rd. 0,3 Mio. € für notwendige Investitionsmaßnahmen. Die Bürgerschaftsverwaltung geht davon aus, dass die aus 2011 übertragenen konsumtiven und investiven Ausgabereste sowie notwendige Rücklagen u. a. für den Untersuchungsausschuss „Krankenhauskeime“ und für dringend erforderliche Erneuerungen und Investitionen im Bereich der Technikausstattung bis zum Ende des Jahres in Anspruch genommen werden.			
<u>Personaldaten</u>			
Die Personalausgaben werden eingehalten.			
<u>Leistungsdaten</u>			
Die Leistungskennzahlen werden eingehalten.			
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:			
Die Senatorin für Finanzen hat zugesagt, Mehrbedarfe im investiven Bereich in Höhe von 0,260 Mio. € durch die Inanspruchnahme der Budgetrücklage zu finanzieren und den zusätzlichen Liquiditätsbedarf im Rahmen der Steuerung des Gesamthaushalts sicherzustellen, Verlagerungen von rd. 0,046 Mio. € in den Haushalt der Bürgerschaft wurden von der SF ebenfalls akzeptiert. Die Bürgerschaftsverwaltung bietet an, die restlichen rd. 1,1 Mio. € ebenfalls im Rahmen der Budgetrücklage darzustellen, wenn die Bereitstellung der Liquidität durch die SF im Gesamthaushalt sichergestellt wird. Die SF prüft zzt. diese Umsetzungsmöglichkeit.			

Produktplan: Bürgerschaft	01	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Präs. Weber	Version: 89	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012					Jahresplanung 2012			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	64	69	-5	-7,0	91	91	91	0	92
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	64	69	-5	-7,0	91	91	91	0	92
Personalausgaben	8.825	9.061	-236	-2,6	12.135	12.134	11.790	-344	11.750
konsumtive Ausgaben	5.932	6.160	-228	-3,7	9.344	9.338	9.213	-125	8.213
Zinsausgaben	65	65	0	0,1	81	86	86	0	87
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	630	312	318	101,9	629	750	750	0	416
relevante Verrech./Erstatt.	2	0	2	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	15.454	15.598	-144	-0,9	22.189	22.308	21.839	-469	20.466
Saldo	-15.390	-15.529	139	-0,9	-22.097	-22.217	-21.748	469	-20.374

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	1.839	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	233	252	-19	2.154	2.270	-116	2.974	3.146	-172
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	233	252	-19	2.154	2.270	-116	2.974	3.146	-172
Refinanzierte	3	6	-3	31	55	-24	42	76	-34
Nebentitel	760	808	-48	6.640	6.736	-96	8.774	8.913	-139
Insgesamt	996	1.066	-70	8.825	9.061	-236	11.790	12.135	-345
- dar.: Beihilfe/Nachvers	1	2	-1	35	46	-11	42	51	-9
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	55,5	57,9	-2,4	56,8	58,0	-1,2	56,5	58,0	-1,5
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	55,5	57,9	-2,4	56,8	58,0	-1,2	56,5	58,0	-1,5
Refinanzierte	0,7	-	-	0,7	-	-	0,7	-	-
Abwesende	6,1	-	-	5,6	-	-	5,7	-	-




Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	4,1	22,5	4,0
Beschäftigte über 55 Jahre	23,0	17,5	21,3
Frauenquote	75,7	50,0	74,7
Teilzeitquote	43,2	35,0	41,3
Schwerbehindertenquote	12,3	6,0	12,3

Produktplan: Bürgerschaft	01	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Präs. Weber	Version: 89	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>Einnahmen</p> <p>Die veranschlagten Einnahmen werden voraussichtlich erzielt.</p> <p>Finanzdaten</p> <p>Die konsumtiven Ausgaben werden voraussichtlich eingehalten.</p> <p>Personalausgaben</p> <p>Die Personalausgaben werden voraussichtlich eingehalten.</p> <p>Zinsausgaben</p> <p>Die Zinsausgaben werden voraussichtlich eingehalten.</p> <p>Investive Ausgaben</p> <p>Bei den investiven Ausgaben wird, wie in den Haushaltsaufstellungsgesprächen mit der Senatorin für Finanzen vereinbart, zunächst der übertragenen Haushaltsrest aus 2011, später ggf. auch die Rücklage in Anspruch genommen.</p> <p>Finanzierungssaldo</p> <p>Das Finanzierungssaldo wird voraussichtlich um rd. 1,4 Mio Euro überschritten. Dies resultiert im Wesentlichen durch Mehrausgaben bei den konsumtiven Ausgaben um rd. 1 Mio Euro für den parlamentarischen Untersuchungsausschuss "Krankenhauskeime". Daneben sind rd. 300 Tsd. Euro (Gesamtmittel Übergangsgeld und Reisekosten einer Legislaturperiode) für die Abgeordneten und Deputierten aus dem letzten Haushaltsjahr übertragen worden.</p> <p>Die restliche Überschreitung resultiert aus notwendigen Investitionsmaßnahmen; diese Mittel werden wie die Überschreitungen beim Untersuchungsausschuss aus der Rücklage der Bremischen Bürgerschaft finanziert. Nach Absprache mit der Senatorin für Finanzen wird die Liquidität im Gesamthaushalt sichergestellt.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref22, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 02 Rechnungshof	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
		Nicht gefährdet
Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kommentar:		
<p><u>Finanzdaten</u></p> <p>Voraussichtliches Jahresergebnis (Budgeteinhaltung) Das Budget wird um rd. 1,1 Mio. € unterschritten.</p> <p>Einhaltung des Finanzierungssaldos Nach Darstellung des Ressorts wird der Finanzierungssaldo um rd. 0,2 Mio. unterschritten. Dies resultiert aus nicht in Anspruch genommenen Resten zur Einhaltung des Finanzierungssaldos.</p> <p><u>Personaldaten</u> Die Personalausgaben werden eingehalten.</p> <p><u>Leistungsdaten</u> Der Fortbildungsbedarf wird nach Einschätzung des Ressorts aufgrund von Stellennachbesetzungen wieder ansteigen.</p>		
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:		
Kein Handlungsbedarf.		

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan:	02	Controlling 01-09/12	
Rechnungshof		06.11.2012	
Verantwortlich:	Präs. Sokol	Version: 89	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012				Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	2	2	0	7,4	3	3	3	0	3
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	2	2	0	7,4	3	3	3	0	3
Personalausgaben	1.690	2.293	-603	-26,3	3.097	3.097	2.296	-801	2.523
konsumtive Ausgaben	237	255	-18	-7,2	516	516	340	-176	340
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	0	8	-8	-100,0	89	89	12	-77	12
relevante Verrech./Erstatt.	1	1	0	8,0	2	2	2	0	2
Gesamtausgaben	1.927	2.557	-630	-24,6	3.704	3.704	2.650	-1.054	2.877
Saldo	-1.925	-2.555	630	-24,7	-3.702	-3.701	-2.647	1.054	-2.875

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	872	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	171	199	-28	1.622	1.797	-175	2.162	2.423	-261
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	171	199	-28	1.622	1.797	-175	2.162	2.423	-261
Refinanzierte	0	48	-48	14	430	-416	14	590	-576
Nebentitel	3	5	-2	53	66	-13	73	84	-11
Insgesamt	174	252	-78	1.689	2.293	-604	2.249	3.097	-848
- dar.: Beihilfe/Nachvers	3	4	-1	53	65	-12	73	83	-10
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	35,4	40,3	-4,9	36,7	40,3	-3,6	36,4	40,3	-3,9
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	35,4	40,3	-4,9	36,7	40,3	-3,6	36,4	40,3	-3,9
Refinanzierte	0,0	-	-	0,3	-	-	0,3	-	-
Abwesende	1,0	-	-	0,9	-	-	0,9	-	-

Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	2,6	22,5	2,3
Beschäftigte über 55 Jahre	34,2	17,5	38,6
Frauenquote	52,6	50,0	50,0
Teilzeitquote	15,8	35,0	18,2
Schwerbehindertenquote	5,3	6,0	4,6

Produktplan: 02 Rechnungshof Verantwortlich: Präs. Sokol	Controlling 01-09/2012 Seite 1a
--	---

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Begleitung der Reformvorhaben und Umsteuerungsprozesse der Verwaltung im Rahmen der Haushaltsreform

Sachstand/Analyse/Bewertung

Der Rechnungshof wird die Umsetzung des Konsolidierungsprozesses kritisch begleiten.

Reformprozess im Rechnungshof

Sachstand/Analyse/Bewertung

Personalentwicklungsmaßnahmen zur Qualifizierung der Mitarbeiter/innen: gezielte fachliche Weiterbildung, Erhöhung der Mobilität durch zeitlich befristeten Personalaustausch mit Bereichen der Verwaltung.

B. Leistungskennzahlen




Kennzahlen	Berichtszeitraum			2010	
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Beschreibung [Einheit]			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: Rechnungshof	02	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Präs. Sokol	Version: 89	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Kamerale Finanzdaten Die Zielerreichung ist nicht gefährdet.			
Personaldaten Die Personalmittel werden voraussichtlich nicht überschritten. Die Abweichung zwischen voraussichtlichem Haushalts-Soll und voraussichtlichem Ist resultiert in erster Linie aus der Nicht-Inanspruchnahme übertragener Reste, um den Finanzierungssaldo nicht zu überschreiten.			
Investive Ausgaben Die investiven Mittel werden eingehalten. Die Plan-Ist-Abweichung resultiert daraus, dass sich die Umsetzung der geplanten Maßnahmen zeitlich verzögert.			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 03 Senatskanzlei	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kommentar:			
<p><u>Finanzdaten</u></p> <p>Voraussichtliches Jahresergebnis (Budgeteinhaltung) Das Ressort prognostiziert, dass das Budget um rd. 1,9 Mio. € unterschritten wird. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Nichtinanspruchnahme von Restmitteln.</p> <p>Einhaltung des Finanzierungssaldo Der Finanzierungssaldo wird um rd. 0,8 Mio. € überschritten. Dies resultiert im Wesentlichen durch die erforderlichen Mehrausgaben aus Ausgaberesten u. a. für den Bau der Trauerhalle (rd. 0,4 Mio. €), für die Gedenkstätte „Bunker Valentin“ (rd. 0,1 Mio. €), für die Welterbestätte „Bremer Rathaus“ (rd. 0,1 Mio. €) und Mehrausgaben im Personalbereich (rd. 0,2 Mio. €). Das Ressort geht davon aus, dass der zusätzliche Liquiditätsbedarf im Rahmen der Steuerung des Gesamthaushalts sichergestellt wird.</p> <p><u>Personaldaten</u> Lt. Controllingblatt werden die Personalausgaben (ohne Beihilfe und Nachversicherungen) zum Jahresende um voraussichtlich rd. 0,088 Mio. € überschritten. Es werden eine Restfluktuation in Höhe von rd. 0,019 Mio. € und noch zu zahlende Altersteilzeitrückstellungen in Höhe von rd. 0,123 Mio. € erwartet. Insgesamt werden zum Jahresende Personalmehrausgaben in Höhe von rd. 0,192 Mio. € erwartet. Das Ressort strebt einen Ausgleich innerhalb des Produktplans, auch durch Inanspruchnahme von Resten und Rücklagen an. Die Nutzung von Resten und Rücklagen ist im Sinne des Finanzierungssaldos an anderer Stelle im Produktplan gegen zu finanzieren. Die Zielzahlen werden jahresdurchschnittlich um rd. 4,4 VZE überschritten. Ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich (siehe auch B.2.3 Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Haushalte 2012).</p> <p><u>Leistungsdaten</u> Die Leistungsdaten werden überwiegend eingehalten. Stärkere Schwankungen wie z. B. Angaben zur Anzahl der Einwohnerversammlungen oder Bürgeranträgen, sind durch die Ortsämter nicht zu beeinflussen.</p>			
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:			
Das Ressort beabsichtigt die Überschreitungen bis zum Jahresende zu reduzieren.			

Produktplan: Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.	03	Controlling 01-09/12 06.11.2012
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen		Version: 89 Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:
		

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012				Jahresplanung 2012			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	339	145	194	133,7	365	365	0	158
investive Einnahmen	34	0	34	0,0	34	34	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	26	0	26	0,0	26	0	0	0
Gesamteinnahmen	399	145	254	175,0	425	399	0	158
Personalausgaben	5.883	5.814	69	1,2	7.942	7.943	80	7.821
konsumtive Ausgaben	3.674	3.389	285	8,4	5.027	5.027	-195	4.531
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1.556	1.994	-438	-22,0	5.156	5.157	-1.771	2.664
relevante Verrech./Erstatt.	229	0	229	0,0	228	0	0	7
Gesamtausgaben	11.341	11.197	144	1,3	18.353	18.127	-1.886	15.023
Saldo	-10.943	-11.052	109	-1,0	-17.928	-17.728	1.886	-14.865

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	65	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	504	496	8	4.679	4.490	189	6.375	6.169	206
Personalverstärkung	16	17	-1	120	149	-29	171	205	-34
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	520	513	7	4.799	4.639	160	6.546	6.374	172
Refinanzierte	9	11	-2	85	100	-15	114	141	-27
Nebentitel	99	60	39	1.000	1.075	-75	1.363	1.428	-65
Insgesamt	628	584	44	5.884	5.814	70	8.023	7.943	80
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	4	-4	46	64	-18	69	77	-8
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	110,9	107,6	3,3	112,8	108,3	4,5	112,4	108,0	4,4
Personalverstärkung	3,5	3,5	0,0	3,1	3,5	-0,4	3,2	3,5	-0,3
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	114,4	111,1	3,3	115,9	111,8	4,1	115,6	111,5	4,1
Refinanzierte	1,8	-	-	2,2	-	-	2,1	-	-
Abwesende	12,0	-	-	11,5	-	-	11,6	-	-




Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,9	22,5	7,9
Beschäftigte über 55 Jahre	32,4	17,5	34,5
Frauenquote	56,1	50,0	56,8
Teilzeitquote	22,3	35,0	23,7
Schwerbehindertenquote	9,0	6,0	10,2

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen	Version: 89	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>Als Jahresergebnis errechnet sich für den Produktplan 03 eine Unterschreitung i.H. von 1.886 TEUR. Die veranschlagten Einnahmen sind erreicht (zu den Mehreinnahmen s. 3.1.1).</p> <p>3.1 Kamerale Finanzdaten</p> <p>3.1.1 Konsumtive Einnahmen Im Berichtszeitraum ergaben sich Mehreinnahmen i.H. von 207TEUR aus Nutzungsentgelten für die Säle des Rathauses, Erlösen aus Außentrauungen und Mieten für Behördenparkplätze und Sitzungssäle der Ortsämter. Das vorauss. HH-Soll im Verhältnis zum vorauss. IST wird zum Jahresende ausgeglichen sein.</p> <p>3.1.2 investive Einnahmen Bei den 34 TEUR handelt es sich um Zuwendungen für das UNESCO-Welterbeprojekt "Rathaus". Das vorauss. HH-Soll im Verhältnis zum vorauss. IST wird zum Jahresende ausgeglichen sein.</p> <p>3.1.3 relevante Verrechnungen/Erstattungen Bei den 26 TEUR handelt es sich um eine Zuweisung vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr für stadtteilbezogene Projekte in der Produktgruppe 03.01.02.</p> <p>3.1.4 Personalausgaben Zum Jahresende wird bei den Personalausgaben im Kernbereich eine Überschreitung von rd. 206 TEUR ausgewiesen. Unter Berücksichtigung der Minderausgaben bei den Personalverstärkungsmitteln, der Restfluktuation, den Minderausgaben bei den Nebentiteln (ohne Beihilfe und Nachversicherungen) ist zum Jahresende mit einer Überschreitung des Budgets i.H. von 149 TEUR zu rechnen. Ein Ausgleich innerhalb des Produktplans, auch durch die Inanspruchnahme von Resten/Rücklagen wird angestrebt.</p> <p>3.1.5 Konsumtive Ausgaben Im Berichtszeitraum wird der anteilige Planwert um 285 TEUR überschritten. Es handelt sich hier um Inanspruchnahme von HH-Mitteln für die Gedenkstätte Bunker Valentin und schon gebuchte Globalmittel. Im voraussichtlichen IST sind Reste i.H. von 93 TEUR enthalten, die sich wie folgt zusammensetzen: -Bewirtschaftung und Grundstückskosten der Ortsämter (17 TEUR) -Gedenkstättenförderung "Bunker Valentin" (76 TEUR) und im laufenden Haushaltsjahr noch in Anspruch genommen werden müssen. Ferner sind 207 TEUR Einnahmeverfügungsmittel eingerechnet. Das vorauss. HH-Soll wird im Verhältnis zum vorauss. IST zum Jahresende ausgeglichen sein.</p> <p>3.1.6 Investive Ausgaben Im Berichtszeitraum wird der anteilige Planwert um 438 TEUR unterschritten. Es handelt sich hier größtenteils um noch nicht abgeflossene Impulsmittel und noch nicht abgeflossene investive Mittel für Ortsämter und das Rathaus. Im voraussichtlichen IST sind Reste i.H. von 722 TEUR enthalten, die sich wie folgt zusammensetzen: -Bau der Trauerhalle (400 TEUR), die in 6/2012 abgeflossen sind -Welterbestätte "Bremer Rathaus" (65 TEUR) -Neuanlage jüdischer Friedhof (140 TEUR) -Gedenkstätte "Bunker Valentin" (83 TEUR) und im laufenden Haushaltsjahr noch in Anspruch genommen werden müssen. Ferner sind 34 TEUR Einnahmeverfügungsmittel eingerechnet. Zum Jahresende wird das vorauss. HH-Soll im Verhältnis zum vorauss. IST um ca. 1.771 TEUR unterschritten.</p> <p>4. Einhaltung des Finanzierungssaldos Das Finanzierungssaldo wird voraussichtlich zum Jahresende um 584 TEUR überzogen. Das Ressort wird versuchen, die Überschreitung im weiteren Haushaltsvollzug zu reduzieren. Es kann jedoch nicht ausschließen, dass für eine verbleibende restliche Überschreitung eine ressortübergreifende Lösung erforderlich sein wird.</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22; 02.11.2012

PRODUKTPLAN 05 Bund und Europa	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Leistungen:	n.e.	n.e.
Kommentar:			
<p><u>Finanzdaten</u> Das Budget wird gemäß Prognose um rd. 0,2 Mio. € unterschritten werden.</p> <p>Der Finanzierungssaldo wird voraussichtlich um 0,2 Mio. € überschritten werden, bedingt durch erwartete Personalmehrausgaben. Diese werden als unabweisbar dargestellt, da Möglichkeiten der Gegensteuerung ausgeschöpft sind.</p>			
<p><u>Personaldaten</u> Zum Jahresende gibt das Controllingblatt voraussichtliche Mehrausgaben (ohne Beihilfe und Nachversicherungen) von rd. 0,275 Mio. € an. Für die Gewährung eines Kaufkraftausgleichs der in Brüssel Beschäftigten ist mit weiteren Ausgaben in Höhe von rd. 0,040 – 0,045 Mio. € zu rechnen. Unter Berücksichtigung dieser Aufwendungen würden sich die Mehrausgaben auf voraussichtlich rd. 0,320 Mio. € belaufen. Ursächlich für die Mehrausgaben ist die jahresdurchschnittliche Zielzahlüberschreitung in Höhe von rd. 5 VZE. Ein Konzept zur mittel- und langfristigen Lösung des Personalüberhanges befindet sich zurzeit in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen. Ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich (siehe auch B.2.3 Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Haushalte 2012).</p>			
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:			
Die Senatorin für Finanzen wird prüfen, ob die erforderliche Liquidität im Rahmen des Gesamthaushalts im Haushaltsvollzug ausgesteuert werden kann.			

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Bundes- und Europaangelegenheiten	05	Controlling 01-09/12 06.11.2012
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen	Version: 89	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:
		

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012				Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	339	269	70	26,1	344	419	419	0	418
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	339	269	70	26,1	344	419	419	0	418
Personalausgaben	1.947	1.787	160	9,0	2.439	2.438	2.690	252	2.481
konsumtive Ausgaben	1.957	2.080	-123	-5,9	3.123	3.123	2.685	-438	2.685
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	29	53	-24	-44,7	88	88	78	-10	78
relevante Verrech./Erstatt.	1	0	1	0,0	1	1	1	0	1
Gesamtausgaben	3.935	3.920	15	0,4	5.651	5.650	5.454	-196	5.245
Saldo	-3.596	-3.651	55	-1,5	-5.307	-5.231	-5.035	196	-4.827

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	831	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	202	175	27	1.815	1.578	237	2.500	2.154	346
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	202	175	27	1.815	1.578	237	2.500	2.154	346
Refinanzierte	9	11	-2	82	97	-15	113	134	-21
Nebentitel	1	6	-5	51	112	-61	77	150	-73
Insgesamt	212	192	20	1.948	1.787	161	2.690	2.438	252
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	14	35	-21	17	40	-23
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	38,3	32,9	5,4	38,1	33,1	5,0	38,1	33,1	5,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	38,3	32,9	5,4	38,1	33,1	5,0	38,1	33,1	5,0
Refinanzierte	2,0	-	-	2,0	-	-	2,0	-	-
Abwesende	1,0	-	-	1,1	-	-	1,1	-	-

Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	4,8
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,8	22,5	6,9
Beschäftigte über 55 Jahre	20,5	17,5	24,1
Frauenquote	65,9	50,0	65,5
Teilzeitquote	18,2	35,0	10,3
Schwerbehindertenquote	2,3	6,0	7,7

Produktplan: 05 Bundesangelegenheiten	Controlling 01-09/2012 01.11.2012
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Mitwirkung Bremens an der bundes- und europapolitischen Willensbildung, Wahrnehmung und Vertretung bremischer Interessen auf Bundes- und Europaebene

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Mitwirkung Bremens an dem Gesetzgebungsverfahren des Bundes im Rahmen des Bundesrates ist wahrzunehmen. Dies ist für das Land Bremen als Bestandteil des föderativen Systems von gleichbleibend elementarer Bedeutung. Bremen muss seine Position gegenüber dem Bund und den anderen Ländern wahren, auf Dauer sichern und seine Rolle im föderativen System weiter aktiv wahrnehmen. Die spezifischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen Bremens und Bremerhavens sind auch in Brüssel zu sichern. Die interregionale Zusammenarbeit in Netzwerken mit anderen Ländern und europäischen Regionen ist interessengeleitet zu intensivieren. Die aktive Mitwirkung in innerstaatlichen und europäischen Gremien ist fortzusetzen.

Bremen als Wirtschafts-, Wissenschaft- und Kulturstandort in Berlin und Brüssel repräsentieren

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Darstellung Bremens als ein leistungsfähiger Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sowie als innovative Kulturmetropole in Berlin muss sichergestellt werden. Gleiches gilt für das Land bzw. die Region Bremen auf europäischer Ebene. Das Profil des Zwei-Städte-Staates als europäisches Kompetenzzentrum, z. B. im Bereich der Raumfahrt und der maritimen Technologien, ist zu stärken.

Stärkung der Europafähigkeit der bremischen Verwaltung, europabezogene Öffentlichkeitsarbeit, europapolitische Bildung in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen in Bremen

Sachstand/Analyse/Bewertung

Überdies muss durch geeignete Maßnahmen die Europafähigkeit der bremischen Verwaltung weiter gestärkt werden. In Anbetracht knapperer Kofinanzierungsmittel sind die Chancen auf Erwerb europäischer Fördermittel durch stärkere ressortübergreifende Abstimmung und Schwerpunktsetzung zu erhalten. Die Verbreitung und Vertiefung des europäischen Gedankens in der Bevölkerung Bremens muss durch geeignete Maßnahmen der europabezogenen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit weiter intensiviert werden.

Bekämpfung der Armut, Schutz der Ressourcen und der Menschenrechte mit Nichtregierungsorganisationen

Sachstand/Analyse/Bewertung

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sind Entwicklungspartnerschaften für Klima- und Ressourcenschutz von Wirtschaft, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen zu stärken. Durch Nutzung spezifischer Bremer Kompetenzen in der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern der Entwicklungszusammenarbeit sollen Vorteile für den Standort Bremen erzielt werden.




B. Leistungskennzahlen					
Kennzahlen	Berichtszeitraum				2012
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Interessenwahrnehmung Bundesgesetzgebung	366,00	352,500	13,50	3,83%	470
Info.beschaff.zum polit.Gescheh.in Berlin	282,00	240,000	42,00	17,50%	320
Öffentlichkeitsarbeit	276,00	279,000	-3,00	-1,08%	372
Meinungsbildungsprozesse	266,00	266,250	-0,25	-0,09%	355
Erhalt und Ausbau v. Netzwerken	207,00	237,750	-30,75	-12,93%	317
Repräsentanz Bremen (Berlin)	10,00	12,750	-2,75	-21,57%	17
Zielgruppenorient. Werbung f.HB (Berlin)	10,00	16,500	-6,50	-39,39%	22
Übernachtungen im Gästehaus (Berlin)	749,00	900,000	-151,00	-16,78%	1.200
Interessenvertretung in Brüssel	530,00	450,000	80,00	17,78%	600
Koordinierung EU-Angelegenheiten in HB	16,00	12,000	4,00	33,33%	16
Berat.Förderprog./ EU-Recht, Bürgeranfragen	26,00	247,500	-221,50	-89,49%	330
Mitwirk. Innerstaatl.u.europ.Gremien	7,00	12,000	-5,00	-41,67%	16
Europabezogene Öffentlichkeitsarbeit	57,00	41,250	15,75	38,18%	55
Instit.transnat.u.regionale Zusammenarbeit	46,00	75,000	-29,00	-38,67%	100
Stärkung Europafähigkeit d:FHB - Verwaltg.	0,00	3,750	-3,75	-100,00%	5
Grundbedürfnisorientierte Projekte (EZ)	20,00	15,000	5,00	33,33%	20
Training Küstenzonenentwicklung (EZ)	4,00	3,000	1,00	33,33%	4
Epol.Bildung u. Netzwerke (EZ)	11,00	9,750	1,25	12,82%	13
Publikationen (EZ)	0,00	2,250	-2,25	-100,00%	3
Fairer Handel (EZ)	5,00	7,500	-2,50	-33,33%	10

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: 05 Bundes- und Europaangelegenheiten	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich: Bgm. Böhrrsen	Version: 89	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>Kamerale Finanzdaten</p> <p>Konsumtive Einnahmen Das IST der konsumtiven Einnahmen liegt im September über dem Planwert. Wir gehen davon aus unser geplantes Ziel zu erreichen.</p> <p>Personalausgaben Das IST der Personalausgaben liegt 160 Tsd. Euro über dem Planwert. Die Überschreitung resultiert aus der Überschreitung der Zielzahlen. Das IST im Kernbereich ist aufgrund des vorhandenen Personals höher als das Soll (Zielzahlen), dass derzeit nicht eingehalten werden kann. Ein Konzept zur mittel- und langfristigen Lösung befindet sich in der Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen.</p> <p>In Folge einer vom Bund vorgenommenen Überprüfung für seine im Ausland Beschäftigten ist die Freie Hansestadt Bremen (wie die anderen Länder auch) verpflichtet, seinen Beschäftigten in Brüssel ebenfalls einen Kaufkraftausgleich zu gewähren. Aufgrund der mehrjährigen Rückwirkung belaufen sich nach ersten Schätzungen die Gesamtkosten für die Bevollmächtigte beim Bund und für Europa bis einschließlich Ende 2012 auf etwa 40-45 Tsd. Euro, die bisher weder veranschlagt sind noch im Rahmen der Haushaltsaufstellung bekannt waren. Diese Mehrkosten sind unvermeidbar und seitens der Freien Hansestadt Bremen nicht steuerbar.</p> <p>Konsumtive Ausgaben Das IST der konsumtiven Ausgaben liegt im September unter dem Planwert. Die Jahresgesamtausgaben im konsumtiven Bereich werden nicht überschritten.</p> <p>Investitionen Die investiven Ausgaben werden voraussichtlich zum Jahresende bei 78 Tsd. Euro liegen.</p> <p>Einhaltung des veranschlagten Finanzsaldo Der veranschlagte Finanzsaldo von 4827 Tsd. Euro wird um 208 Tsd. Euro überschritten (Personalausgaben). Die zu erwartende Überschreitung ist aus Sicht des Ressorts unabweisbar, da Möglichkeiten der Gegensteuerung nicht erkennbar sind. Wie die zu erwartenden Mehrausgaben gedeckt werden sollen, wird zur Zeit mit der Senatorin für Finanzen abgestimmt.</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 06 Datenschutz und Informationsfreiheit	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
		Nicht gefährdet
Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kommentar:		
<p><u>Finanzdaten</u> Die sich nach aktuellem Stand ergebende Budget-Überschreitung (ca. 0,106 Mio. €) und die Überschreitung des zulässigen produktplanbezogenen Finanzierungssaldos (ca. 0,140 Mio. €) beruhen hauptsächlich auf einer Überschreitung der veranschlagten Personalausgaben. Die Budget-Überschreitung und die Überschreitung des zulässigen produktplanbezogenen Finanzierungssaldos sollen lt. Ressort durch einen haushaltsmäßigen Ausgleich im Rahmen des Senatorinnenbudgets kompensiert werden.</p> <p><u>Personaldaten</u> Zum Jahresende wird bei den Personalausgaben eine Überschreitung in Höhe von rd. 0,121 Mio. € ausgewiesen. Hinzu kommen noch zu zahlende AH Kontenausgleiche für Altersteilzeitfälle in Höhe von rd. 0,017 Mio. €, so dass insgesamt ein Defizit in Höhe von rd. 0,138 Mio. € zu erwarten ist. Der Produktplan gibt an, dass ein Ausgleich im Wesentlichen innerhalb des Senatorinnenbudgets erfolgen soll. Ursächlich für die Mehrausgaben ist die Überschreitung der Beschäftigungszielzahl von jahresdurchschnittlich 2,0 VZE, eine Einhaltung der Zielzahl wird lt. Produktplan auch nicht zu erreichen sein. Ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich (siehe auch B.2.3 Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Haushalte 2012).</p> <p><u>Leistungsdaten</u> Eine stärkere Annäherung an die Planwerte wird im weiteren Verlauf des Jahres noch erwartet.</p>		
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:		
Ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich. Des Weiteren besteht vor dem Hintergrund des beabsichtigten Ausgleichs im Rahmen des Senatorinnenbudgets kein Handlungsbedarf.		

Produktplan: Datenschutz und Informationsfreiheit	06	Controlling 01-09/12 06.11.2012
Verantwortlich: Dr. Sommer		Version: 89 Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:
		

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012				Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	3	0	3	0,0	0	0	15	15	0
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	3	0	3	0,0	0	0	15	15	0
Personalausgaben	572	483	89	18,4	661	661	782	121	629
konsumtive Ausgaben	75	90	-15	-16,4	120	120	120	0	130
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	0	10	-10	-100,0	36	36	36	0	13
relevante Verrech./Erstatt.	8	8	-0	-1,3	11	11	11	0	1
Gesamtausgaben	655	591	64	10,8	828	828	949	121	773
Saldo	-652	-591	-61	10,4	-828	-828	-934	-106	-773

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	0	0
- investiv	0	0	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	63	52	11	560	472	88	763	645	118
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	63	52	11	560	472	88	763	645	118
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	1	0	1	12	11	1	19	16	3
Insgesamt	64	52	12	572	483	89	782	661	121
- dar.: Beihilfe/Nachvers	1	0	1	12	10	2	19	16	3
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	13,0	11,2	1,8	13,3	11,3	2,0	13,2	11,2	2,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	13,0	11,2	1,8	13,3	11,3	2,0	13,2	11,2	2,0
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,4	-	-	0,3	-	-

Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,7	22,5	5,9
Beschäftigte über 55 Jahre	13,3	17,5	17,7
Frauenquote	66,7	50,0	70,6
Teilzeitquote	33,3	35,0	35,3
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	0,0

Produktplan: 06 Datenschutz und Informationsfreiheit	Controlling 09/2012
Verantwortlich: Frau Dr. Sommer	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Sachstand/Analyse/Bewertung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Sachstand/Analyse/Bewertung

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2012
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Anlassbezog. Beratung und Kontrolltätigk.	71,21	65,00	6,21		65,00
Anlassunabhängige Kontrolltätigkeiten	3,27	10,00	-6,73		10,00
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit	5,26	10,00	-4,74		10,00
Andere Datenschutz- und IFG-Tätigkeiten	20,26	15,00	5,26		15,00
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: 06 Datenschutz und Informationsfreiheit	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich: Dr. Sommer	Version: 89	Seite 2
3. Analyse/Bewertung		
Personalausgaben: Die sich derzeit bis zum Jahresende ergebende Überschreitung in Höhe von ca. 121 Tsd. Euro soll im Wesentlichen durch einen haushaltsmäßigen Ausgleich im Rahmen des Senatorinnenbudgets "Finanzen" erfolgen. Die im Haushalt veranschlagte Beschäftigtenzielzahl wird nicht zu erreichen sein.		
Konsumtive Ausgaben: Bei den konsumtiven Ausgaben ist der Planwert für den Monat September 2012 eingehalten worden. Es darf davon ausgegangen werden, dass die veranschlagten Gesamtausgaben 2012 nicht überschritten werden.		
Investive Ausgaben: Auch bei den investiven Ausgaben ist der Planwert für September 2012 eingehalten worden; auch in diesem Ausgabebereich ist eine Überschreitung des Haushalts-Solls nicht zu erwarten.		
Budgeteinhaltung: Ingesamt gesehen wird das Budget bei Nutzung vorhandener Kompensationsmöglichkeiten eingehalten werden können.		
Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos: Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird nach dem derzeitigen Stand um ca. 116 Tsd. Euro überschritten werden. Die Überschreitung soll durch einen haushaltsmäßigen Ausgleich im Rahmen des Senatorinnenbudgets "Finanzen" kompensiert werden.		
Leistungsziele: Die Abweichung von den Planwerten bei den Leistungszielen ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass anlassunabhängige Tätigkeiten aufgrund der geringen Mitarbeiterzahl im Berichtszeitraum nur sehr begrenzt wahrgenommen werden konnten. Eine weitergehende Annäherung an die Planwerte ist im weiteren Verlauf des Jahres noch zu erhoffen.		

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 07 Inneres	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
		Nicht gefährdet
		gefährdet
	Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Personal:	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	

Kommentar:

Die Einschätzungen des Ressorts zur Jahresplanung 2012 (voraussichtliches Haushaltssoll und voraussichtliches IST) wie auch zum Berichtszeitraum sowie die entsprechenden Ausführungen dazu, sind trotz mehrmaliger Rücksprache mit dem Ressorts weiterhin in Teilen nicht plausibel und nachvollziehbar.

Zum nächsten Berichtszeitraum sollte das Ressort zum wiederholten Male aufgefordert werden, entsprechende Verbesserungen vorzunehmen.

Finanzdaten

Einnahmen:

Das Ressort erwartet zum Jahresende Mehreinnahmen in Höhe von 0,913 Mio. €. Diese sind zum überwiegenden Teil auf gestiegene Einsätze im Rettungsdienst zurückzuführen.

Ausgaben:

Zum Jahresende werden konsumtive Mehrausgaben im Produktbereich „Polizei“ in Höhe von 1,166 Mio. € prognostiziert. Diese Mehrausgaben werden zum Teil (0,550 Mio. €) aus Minderausgaben im Produktbereich „Feuerwehr“ gedeckt. Das restliche Defizit (0,700 Mio. €) soll innerhalb des Produktplans durch konsumtive Mehreinnahmen im Bereich der Feuerwehr kompensiert werden, so dass im Saldo keine weiteren Budgetprobleme bestehen. Entsprechende Nachbewilligungsanträge für die Mehrausgaben im Bereich der Polizei werden nach Aussage des Ressorts bis spätestens zum 16. November 2012 gestellt, damit in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 7. Dezember 2012 eine Beschlussfassung erfolgen kann.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo wird zum Jahresende unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (rd. 1,400 Mio. €) um 3,0 Mio. € überschritten. Diese Überschreitung resultiert größtenteils aus der Inanspruchnahme von konsumtiven Ausgaberesten (0,797 Mio. €) sowie Mehrbedarfe im Personalbereich von 1,590 Mio. €.

Personaldaten

Bei den Personaldaten werden Mehrausgaben in Höhe von rd. 3,0 Mio. € ausgewiesen. Sollerhöhend sind Einnahmeverfügungsmittel bei den refinanziert Beschäftigten, Nachbewilligungen aus dem Produktplan 96 und dem Produktplan 92 für Ausbildung sowie aus konsumtiven Mitteln für PVM zu berücksichtigen.

Noch zu zahlende Altersteilzeitrückstellungen, Restfluktuation und die Übernahmen von Auszubildenden bei der Polizei sind weiter bei den Ist Ausgaben zu berücksichtigen.

Es verbleiben Mehrausgaben in Höhe von rd. 1,6 Mio. €

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 02.11.2012

Im Polizeivollzugsdienst wird die Möglichkeit den Eintritt in den Ruhestand um maximal 5 Jahre hinauszuschieben angeboten und angenommen. Hierdurch entstehen Mehrausgaben in Höhe von rd. 2,351 Mio. €, im Gegenzug werden Ausgaben bei den Versorgungsbezügen in Höhe von rd. 1,646 Mio. € eingespart.

Das Ressort möchte diese Einsparungen im eigenen Budget gutgeschrieben bekommen.

Für den Haushalt 2012 wurde die für den Polizeivollzugsdienst vorgesehene PEP Quote von 1,2% nicht durch den entsprechenden Personalabbau, sondern durch eine Vorausfinanzierung der Lebensarbeitszeitverlängerung aus zentralen Mitteln in Höhe von rd. 0,7 Mio. € erbracht.

Unter Berücksichtigung dieser Vorfinanzierung können im Jahresabschluss 0,9 Mio. € aus dem Produktplan 92 an den Produktplan 07 verlagert werden.

Somit werden voraussichtliche Mehrausgaben in Höhe von rd. 0,7 Mio. € verbleiben.

Die Zielzahlen werden voraussichtlich um rd. 34 VZE jahresdurchschnittlich überschritten.

Im Produktbereich 07.03 – öffentliche Ordnung- besteht zurzeit ein Überhang von jahresdurchschnittlich 20,7 VZE. Für die Produktgruppe 07.03.04 -Ausländer- und asylrechtliche Angelegenheiten- hat der Senat in seiner Sitzung vom 30.10.2012 ein Lösungskonzept beschlossen.

Im Produktbereich 07.90 -sonstiges Inneres- wird die Beschäftigungszielzahl um jahresdurchschnittlich 11,7 VZE überschritten. Das Ressort arbeitet an einer nachhaltigen Lösung des Problems.

Ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich (siehe auch B.2.3 Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Haushalte 2012).




Leistungsdaten

Die Leistungsdaten werden im Wesentlichen eingehalten. Ausgenommen ist die „Reduzierung der Verkehrsunfälle um 2%“, hier konnte der Planwert nicht erreicht werden. Lt. Ressort wird sich dies aber im weiteren Verlauf des Jahres relativieren.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Das Ressort wird gebeten, zum Jahrescontrolling einen Bericht vorzulegen, der plausible und nachvollziehbare Ausführungen enthält.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Inneres	07	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich: Senator Mäurer		Version: 89	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012				Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	28.556	22.009	6.547	29,8	31.989	34.541	35.592	1.051	30.332
investive Einnahmen	424	80	344	430,0	583	595	457	-138	175
relevante Verrech./Erstatt.	1.426	1.150	276	24,0	2.913	2.913	2.913	0	2.905
Gesamteinnahmen	30.405	23.239	7.166	30,8	35.486	38.049	38.962	913	33.412
Personalausgaben	117.680	114.998	2.682	2,3	157.111	158.082	160.145	2.063	157.743
konsumtive Ausgaben	54.521	50.841	3.680	7,2	69.730	72.497	73.197	700	67.862
Zinsausgaben	39	133	-94	-70,5	39	167	167	0	167
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	5.209	3.152	2.057	65,3	7.844	8.584	8.584	0	5.893
relevante Verrech./Erstatt.	74	57	17	29,1	56	74	76	2	43
Gesamtausgaben	177.523	169.181	8.342	4,9	234.780	239.404	242.169	2.765	231.708
Saldo	-147.118	-145.942	-1.176	0,8	-199.295	-201.355	-203.207	-1.852	-198.297

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	74	58	46	237	0	11.287
- investiv	0	1.895	1.271	869	1.801		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	91	77	64	233		

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	12.004	11.777	227	107.875	105.419	2.456	146.700	144.361	2.339
Personalverstärkung	51	57	-6	633	509	124	839	720	119
Ausbildung	303	301	2	2.711	2.705	6	3.609	3.367	242
Zwischensumme	12.358	12.135	223	111.219	108.633	2.586	151.148	148.448	2.700
Refinanzierte	199	133	66	1.812	1.193	619	2.530	1.688	842
Nebentitel	536	512	24	4.649	5.172	-523	6.440	6.975	-535
Insgesamt	13.093	12.780	313	117.680	114.998	2.682	160.118	157.111	3.007
- dar.: Beihilfe/Nachvers	39	79	-40	919	1.387	-468	1.442	1.719	-277
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	3.415,3	3.419,1	-3,8	3.449,1	3.422,2	26,9	3.440,6	3.421,0	19,6
Personalverstärkung	17,5	14,4	3,1	21,5	14,4	7,1	20,5	14,4	6,1
Ausbildung	280,0	288,0	-8,0	282,1	288,0	-5,9	281,6	279,3	2,3
Zusammen	3.712,8	3.721,5	-8,7	3.752,7	3.724,6	28,1	3.742,7	3.714,7	28,0
Refinanzierte	56,8	-	-	59,3	-	-	58,7	-	-
Abwesende	89,2	-	-	88,8	-	-	88,9	-	-

Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	24,7	22,5	26,0
Beschäftigte über 55 Jahre	15,8	17,5	14,8
Frauenquote	28,1	50,0	28,2
Teilzeitquote	10,5	35,0	10,3
Schwerbehindertenquote	4,3	6,0	4,2

Produktplan: 07	Controlling III/2012
Inneres	31.10.2012
Verantwortlich: Senator Mäurer	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit geht einher mit einer Grundversorgung bei den Polizeien in Bremen und Bremerhaven, bei der Feuerwehr und beim Verfassungsschutz wie auch bei den Ordnungsbehörden. Dabei stehen im Vordergrund die

- am Sicherheitsbedürfnis der Menschen und der objektiven Sicherheitslage orientierte polizeiliche Präsenz in den Stadtteilen, um Kriminalität zu bekämpfen und Gefahren abzuwehren

Die Polizeireviere bieten dazu u.a. turnusmäßig „öffentliche Informationsabende“ an. Neben der Kontaktaufnahme zwischen den Bürgerinnen und Bürgern mit der Polizei sollen hier örtliche Problemstellungen erörtert und Präventionshinweise gegeben werden. Darüber hinaus beteiligt sich die Polizei Bremen am „Bürgerdialog“, den der Senator persönlich in den Stadtteilen führt.

Die personelle Stärke der Einsatzdienststellen bleibt auf dem aktuellen Stand und die Anstrengungen zur Erhöhung des Zielerreichungsgrades im Notruf- und Soforteinsatz wurden intensiviert (Kategorie 1-Einsätze 82,00% und damit 2%-Punkte über dem Planwert). Dadurch wird die Verfügbarkeit von Kräften für Schwerpunktmaßnahmen in der Region abgesichert, um eine schnelle und konsequente polizeiliche Reaktion auf erkannte Brennpunkte zu gewährleisten.
- Intensivierung der polizeilichen und der gesamtgesellschaftlichen Prävention, um Kriminalität in der Gesellschaft nicht erst entstehen zu lassen.

Es wurde die Kooperationsstelle Kriminalprävention als Servicestelle für Akteure der Kriminalprävention eingerichtet. In diesem Rahmen finden jährliche Treffen zwischen Ressortvertretern und Polizei statt. Zur Unterstützung und Professionalisierung der regionalen Präventionsgremien wird ein „lokaler Präventionsberater“ in den Vorortgremien eingesetzt. Die Finanzierung erfolgte bislang im Rahmen eines EU-Projektes, das allerdings Ende Juni 2012 abgeschlossen wurde. Die Fortsetzung dieses Projektes wird derzeit geprüft. Darüber hinaus finden jährliche Fachtagungen statt, bei denen Themen der Kriminalprävention erörtert werden. Diese Tagungen bieten des Weiteren die Möglichkeit eines umfangreichen Erfahrungsaustausches zwischen den Akteuren.
- Bekämpfung von Jugendgewalt und –kriminalität durch konsequente Umsetzung des Konzepts zur Verhinderung bzw. Unterbrechung von kriminellen Karrieren („Stopp der Jugendgewalt“).

Im Rahmen des Handlungskonzeptes „Stopp der Jugendgewalt“ werden seit Anfang August 2009 im Zuge von Strafverfahren sukzessive personenorientierte Berichte für Intensivtäter von der Polizei Bremen erstellt und der Staatsanwaltschaft übermittelt. Darüber hinaus wurde die Handlungsanleitung zur Durchführung von behördenübergreifenden Fallkonferenzen überarbeitet und am 9. März 2010 durch die Staatsräte der beteiligten Ressorts in Kraft gesetzt. Das Konzept sieht vor, behördenübergreifende Fallkonferenzen unter ständiger Beteiligung der Polizei, des Amtes für Soziale Dienste und der Schule bei jugendlichen Schwellen- und Intensivtätern durchzuführen, wenn eine Einwilligungserklärung des Betroffenen vorliegt. Das IPoS wurde mit der Evaluation bestimmter Projekte beauftragt (Laufzeit: August 2012-2014).
- Weiterentwicklung von Strategien zur delikts- und täterorientierten Kriminalitätsbekämpfung

Nach dem aktuellen Koalitionsvertrag soll der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität nach den Maßnahmen gegen die Jugendgewalt Priorität eingeräumt werden. Die Bereiche Justiz, Finanzen und Inneres haben hierfür die vorhandenen Ressourcen bestmöglich aufeinander abzustimmen. In Abarbeitung eines entsprechenden Beschlusses der Staatsräte vom 31. März 2008 wurde ein Konzept zur Optimierung der Bearbeitung von Wirtschaftsstraftaten erarbeitet. Zusätzlich zu den Bereichen Wirtschaftskriminalität und Jugendkriminalität werden das Intensivtäterkonzept und das Konzept zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität umgesetzt und weiterentwickelt.
- Ständige bedarfs- und anforderungsorientierte Organisations- und Personalentwicklung bei der Polizei, insbesondere kontinuierliche Ausbildung und Einstellungen.

Die Ausbildungszahlen wurden in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht, um die Altersabgänge in

der Polizei zu kompensieren. Dies soll auch in den nächsten Jahren erfolgen.

Studiengang Polizeivollzugsdienst*

Zurzeit an der HfÖV:	
Jahrgang 2009/2012	89 Beamte/-innen
Jahrgang 2010/2013	110 Beamte/-innen
Jahrgang 2011/2014	128 Beamte/-innen
Gesamt	327 Beamte/-innen

* ohne Beamtinnen/Beamte der OPB

- Verstärkung der Zusammenarbeit der Polizei Bremen im Verbund der Norddeutschen Küstenländer im Bereich der Informationstechnik und der Aus- und Fortbildung.

Die Nord-IMK hat auf ihrer Sitzung am 10. September 2009 einer Zentralisierung der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) im Bereich der Polizei im Verbund der norddeutschen Küstenländer zugestimmt. Ab dem Jahr 2016 soll das gemeinsame TKÜ-Zentrum der norddeutschen Küstenländer (2. Phase der Zentralisierung) mit den redundanten Standorten in Hamburg und Hannover in Betrieb gehen.

Innerhalb der Aus- und Fortbildung führt der Nordverbund (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) gemeinsam das erste Studienjahr des Masterstudienganges zum höheren Polizeivollzugsdienst der DHPol Münster-Hiltrup durch.

Wie im Treffen der Leiter und Leiterinnen der norddeutschen Aus- und Fortbildungseinrichtungen beschlossen, vergeben die Länder freie Plätze untereinander. Dieses geschieht im Angebotsverfahren. So ist hier eine gute Kooperation mit Schleswig-Holstein entstanden, die freie Plätze regelmäßig melden. Das Fortbildungsangebot der Polizei Bremen steht der Polizeidirektion Oldenburg offen (Restplätze). Die regelmäßigen jährlichen Leitertreffen der Aus- und Fortbildungseinrichtungen im Nordverbund werden weitergeführt und haben sich etabliert.

- Professionelle Bewältigung von Sonderlagen (Veranstaltungen, Demonstrationen, Schadensereignissen, Bedrohungslagen)
- Fortsetzung der erfolgreichen polizeilichen Verkehrssicherheit

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2012
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Erreichen einer Aufklärungsquote von 49,5 %	49,0%	49,5%	-0,60		45%
Erreichung des 8-Minuten-Standards bei der Polizei	82%	80%	2,18	2,73	80%
Reduzierung der Verkehrsunfälle um 2 %		2%	-2,00		2%
Einhaltung der 10-Minuten-Fahrzeit im Lösch- und Hilfeleistungsdienst	94%	95%	-0,90	-0,95	95%
Wartezeit Terminkunden im Bürgerservice	78%	80%	-1,67	-2,09	83%
Erfolgreich erledigte Rechtsbehelfe im Ordnungsbereich	89%	90%	-1,44	-1,60	90%

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2




Produktplan: Inneres	07	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 89	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
Einnahmen			
<p>Im Berichtszeitraum übertreffen die Einnahmen den Planwert um 6.547 Tsd. Euro. Dieses wird sich jedoch im weiteren Verlauf des Haushaltsjahres noch relativieren, da zum einen einmalige Zahlungen für Projekte enthalten und zum anderen Umbuchungen im Rettungsdienst (Auszahlung an die Hilfsorganisationen) noch nicht berücksichtigt sind. Auf Jahressicht geht das Ressort davon aus, dass 1.051 Tsd. Euro an konsumtiven Mehreinnahmen erreicht werden. Diese resultieren in erster Linie aus verspäteten Zahlungseingängen aus einem Großeinsatz der Feuerwehr im vergangenen Jahr, verspätet eingegangenen Mieteinnahmen in der PGr. 07.02.05 (Katastrophenschutz), sowie dem Rettungsdienst. Im investiven Bereich sind 138 Tsd. Euro an Mindereinnahmen zu erwarten. Diese resultieren aus bislang nicht realisierten Bootsverkäufen bei der Polizei und der Feuerwehr. Diese können durch die dargestellten konsumtiven Mehreinnahmen ausgeglichen werden, so dass im Saldo 913 Tsd. Euro an Mehreinnahmen erwartet werden.</p>			
Ausgaben			
<p>Die gesamte Ausgabenseite (ohne Personalausgaben dazu siehe Nr. 3.2) ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt im prognostizierten Ergebnis bis auf den Produktbereich 07.01 rechnerisch unproblematisch. Im Berichtszeitraum liegen die konsumtiven Ausgaben zwar mit 3.680 Tsd. Euro über dem Planwert, jedoch ist dabei zu berücksichtigen, dass Sollveränderungen (Einnahmeverfügungsmittel etc.) nicht in die Planwertbetrachtung einbezogen wurden.</p>			
<p>Die Polizei (Produktgruppe 07.01.01) erwartet bei den konsumtiven Ausgaben ein Defizit von ca. 1.166 Tsd. Euro, die aus erhöhten Aufwendungen für die Ermittlungsarbeit sowie Kostensteigerungen bei den Führungs- und Einsatzmitteln resultieren. Diese Mehrausgaben könne auf Ebene nur bedingt durch Minderausgaben in den anderen Bereichen kompensiert werden, jedoch wird aufgrund der dargestellten Einnahmeentwicklung nach jetziger Einschätzung ein Ausgleich auf Ebene als möglich angesehen. Die entsprechenden Anträge werden zur Zeit vorbereitet.</p>			
3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen			
<p>Die angezeigten investiven Einnahmen stammen aus dem Verkauf von beweglichen Sachen der Polizei Bremen. Diese Einnahmen sind nur sehr schwer steuerbar.</p>			
3.1.2 Weitere Anmerkungen			
<p>Das Ressort hat Bewirtschaftungsmaßnahmen mit dem Ziel erlassen, eine Minimierung des Ausgaberrisikos zu erreichen.</p>			
Meldung zu investiven Minderausgaben			
<p>Das Ressort meldet Fehlanzeige</p>			
Finanzierungssaldo			
<p>Auf Basis der vorliegenden Zahlen ergibt sich ein bereinigter Anschlag von 201.158 Tsd. Euro. Dem stehen voraussichtliche Ausgaben von 205.571 Tsd. Euro gegenüber. Unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Nachbewilligungen in Höhe von 1.410 Tsd. Euro ergibt sich eine Überschreitung des Finanzierungssaldos in Höhe von 3.003 Tsd. Euro. Diese erklärt sich durch die Inanspruchnahme konsumtiver Ausgaberreste (797 Tsd. Euro), dem dargestellten Mehrbedarf im Personalbereich (1.590 Euro) sowie konsumtiven Risiken in Höhe von 616 Tsd. Euro. Die unter Nr. 3.1.2 dargestellten Bewirtschaftungsmaßnahmen sollen dazu beitragen, insbesondere die konsumtiven Risiken im weiteren Verlauf des Haushaltsjahres weiter zu minimieren und somit zur Verbesserung des Finanzierungssaldos beizutragen</p>			
3.2 Personaldaten			
<p>Auf Grundlage der Jahresplanung 2012 wird mit einem Defizit von 2.063 Tsd. Euro gerechnet. In den betroffenen Produktgruppen wurde das voraussichtliche Haushaltssoll um den refinanzierten Anteil erhöht, da bis Jahresende ein Ausgleich durch entsprechende Einnahmen erwartet wird. Es ist beabsichtigt, das Defizit bei den dem Statistischen Landesamt zur Verfügung stehenden Personalverstärkungsmitteln für befristet eingestellte Zensus-Kräfte im Rahmen einer Nachbewilligung auszugleichen, so dass auch hier das voraussichtliche HH-Soll bereits entsprechend erhöht wurde. Außerdem wurde das voraussichtliche Ist in den Produktgruppen 07.02.01 und 07.02.02 um voraussehbare Personalzugänge und -abgänge (Einstellungen aus der Ausbildung, Fluktuation) verändert. Das Defizit ist um die Ausbildungskosten (242 Tsd. Euro) zu verringern, da ein Ausgleich durch Umbuchungen aus dem Produktplan 92 erfolgt. Eine weitere Reduzierung des Defizits um 1.219 Tsd. Euro wird durch in Kürze zu veranlassende Nachbewilligungen aus dem konsumtiven Haushalt zugunsten des Personalhaushalts (Produktplan 96) erwartet. Unter Berücksichtigung der Beihilfeminderausgaben in Höhe von 277 Tsd. Euro (Finanz) verringert sich das rechnerische Defizit auf 325 Tsd. Euro. Ein weiteres Budgetrisiko entsteht jedoch durch noch anzuweisende Altersteilzeitrückstellungen in Höhe von 133 Tsd. Euro und durch Einstellungen aus der Ausbildung bei der Polizei (ca. 75 zum 01.10.2012) in Höhe von ca. 750 Tsd. Euro. Dem stehen Minderausgaben auf Grundlage der Fluktuationsprognose in Höhe von ca. 140 Tsd. Euro gegenüber. Das prognostizierte Gesamtdefizit wird somit ca. 1.100 Tsd. Euro betragen.</p>			

Produktplan: Inneres	07	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 89	Seite 3
<p>Bei der Polizei können Polizeivollzugsbeamte ihren Ruhestand auf Antrag um insgesamt 5 Jahre hinausschieben (d.h. freiwillig). Insgesamt entstehen der Polizei Bremen dadurch im Jahr 2012 Mehrkosten in Höhe von 2.351 Tsd. Euro. Im Gegenzug wird dadurch Versorgung in Höhe von 70 % = 1.646 Tsd. Euro. gespart. Die gesparten Versorgungsbezüge sollten dem Produktplan 07 zugerechnet werden; im Ergebnis kann dann von einem voraussichtlich ausgeglichenen Personalhaushalt ausgegangen werden. Die Zielzahlen werden im Kernbereich um voraussichtlich 19,6 VZE überschritten. Durch die noch erwarteten Zielzahlverlagerungen aus dem Produktplan 96 in Höhe von 31,13 VZE wird im Jahresdurchschnitt die Einhaltung der vorgegebenen Beschäftigungszielzahl erwartet."</p>			
<p>3.3 Sondervermögen Immobilien und Technik</p>			
<p>Im Berichtszeitraum sind für Beschaffungsvorgänge der Vorjahre 1.182.942 Euro an Zins- und Tilgungsleistungen an die beiden SVIT (Stadt und Land) gezahlt worden. Neubeschaffungen sind nicht mehr vorgesehen.</p>			
<p>3.4 Leistungsdaten (zu Seite 1a "Strategische Leistungsdaten")</p>			
<p>3.4.1 Erreichen einer Aufklärungsquote von 49,5 % (Polizei)</p>			
<p>Die Aufklärungsquote der Polizei entwickelt sich im Berichtszeitraum plangemäß.</p>			
<p>3.4.2 Erreichung des 8-Minuten-Standards bei der Polizei</p>			
<p>Der Planwert in Höhe von 80 % wird mit 82,2 % knapp überschritten.</p>			
<p>3.4.3 Reduzierung der Verkehrsunfälle um 2 %</p>			
<p>Die Zahl der Verkehrsunfälle beträgt im Berichtszeitraum 12.460. Sie ist gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr (11.757) um 5,9 % gestiegen. Die Verkehrsunfälle mit Personenschäden haben sich im Vergleich zum Vorjahr (1.970 Fälle) auf aktuell 2.033 Fälle um 3,2 % erhöht. Die Gründe hierfür sind vielfältig und insbesondere für den Berichtszeitraum von äußeren Gegebenheiten (z.B. winterliche Witterung insbesondere im Januar und Februar) beeinflusst. Die Zahlen werden sich im weiteren Verlauf des Jahres relativieren.</p>			
<p>3.4.4 Einhaltung der 10-Minuten-Fahrzeit im Lösch- und Hilfeleistungsdienst</p>			
<p>Im Bereich der Einhaltung einer 10-Minuten-Fahrzeit entspricht der Istwert im Berichtszeitraum dem Planwert.</p>			
<p>3.4.5 Wartezeit Terminkunden im Bürgerservice</p>			
<p>Das Ziel wurde mit 78,33% von 80 % leicht unterschritten.</p>			
<p>3.4.6 Erfolgreich erledigte Rechtsbehelfe im Ordnungsbereich</p>			
<p>Der Planwert von 90% wurde mit 88,56% leicht unterschritten.</p>			
<p>3.4.7 Serviceorientierter Umbau des Stadtamtes aus Projektmitteln UVI</p>			
<p>Es sind Maßnahmen zur Verbesserung der Kundensteuerung sowie zur Verbesserung des Terminmanagements eingeleitet. Zur Einführung eines Terminmanagementsystems wird durch Dataport zur Zeit eine Ausschreibung vorbereitet.</p>			
<p>3.4.8 Einführung eines Vorgangsbearbeitungssystems bei den Polizeien des Landes Bremen</p>			
<p>Es liegen Vertragsentwürfe von Dataport und zum Beitritt zur Verwaltungsvereinbarung zwischen Schleswig-Holstein und dem Bund vor zur Einbindung in das dort betriebene Vorgangsbearbeitungssystem. Die Vereinbarungen sollen bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Der Zeitplan für das Projekt wird bis jetzt eingehalten. Es sind bislang keine kritischen Punkte erkennbar, die das Ziel der Einführung zum Jahresende 2013 gefährden könnten.</p>			
<p>3.4.9 Neubaukonzeption Ersatzgebäude der FF Lehesterdeich</p>			
<p>Für den Bau eines Ersatzgebäudes wurde eine Standortanalyse in Frage kommender Grundstücke durchgeführt. Im Ergebnis eignet sich ein Grundstück zur Bebauung mit einem Gerätehaus. Weitere Schritte stehen in Abhängigkeit zu den Grunderwerbs- und Baukosten sowie der Darstellung der Finanzierung.</p>			
<p>3.4.10 Neuer Standort Polizeirevier Horn</p>			
<p>Nach jetzigem Stand kann davon ausgegangen werden, dass der neue Standort an der Lilienthaler Heerstraße im Frühjahr 2013 bezogen werden kann.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 08 Gleichberechtigung der Frau	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kommentar:			
<p><u>Finanzdaten</u> Das Budget wird eingehalten. Unter Berücksichtigung einer produktplanübergreifenden Verlagerung von 0,01 Mio. € prognostiziert das Ressort zum Jahresende eine Unterschreitung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos von 0,023 Mio. €.</p> <p><u>Personaldaten</u> Die Personalausgaben werden eingehalten.</p> <p><u>Leistungsdaten</u> Die Planwerte werden eingehalten bzw. über</p>			
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:			
Keine.			

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 08 Gleichberechtigung der Frau					Controlling 01-09/12 06.11.2012				
Verantwortlich: Hauffe					Version: 89		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten:			Einhaltung Personaldaten:			Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:			
									
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012					Jahresplanung 2012			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	65	67	-2	-3,7	69	69	64	-5	68
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	164	164	0	0,0	164	164	164	0	164
Gesamteinnahmen	229	231	-2	-1,1	233	233	228	-5	232
Personalausgaben	495	530	-36	-6,7	714	714	681	-33	714
konsumtive Ausgaben	149	158	-9	-5,5	386	386	208	-178	212
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1	2	-1	-42,2	44	44	4	-40	4
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	645	690	-45	-6,5	1.144	1.144	893	-251	930
Saldo	-416	-459	43	-9,3	-911	-911	-665	246	-698
Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.		
	2012	2013	2014	2015	2016ff				
	Tsd. EUR							Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	171	0		
- investiv	0	0	0	0	0				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0				
Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	53	56	-3	492	518	-26	667	702	-35
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	53	56	-3	492	518	-26	667	702	-35
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	3	12	-9	8	12	-4
Insgesamt	53	56	-3	495	530	-35	675	714	-39
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	1	12	-11	5	12	-7
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	10,3	10,4	-0,1	10,2	10,4	-0,2	10,2	10,4	-0,2
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	10,3	10,4	-0,1	10,2	10,4	-0,2	10,2	10,4	-0,2
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%								
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0						
Beschäftigte bis 35 Jahre	21,4	22,5	20,0						
Beschäftigte über 55 Jahre	42,9	17,5	46,7						
Frauenquote	100,0	50,0	100,0						
Teilzeitquote	64,3	35,0	66,7						
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	0,0						

Produktplan: 08	Gleichberechtigung der Frau	Controlling 01-09/2012
Verantwortlich: Hauffe		Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele
<p>1. Anregung und Vorschläge zu Entwürfen sowie Prüfung von Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen des Senats sowie des Bundes, an denen der Senat mitwirkt, soweit diese Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Frau haben</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung Absicherung von Frauenbelangen durch die Begleitung der Landes- und Kommunalpolitik und des Bundesratsverfahrens z.B. durch das Verfassen von Stellungnahmen und Positionspapieren zu aktuellen Themen.</p>
<p>2. Zusammenarbeit mit gesellschaftlich relevanten Frauenorganisationen, Frauenbewegungen, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen und Verbänden, die mit Frauenfragen und Frauenproblemen befasst sind.</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung Zusammenarbeit u. a. mit: Nationales Netzwerk Frauen und Gesundheit, Forum Frauengesundheit, Initiative Grundeinkommen, Bremer Frauenmuseum e.V., Innere Mission, Paritätisches Bildungswerk, Agentur für Arbeit Bremen, Female Professionals, Arbeitnehmerkammer Bremen, belladonna, Expertinnen-Beratungsnetz Bremen e. V., Frauenbetriebe quirl e. V., Frauen in Arbeit und Wirtschaft e.V., Impulsgeber Zukunft, DGB u.v.m.</p>
<p>3. Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit entsprechenden Stellen des Bundes und der Länder.</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung U. a. Mitwirkung an der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz, Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zusammenarbeit mit den für Frauenpolitik zuständigen Landesministerien in Arbeitsgruppen.</p>
<p>4. Eigenständige Öffentlichkeitsarbeit, die die Gleichberechtigung der Frau fördert.</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung Neben der Erstellung von Broschüren zu frauenrelevanten Themen in Bremen werden Pressemitteilungen und Flyer zu relevanten Veranstaltungen erstellt und veröffentlicht.</p>
<p>5. Unterstützung benachteiligter Frauen bei der Durchsetzung ihrer Interessen</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung In allen relevanten Fachbereichen haben im Berichtszeitraum Beratungen statt gefunden, um Frauen bei der Durchsetzung ihrer Rechte und Interessen zu unterstützen.</p>
<p>6. Bereitstellung von Expertinnenwissen im Rahmen der Implementierung von Gender Mainstream</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung Erfolgt u. a. in der ressortübergreifenden AG der Gender Beauftragten, die den Implementierungsprozess befördert sowie durch die Beratung von Institutionen.</p>
B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2012
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Beratungen [ST]	770,00	830,00	-60,00	-7,2	1.082,00
Vorträge [St]	39,00	37,00	2,00	5%	50,00
Veröffentlichungen [ST]	9,00	4,00	5,00	125	6,00
Veranstaltungen [ST]	14,00	11,00	3,00	27%	15,00
Arbeitskreismitglieder [PRS]	40,00	40,00	0,00	0	40,00
Fortbildungen [ST]	8,00	3,00	5,00	167%	5,00
Arbeitskreise, leitend [ST]	7,00	7,00	0,00	0	7,00

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Die Anzahl der in der ZGF durchgeführten Beratungen sind im Berichtszeitraum leicht hinter den Erwartungen zurück geblieben. Dies ist u. a. durch Personalabgänge sowie -zugänge und krankheitsbedingte Personalausfälle begründet.

Bei allen übrigen Leistungskennzahlen sind die Planwerte erreicht bzw. überschritten worden.

Vorträge wurden im dritten Quartal beispielsweise im Rahmen der Berufsorientierung für Schülerinnen mit dem Titel „Finde Deinen Weg!“ an der Hochschule Bremerhaven sowie zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ gehalten. Zur Situation der Hebammen und zur Höhe von Kaiserschnittraten wurde Stellung im Hessischen Rundfunk genommen.

Mit dem Start des fachübergreifenden Schwerpunktprojektes „Junge Frauen“ der ZGF wurde ein Beirat „Junge Frauen“ gegründet, der die Arbeit der ZGF zu Themenstellungen von jungen Frauen im kommenden Jahr begleiten wird. Hierzu hat eine Auftaktveranstaltung stattgefunden, bei der die Beiratsmitglieder verschiedene Fragestellungen junger Frauen bearbeitet haben. Zukünftig tagt der Beirat alle sechs bis acht Wochen.

In Bremerhaven hat die ZGF einen Workshop mit dem Titel: „Ich packe in meinen Koffer...“ zum Thema „Coaching für einen Schulabschluss und Entwicklung einer Berufsperspektive“ durchgeführt, der sich an junge Mütter ohne Schulabschluss gerichtet hat.



Für Fachkräfte aus der Arbeit mit von Gewalt betroffenen Frauen hat die ZGF eine Fortbildung mit dem Titel: „Interkulturelle bzw. transkulturelle Ansätze in der Arbeit mit von Gewalt betroffenen Frauen“ durchgeführt. Weiterhin wurden die Frauenbeauftragten in Bremerhaven geschult.

Produktplan: 08 Gleichberechtigung der Frau	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich: Hauffe	Version: 89	Seite 2
3. Analyse/Bewertung		
Konsumtive Ausgaben:		
Die konsumtiven Ausgaben haben den Planwert um 9 Tsd. Euro unterschritten. Ursächlich hierfür sind ein sparsamer Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sowie die Verlagerung von Kostenpositionen in das vierte Quartal.		
Investive Ausgaben:		
Die für das dritte Quartal geplanten Unterhaltungs- und Beschaffungsmaßnahmen werden erst im vierten Quartal rechnerisch wirksam.		
Finanzierungssaldo:		
Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird sich voraussichtlich um 33 Tsd. Euro verbessern.		

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 09 Staatsgerichtshof	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Personal:	n.e.	n.e.
Leistungen:	n.e.	n.e.	
Kommentar:			
<p><u>Finanzdaten</u> Das Ressort erwartet zum Jahresende eine Budgetunterschreitung in Höhe von 0,006 Mio. €. Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird voraussichtlich um 0,002 Mio. € überschritten.</p>			
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:			
Zum Ausgleich des Finanzierungssaldos sollte eine Rücklageninanspruchnahme erfolgen, die aufgrund der geringen Höhe zentral ausgeglichen wird.			

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Staatsgerichtshof	09	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Frau Meyer	Version: 89	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012				Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
investive Einnahmen	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Gesamteinnahmen	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Personalausgaben	31	32	-1	-1,7	39	39	39	0	39
konsumtive Ausgaben	4	4	0	2,8	13	13	7	-6	5
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	36	36	-0	-1,2	52	52	46	-6	44
Saldo	-36	-36	0	-1,2	-52	-52	-46	6	-44

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	8	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	3	3	0	31	32	-1	39	39	0
Insgesamt	3	3	0	31	32	-1	39	39	0
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

Produktplan: 09	Controlling 01-09/2012
Verantwortlich: Frau Meyer	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Die Aufgaben des Staatsgerichtshofs ergeben sich ausschließlich aus der in der Landesverfassung und in Landesgesetzen festgelegten Zuständigkeitsordnung. Danach ist der Staatsgerichtshof zuständig für die Entscheidung von Zweifelsfragen über die Auslegung der Verfassung und andere staatsrechtliche Fragen, die ihm der Senat, die Bürgerschaft oder ein Fünftel der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft oder eine öffentlich-rechtliche Körperschaft des Landes Bremen vorlegt, sowie in den anderen durch Verfassung oder Gesetz vorgesehenen Fällen (Art. 140 BremLV).

Weitere strategische Leistungsziele sind nicht möglich.

Sachstand/Analyse/Bewertung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Sachstand/Analyse/Bewertung

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
VERFAH	1	2	-1,00	-50,0	
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: Staatsgerichtshof	09	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Frau Meyer	Version: 89	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Finanzdaten			
Zurzeit wird der Planwert noch eingehalten, jedoch sind die Ausgaben für die Bücherei und die Reisekosten stark gestiegen. Wahrscheinlich werden noch zusätzlich 2 TEuro an konsumtiven Mitteln benötigt.			
Voraussichtlich werden die Mittel nicht ausreichen.			
Das Ziel wird nicht erreicht			
Personaldaten			
Im Moment wird der Planwert leicht unterschritten, die Mittel werden ausreichen. Das Ziel wird erreicht			
Die Primärausgaben werden den Anschlag voraussichtlich um 2 TEuro überschreiten.			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref.22, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 11 Justiz	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentar:**Finanzdaten**

Das Ressort erwartet zum Jahresende eine **Budgetunterschreitung** von rd. 1,056 Mio. €, resultierend aus

- Mehreinnahmen in Höhe von rd. 1,7 Mio. €,
- Personalminderausgaben in Höhe von rd. 1,4 Mio. € sowie
- Mehrausgaben in Höhe von rd. 2 Mio. €.

Der zulässige **Finanzierungssaldo** wird unter Berücksichtigung der Reste (0,127 Mio. €) sowie der produktplanübergreifenden Verlagerungen (0,450 Mio. €) um 0,926 Mio. € unterschritten.

Zur Einhaltung des veranschlagten eckwertrelevanten Finanzierungssaldo sollen die erwarteten IST Ergebnisse der eckwertrelevanten Einnahmen und Ausgaben berücksichtigt werden. Das Ressort teilt mit, dass der Nachbewilligungsantrag über 0,750 Mio. € für den sogenannten „Hafttageausgleich“ zu Lasten SF „Risikofonds“ **nicht** berücksichtigt wurde.

Personaldaten

Bei den Personalausgaben (ohne Beihilfe und Nachversicherungen) werden Minderausgaben in Höhe von rd. 0,632 Mio. € ausgewiesen.

Unter Berücksichtigung von Restfluktuation, der Übernahme von Auszubildenden und dem AH Kontenausgleich für ATZ Fälle verbleiben Minderausgaben in Höhe von rd. 0,446 Mio. €.

Durch die Realisierung von Einnahmeverfügungsmitteln bei den refinanziert Beschäftigten und noch umzusetzenden Sollveränderungen wird zum Jahresende eine Minderausgabe in Höhe von rd. 0,835 Mio. € verbleiben.

Das Ressort gibt an, dass die Beschäftigungszielzahl, auch nach Übernahme der Auszubildenden, eingehalten werden kann.

Sollte die noch zu erwartende Fluktuation abgeschöpft bzw. nur für die Übernahme der Auszubildenden genutzt werden, ist das Erreichen der Zielzahl aus unserer Sicht möglich.

Leistungsdaten

Die Leistungen entwickelten sich weitgehend plangemäß.




Im Betrachtungszeitraum wurden beim Finanzgericht, Sozialgericht, Verwaltungsgericht und Arbeitsgericht Bremen-Bremerhaven die geplanten Erledigungszahlen übertroffen, trotz Unterschreitung des geplanten richterlichen Personaleinsatzes.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref.22, 02.11.2012

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Das Justizressort sollte zum nächsten Berichtstermin seinen Nachbewilligungsantrag (Ausgleich der sogenannten „Hafttageliste“ über 0,750 Mio. € zu Lasten der zentralen Risikovorsorge, in den erwarteten IST-Ergebnissen der eckwertrelevanten Einnahmen und Ausgaben berücksichtigen.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Justiz	11	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 89	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012				Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	28.763	27.042	1.721	6,4	36.273	36.811	38.487	1.676	36.204
investive Einnahmen	2	0	2	0,0	0	0	2	2	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	154	154	0	0
Gesamteinnahmen	28.765	27.042	1.723	6,4	36.273	36.965	38.643	1.678	36.204
Personalausgaben	47.386	48.173	-787	-1,6	65.639	66.051	64.683	-1.368	65.189
konsumtive Ausgaben	34.167	32.409	1.758	5,4	42.951	43.080	45.070	1.990	42.770
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	5	5	0	5
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	3.749	4.462	-713	-16,0	10.199	10.163	10.163	0	10.199
relevante Verrech./Erstatt.	1.151	1.136	15	1,3	1.156	1.157	1.157	0	1.135
Gesamtausgaben	86.452	86.180	272	0,3	119.945	120.456	121.078	622	119.299
Saldo	-57.687	-59.138	1.451	-2,5	-83.672	-83.491	-82.435	1.056	-83.095

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	27	27	27	152	0	7.512
- investiv	2.149	5.037	5.047	5.069	9.054		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	5	4	3	7		

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	4.599	4.648	-49	41.723	41.737	-14	57.040	57.385	-345
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	178	191	-13	1.774	1.864	-90	2.295	2.414	-119
Zwischensumme	4.777	4.839	-62	43.497	43.601	-104	59.335	59.799	-464
Refinanzierte	28	33	-5	516	295	221	691	398	293
Nebentitel	196	211	-15	3.373	4.277	-904	4.655	5.443	-788
Insgesamt	5.001	5.083	-82	47.386	48.173	-787	64.681	65.640	-959
- dar.: Beihilfe/Nachvers	165	153	12	1.548	2.045	-497	2.189	2.515	-326
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	1.238,3	1.245,8	-7,5	1.250,0	1.246,3	3,7	1.247,1	1.246,0	1,1
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	149,0	155,5	-6,5	170,7	167,7	3,0	165,3	163,4	1,9
Zusammen	1.387,3	1.401,3	-14,0	1.420,7	1.414,0	6,7	1.412,4	1.409,4	3,0
Refinanzierte	11,9	-	-	12,5	-	-	12,4	-	-
Abwesende	62,8	-	-	57,5	-	-	58,8	-	-

Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	17,0	22,5	16,9
Beschäftigte über 55 Jahre	19,5	17,5	19,1
Frauenquote	56,3	50,0	55,5
Teilzeitquote	25,8	35,0	25,7
Schwerbehindertenquote	5,2	6,0	4,8

Produktplan: 11	Controlling 01-09/2012
Justiz	
Verantwortlich: Senator Günthner	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Sanierung der Justizvollzugsanstalt

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Baumaßnahmen an den Standorten Bremen und Bremerhaven sind in dem Berichtszeitraum entsprechend den laufend abgestimmten Baufortschrittsterminen abgewickelt worden. Der vorgegebene Kostenrahmen wird nach derzeitigen Erkenntnissen eingehalten.

Maßnahmen am Standort Bremen

a) Zentralgebäude

Die Ausbauarbeiten am Zentralgebäude stehen vor dem Abschluss.

Die Außenanlagen (Innenzaun, Verkehrswege, Wendeplatz, Anschluss Werkhof) sind begonnen und werden termingerecht zur Verfügung stehen. Am 23.11.2012, vor Beginn des Probebetriebes und der Inbetriebnahme, soll in einem feierlichen Rahmen das Gebäude vorgestellt werden. Die technische Übergabe erfolgt am 19.12.2012. Mit den Umzügen (Verwaltung und Sicherheitszentrale, Krankenabteilung, VA 21-U-Haft) ab Mitte Januar 2013 wird dann das Zentralgebäude nach und nach in den Echtbetrieb übernommen.

b) Bestandsmauer

Die Sanierung der verbliebenen denkmalgeschützten Bestandsmauer wird durch das Förderwerk im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme durchgeführt, und zwar dergestalt, dass lockere und beschädigte Ziegel entfernt werden und mit recycelten Ziegeln aus dem Abbruch alter Mauerteile wieder ergänzt werden. Ebenso werden die Mauerfugen komplett erneuert.

c) Standortverlegung der Zentralküche

Auf der Fläche der nunmehr geschlossenen Wäscherei im Werkhof wird die neue Zentralküche der Justizvollzugsanstalt nach modernen baulichen und hygienischen Anforderungen (HACCP) errichtet. Nach Erneuerung der Grundleitungen, Sanierung des Dachbereiches und Ausbringung des Estrichs wird zurzeit der Trocken- ausbau samt Fliesenarbeiten durchgeführt.

d) Haus 4 -- U- und Strafhaft Jugendliche

Neben den Sanierungsmaßnahmen an „Dach und Fach“ besteht im Hinblick auf die Anforderungen des am 01. Januar 2008 in Kraft getretenen bremischen Jugendstrafvollzugsgesetzes der Grundsatz des Wohngruppen- vollzugs. In Umsetzung dieser Anforderung werden nunmehr 6 Wohngruppen mit insgesamt 75 Haftplätzen geschaffen. Die Ausführungsplanung ist erstellt und abgestimmt. Erste Ausschreibungen sind veröffentlicht.

Maßnahmen am Standort Bremerhaven

a) Die zweite Phase des 1.Bauabschnitts (Sanierung und Neustrukturierung der Verwaltung, der Krankenstation und des Besucherbereichs im Gebäudebestand) ist abgeschlossen. Die Übergabe aller Gewerke ist inzwischen erfolgt. Seit August befinden sich alle sanierten bzw. neu erstellten Bereiche samt neuer Sicherheitstechnik im Echtbetrieb.

b) Der sich anschließende 2.Bauabschnitt (Neubau der Kraftfahrzeugschleusen 2 und 3, Neubau und Sanierung der Hafthäuser, Überarbeitung der Außenanlagen und des Sportbereichs) befindet sich zurzeit in der vorbereitenden Planung zu Bauausführung und Ausschreibung. Der Baubeginn ist festgesetzt auf Mitte 2013. Die Fertigstellung des 2.Bauabschnitts ist terminiert auf Januar 2015.

Projekt „Forderungsmanagement in der Justiz“

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die geplanten Projektmeilensteine sind zum Teil mit kleinen Verzögerungen umgesetzt worden u.a.:

a) Das Auswahlverfahren für die Besetzung der drei befristet ausgeschriebenen Stellen im Bereich des Justizinkassos ist erfolgreich abgeschlossen. Momentan laufen die Verhandlungen mit den derzeitigen Dienststellen der neuen Kolleginnen und Kollegen über den Zeitpunkt der Abordnung. Aufgrund der Anzahl der eingegangenen Bewerbungen hat der Auswahlprozess länger gedauert als geplant, so dass die Aufnahme des operativen Geschäfts sich voraussichtlich um ca. 4 bis 6 Wochen bis Anfang / Mitte November verlängern wird.

b) Ein Konzept für die Umsetzung und Einführung des Justizinkassos ist ausgearbeitet worden. Die Vorbereitung für die Aufnahme der operativen Tätigkeiten wie bspw. Einrichtung von Arbeitsplätzen, Erstellung eines Einarbeitungsplans, Planung von Fortbildungsmaßnahmen etc. findet derzeit statt.

c) Ein erstes Datenschutzkonzept für das Projekt ist erstellt worden.

- d) Eine elektronische Datenübergabe für das Jahr 2009 seitens der Landeshauptkasse an die Projektgruppe hat bereits stattgefunden. Der Umzug der Vollstreckungsakten wird voraussichtlich Ende Oktober stattfinden. Derzeit werden die übernommenen niedergeschlagenen Forderungen des Jahres 2009 ausgewertet und analysiert nach Kriterien wie z.B.: Anzahl und Höhe der Niederschlagungen, Verteilung nach Bereichen (z.B. Straf-, Familien- Zivilsachen etc.), Dienststellen und Höhe der Forderung.
- e) Die gesonderte Datenerhebung im dritten Quartal zur Ermittlung gewisser Vergleichbarkeiten zwischen den Beitreibungspraktiken der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Bremerhaven und der Vollstreckungsbeamten des Finanzamts Bremen-Mitte ist abgeschlossen. Die Datenauswertung steht an.

Umsetzung der Fortbildungsoffensive

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Verbesserung der Fortbildung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist ein Arbeitsschwerpunkt des Justizressorts. Die begonnenen Maßnahmen in den Bereichen

Fortbildungsoffensive für die Service-Kräfte,
Fortbildungskonzept für die Richterinnen und Richter auf Probe in der bremischen Justiz und
Fortbildungskooperation mit Niedersachsen

wurden auch im zweiten Halbjahr 2012 fortgesetzt (Schulungen der Führungskräfte: siehe „Systematische Führungskräfteentwicklung“).

Die notwendige gerichtsbereichsübergreifende Koordinierung der Maßnahmen wird durch eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Gerichtsbereiche, der Staatsanwaltschaft und der Behörde des Senators für Justiz und Verfassung geleistet. Zum bisher erreichten Stand und zu den zukünftig weiter geplanten Maßnahmen hat die Arbeitsgruppe den Gesamtbericht Fortbildung (Stand Mai 2011) vorgelegt. Ferner wurde dem Rechtsausschuss der Bremischen Bürgerschaft am 04.07.2012 über die aktuellen Aktivitäten und Entwicklungen im Bereich der Führungskräfteentwicklung und der Fortbildungsoffensive im Justizressort berichtet.

Nach einer umfassenden Evaluation wurde entschieden, den zweijährigen Kurs zur (Nach-)Schulung zum/zur Justizfachangestellten erneut aufzulegen (Beginn: 14.01.2013).

Um der zunehmenden Bedeutung von Sicherheitsbelangen in den Gerichten und Staatsanwaltschaften Rechnung zu tragen, werden ab November 2012 wiederholt Schulungen zum „Umgang mit gewaltbereitem Publikum“ durchgeführt.

Zur Umsetzung des am 25.07.2012 in Kraft getretenen Gesetzes zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung befindet sich eine Qualifizierungsmaßnahme für die Tätigkeiten der Güterichter in Planung.

Auf den Service-Seiten des Senators für Justiz und Verfassung unter www.justiz.bremen.de wird über das aktuelle Fortbildungsangebot informiert.

Systematische Führungskräfteentwicklung und Stärkung der Managementkompetenz bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften

Sachstand/Analyse/Bewertung

Zur systematischen und vorausschauenden Führungskräfteentwicklung wurde ein Konzept für den Bereich der Dienststellen- und Geschäftsleiter/innen erstellt. Basis-Schulungen konnten Anfang 2011 abgeschlossen werden. Eine Fortsetzung im Rahmen von Aufbau-Schulungen ist für Mai 2013 geplant.

Das Qualifizierungsprogramm für zukünftige Führungskräfte der Laufbahngruppe zwei, erstes Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) einschließlich der Hospitationen in unterschiedlichen Bereichen, darunter auch in anderen Dienststellen, wird im 2. Halbjahr 2012 abgeschlossen und sodann evaluiert. Überlegungen für eine Wiederholung der Maßnahme werden bereits jetzt angestellt.

Eine vermehrte Delegation von Führungs- und Personalverantwortung in Gerichten und Staatsanwaltschaften wird angestrebt, mit der insbesondere stellvertretende Behördenleiter, Vizepräsidenten, aufsichtsführende Richter und Abteilungsleiter angesprochen werden sollen. Die Schulungen werden im 2. Halbjahr 2012 fortgesetzt. Erste Maßnahmen zur erweiterten Delegation von Verantwortlichkeiten auf aufsichtsführende Richter sind bereits beim Amtsgericht Bremen umgesetzt worden, diese haben sich gut bewährt.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Umsetzung des ressortweiten Konzepts zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement erfolgt in dienststellenübergreifender Kooperation aktuell bei der Bewerbung und Nutzung von Bewegungsangeboten wie z.B. Rückenschulung, Massagen und Yoga. Teamentwicklung in Verbindung mit Bewegung wird in einer interaktiven Fortbildungsreihe ressortweit angeboten. 2013 ist geplant, u.a. das Betriebssportangebot im Ressort auszubauen und vermehrt Teilnehmer/innen zu gewinnen.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2012
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Landgericht Bremen:					
Zivil- u. K.f.H.sachen (Erledig.) [ST]	2.275,000	2.370,000	-95,000	-4,0%	3.160,000
Richter in Zivil- u. K.f.H.sachen [VK]	22,161	20,500	1,661	8,1%	20,500
Strafsachen (Erledigungen) [ST]	362,000	322,500	39,500	12,2%	430,000
Richter in Strafsachen [VK]	22,378	25,500	-3,122	-12,2%	25,500
Amtsgerichte:					
Zivil- u. Familiensachen (Erledig.) [ST]	12.833,000	13.912,500	-1.079,500	-7,8%	18.550,000
Richter in Zivil- u. Familiensachen [VK]	31,788	31,900	-0,112	-0,4%	31,900
Straf- u. Bußgeldverf. (Erledig.) [ST]	10.428,000	11.317,500	-889,500	-7,9%	15.090,000
Richter in Straf- u. Bußgeldverf. [VK]	26,328	27,400	-1,072	-3,9%	27,400
Staatsanwaltschaft Bremen:					
Ermittlungsverf. - Js - (Erledig.) [ST]	42.961,000	42.000,000	961,000	2,3%	56.000,000
Staats-/ Amtsanwält/innen [VK]	55,459	58,000	-2,541	-4,4%	58,000
Justizvollzugsanstalt Bremen:					
Belegungs-/Auslastungsgrad [%]	81,87	84,67	-2,80	-	84,67

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: Justiz	11	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 89	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen			

3.1.2 Weitere Anmerkungen			
Die Einhaltung des Budgets ist nach den Ergebnissen des Berichtszeitraums nicht gefährdet.			
Im Saldo von			
- Mehreinnahmen:	1.678 Tsd. Euro,		
- Personalminderausgaben:	1.368 Tsd. Euro,		
- konsumtiven Mehrausgaben:	1.990 Tsd. Euro		
errechnet sich eine Budgetunterschreitung von 1.056 Tsd. Euro.			
Für den Bereich der Investitionen wird von einem vollständigen Mittelabfluss und einem ausgeglichenen Jahresergebnis ausgegangen.			
Gegenüber der Berichterstattung 1 - 6/2012 ergeben sich folgende Veränderungen.			
- Erhöhung der Mehreinnahmen um 278 Tsd. Euro,			
- Erhöhung der Personalminderausgaben um 248 Tsd. Euro,			
- Erhöhung der konsumtiven Mehrausgaben um 237 Tsd. Euro.			
Die Verbesserungen bei den Personalausgaben sind vor allem auf die am 07.09.2012 vom Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Nachbewilligungen für Ausbildungsentgelte der Referendare und für Zielzahlerhöhungen in Höhe von insges. 409 Tsd. Euro zurückzuführen. Eine am 27. September 2012 durch die Senatorin für Finanzen verfügte, aber im Berichtszeitraum noch nicht umgesetzte Einsparung bei den Ausgaben für Beihilfen und Nachversicherungen über 145 Tsd. Euro wurde in den Berechnungen zum voraussichtlichen Jahresergebnis bereits sollermäßigend berücksichtigt. Die Beihilfeminderausgaben des Produktplans Justiz reduzieren sich damit von 326 Tsd. Euro (vgl. Personaldatentableau) auf 181 Tsd. Euro. Das voraussichtliche Haushalts-Soll der Investitionen wurde um einen Betrag von 37,88 Tsd. Euro aus der Auflösung global veranschlagter investiver Minderausgaben gemäß Senatsbeschluss vom 23.10.2012 (= auf den PPL Justiz entfallender Anteil aus der Umlage) gekürzt.			
Einhaltung des geplanten eckwertrelevanten Finanzierungssaldos:			
Der eckwertrelevante Finanzierungssaldo wird eingehalten. Der Soll-/Ist-Vergleich (ohne Verrechnungen/Erstattungen) ergibt in der Jahresprognose ebenfalls eine Unterschreitung von 1.056 Tsd. Euro. Das der Berechnung zugrundeliegende voraussichtliche Haushalts-Soll basiert auf den HH-Anschlägen sowie auf			
- Ausgaberesten aus dem Vorjahr von 127 Tsd. Euro,			
- produktplanübergreifenden Verlagerungen von 246 Tsd. Euro, saldiert, einschließlich Verlagerungen zum Titel 980 41,			
- nicht veranschlagten Einnahmeverfügungsmitteln von 611 Tsd. Euro und			
- zweckgebundenen Drittmitteln von 251 Tsd. Euro, davon veranschlagt 58 Tsd. Euro.			
Von den erwarteten Drittmitteln entfallen 154 Tsd. Euro auf EU-Mittel für das Projekt Ex-OCoP, die bei planmäßigem Verlauf im vierten Quartal im Produktplan Arbeit vereinnahmt und über eine Verrechnungshaushaltsstelle an den Produktplan Justiz erstattet werden. Diese Mittel sind wie produktplanübergreifende Verlagerungen als zulässige Erhöhung des Finanzierungssaldos zu berücksichtigen. Die Einnahmeverfügungsmittel korrespondieren mit Mehreinnahmen des Produktplans. Nach den für den Haushaltsvollzug aufgestellten Grundsätzen können sie - ebenso wie die zweckgebundenen Drittmittel - für Mehrausgaben verwendet werden. Für die Resteinanspruchnahme bedarf es nach den haushaltsvollzuglichen Grundsätzen eines Ausgleichs durch veranschlagte anderweitige Minderausgaben oder Mehreinnahmen. Der um die Restmittel bereinigte Finanzierungssaldo wird demgemäß um 929 Tsd. Euro unterschritten (1.056 - 127 Tsd. Euro).			
Einnahmen:			
Die Einnahmen im Produktplan Justiz resultieren in der Hauptsache aus den Einnahmen der Gerichte und Staatsanwaltschaften aus Gerichtsgebühren und Geldstrafen. Die Einnahmen werden durch die Geschäftsentwicklung bestimmt und sind insoweit nicht steuerbar. Für den Bereich des Justizvollzugs sind die von den Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalt erwirtschafteten Einnahmen prägend. Die Einnahmementwicklung stellt sich im Berichtszeitraum weiterhin positiv dar. Die für den Produktplan insgesamt prognostizierten Mehreinnahmen von 1,678 Mio. Euro entfallen zum größten Teil auf den Produktbereich der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (rd. 1,3 Mio. Euro) sowie auf die Staatsanwaltschaft (rd. 0,3 Mio. Euro). Geringfügige Mindereinnahmen werden im Produktbereich Justizvollzug erwartet (- rd. 44 Tsd. Euro).			
Verbesserungen gegenüber den Ergebnissen des Halbjahrescontrollings sind vor allem beim Hanseatischen Oberlandesgericht zu verzeichnen. Dort wurde im Monat August ein Vorschuss von rd. 370 Tsd. Euro in einem einzelnen Verfahren vereinnahmt. Die Einnahmeprognosen anderer Produktgruppen waren mit Blick auf die aktuelle Entwicklung demgegenüber teilweise herabzusetzen.			




Produktplan: Justiz	11	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 89	Seite 3
<p>Während die konsumtiven Einnahmeplanwerte im Berichtszeitraum um 1,721 Mio. Euro überschritten werden, bleiben die im Jahresergebnis prognostizierten Mehreinnahmen mit 1,676 Mio. Euro leicht hinter den Ergebnissen des Berichtszeitraums zurück. Dieses vergleichsweise schlechtere Ergebnis erklärt sich im Wesentlichen daraus, dass die zufließenden konsumtiven Ist-Einnahmen zur Höhe von rd. 0,6 Mio. Euro als Einnahmeverfügungsmittel oder zweckgebundene Drittmittel (vgl. oben) die Ausgaben des Produktplans verstärken und entsprechende Sollerhöhungen auf der Einnahme- und Ausgabeseite nach sich ziehen.</p>			
<p>Konsumtive Ausgaben: Die Ist-Planwert-Abweichungen des Berichtszeitraums (1.758 Tsd. Euro) sind für das Jahresergebnis nur bedingt aussagekräftig. Sie werden zum Teil durch bloße zeitliche Verschiebungen im Mittelabfluss (u.a. bei den Mietzahlungen an das SVIT) oder durch nicht veranschlagte Refinanzierungen verursacht.</p>			
<p>Das Gros der mit 1,99 Mio. Euro prognostizierten Ausgabenüberschreitungen entfällt auf die Ordentliche Gerichtsbarkeit (1 ,94 Mio. Euro), während die übrigen Produktbereiche Überschreitungen geringeren Umfangs oder ausgeglichene Ergebnisse mit geringfügigen Minderausgaben erwarten.</p>			
<p>Die Gründe für die Ausgabenüberschreitungen liegen im Wesentlichen in der Entwicklung der Auslagen in Rechtssachen, auf die rd. 27,4 Mio. Euro bzw. 60,9 % der prognostizierten konsumtiven Ist-Ausgaben des Produktplans entfallen (einschließlich der in den Verfahren entstehenden Portokosten). Die bei den Auslagen in Rechtssachen zu verzeichnenden Ausgabenzuwächse sind verschiedenen Bereichen zuzuordnen (vgl. den Bericht des Produktbereichs 11.02).</p>			
<p>Der größte Anteil entfällt auf die nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsordnung (InsVV) an Insolvenzverwalter und Treuhänder zu leistenden Zahlungen. Betroffen sind hier die Verbraucherinsolvenzverfahren, bei denen im lfd. Jahr außerordentlich viele Verfahren nach Erreichen der sog. Abschlussreife zur Abrechnung gelangt sind. Außerdem waren in einer ebenfalls großen Zahl von Verfahren weiter fällig werdende Vergütungen an Treuhänder nach Beendigung des Restschuldbefreiungsverfahrens auszukehren.</p>			
<p>Mit Ausgabensteigerungen ist auch bei den nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz zu zahlenden Betreuervergütungen zu rechnen. Die Gründe für den Ausgabenanstieg liegen vor allem in einer weiter steigenden Zahl von Betreuungen, für die aufgrund fehlender Leistungsfähigkeit der Betreuten Vergütungen aus der Staatskasse zu zahlen sind.</p>			
<p>Ein Ausgabenanstieg zeichnet sich ferner bei den Unterbringungskosten ab, wobei nicht nur die vorläufigen Unterbringungsfälle, sondern auch die Verweildauern zugenommen haben.</p>			
<p>Die Mehrausgaben werden nur zum Teil durch geringere Prozesskostenhilfe-Ausgaben und Sachverständigenentschädigungen ausgeglichen werden können.</p>			
<p>Investive Ausgaben: Nach derzeitiger Planung wird von einem vollständigen Mittelabfluss ausgegangen.</p>			
<p>Der Haushalts- und Finanzausschuss hat mit Beschluss vom 24. April 2009 darum gebeten, im Rahmen des Controllings zum Produktgruppenhaushalt regelmäßig über den Liquiditätsabfluss im Zusammenhang mit der Sanierung der Justizvollzugsanstalt zu berichten: Nach gegenwärtigem Stand wird davon ausgegangen, dass die veranschlagten Sanierungsmittel in Höhe von 8,15 Mio. Euro entsprechend den Planungen in 2012 an das Sondervermögen Immobilien und Technik abfließen werden.</p>			
<p>3.2 Personaldaten Das Personal-Ist im Kernbereich liegt für den aktuellen Monat um 7,5 VZÄ unterhalb der Zielzahl. Die Zielzahlen des Jahresverlaufs 2012 werden voraussichtlich auch unter Beachtung der noch ausstehenden Zugänge aus Prüfungsjahrgängen eingehalten werden.</p>			
<p>Die im weiteren Jahresverlauf zu erwartenden Einnahmeverfügungs- und Drittmittel wurden sollerrhöhend, die verfügbaren Einsparungen bei den Beihilfen und Nachversicherungen sollerrmäßigend im voraus. Haushalts-Soll berücksichtigt.</p>			
<p>Risiken im weiteren Jahresverlauf: Bei den dargestellten Ergebnissen handelt es sich um Einschätzungen auf Basis der aktuellen Ist-Entwicklung. Ergebnisentscheidend sind die verfahrensabhängigen Einnahmen und Ausgaben der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Geringe prozentuale Veränderungen gegenüber der aktuellen Entwicklung bzw. den darauf basierenden Prognosen können sich bei den gegebenen Volumina sehr schnell zu Haushaltsverschlechterungen im hohen sechsstelligen Bereich summieren.</p>			
<p>Risiken überschaubarer Natur bestehen außerdem im Zusammenhang mit der Abwicklung des Projekts Ex-OCOP, da sich die Auszahlung der in diesem Jahr erwarteten EU-Fördermittel u.U. wegen der Abrechnungsprüfung bis in das 1. Quartal 2013 verzögern kann. Die damit für das laufende Jahr verbundenen Finanzierungsrisiken für den Produktplan Justiz werden von den Projektverantwortlichen</p>			

Produktplan: 11 Justiz	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich: Senator Günthner	Version: 89	Seite 4
<p>aktuell auf rd. 93 Tsd. Euro kalkuliert.</p> <p>Wegen der Risiken, die für den Haushalt mit der Kündigung der Vollzugsgemeinschaft durch Niedersachsen verbunden sind, hier Ausgleich der sog. Hafttageliste, ist mittlerweile und auf der Grundlage des vom Senat am 23.10.2012 beschlossenen Lösungskonzepts ein Nachbewilligungsantrag über 750 Tsd. Euro zu Lasten der zentralen Risikoversorge gestellt worden.</p> <p>Nennenswerte Risiken aus Entschädigungen für überlange Gerichtsverfahren sind nicht zu berichten.</p> <p>3.3 Leistungskennzahlen Die Leistungen entwickeln sich weitgehend plangemäß. Die Ist-Planwert-Abweichungen liegen zum Ende des Berichtszeitraums fast durchweg im Toleranzbereich. Die höhere Zahl von Verfahrenserledigungen in den Strafsachen des Landgerichts betrifft zum überwiegenden Teil die Berufungsverfahren. Nach dem Bericht des Landgerichts handelt es sich bei den überplanmäßigen Erledigungen noch um Auswirkungen eines gezielten und temporären Personaleinsatzes, der mittlerweile wieder eingeschränkt wurde, wie an den Kennzahlen abgelesen werden kann.</p> <p>Der Belegungs-/Auslastungsgrad der Justizvollzugsanstalt bleibt im Berichtszeitraum um 2,8 % hinter den Planungen zurück. Für den Berichtszeitraum errechnet sich eine Durchschnittsbelegung von rd. 593 Insassen pro Tag. Im Vergleich zum Halbjahresbericht (587 Insassen pro Tag) ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen, weiterhin bleibt die Belegung jedoch hinter der Durchschnittsbelegung des Vorjahres mit rd. 610 Insassen (- 2,7%) zurück. Von der Rückläufigkeit betroffen sind die Untersuchungshaft und der geschlossene Vollzug. Die Zahl der Insassen im offenen Vollzug hat demgegenüber zugenommen.</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 12 Sport	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
		Nicht gefährdet
Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kommentar:		
<p><u>Finanzdaten</u> Das Budget wird zum Jahresende eingehalten. Erwartete Mindereinnahmen (0,028 Mio. €) werden durch konsumtive Minderausgaben kompensiert.</p> <p>In der Jahresplanung ist der durch den Senat am 2. Oktober 2012 beschlossene zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 1,9 Mio. € zum Liquiditätsausgleich an die Bremer Bäder GmbH enthalten.</p> <p>Das Ressort sieht keinerlei Möglichkeiten, den bestehenden Verlustvortrag (0,898 Mio. €) auszugleichen.</p> <p>Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird lt. Ressort zum Jahresende eingehalten.</p> <p><u>Personaldaten</u> Die Personalausgaben werden eingehalten.</p> <p><u>Leistungsdaten</u> Die Leistungskennzahlen werden im Wesentlichen eingehalten (Verweis auf Seite 1a). Der Zuschuss an die Bremer Bäder GmbH sowie der Zuschuss je Besucher überschreiten den Planwert um knapp 90%. Die damaligen festgelegten Planwerte enthielten nicht die im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2012 beschlossene Anschlagserhöhung von 0,535 Mio. € sowie die Einmalzahlung zur Defizitminderung in Höhe von 1 Mio. €. Die vom Senat im Oktober 2012 beschlossenen weiteren 1,9 Mio. € zum Liquiditätsausgleich werden entsprechend im Controllingbericht Januar bis Oktober Berücksichtigung finden.</p>		
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:		
Kein Handlungsbedarf.		

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Sport	12	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 89	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012				Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	278	299	-21	-7,0	495	495	467	-28	400
investive Einnahmen	67	67	-1	-0,8	67	67	67	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	236	238	-3	-1,1	236	238	238	0	0
Gesamteinnahmen	580	604	-24	-3,9	797	800	772	-28	400
Personalausgaben	775	787	-12	-1,6	1.101	1.102	1.089	-13	1.092
konsumtive Ausgaben	9.995	8.939	1.056	11,8	11.919	13.820	13.792	-28	11.827
Zinsausgaben	0	25	-25	-100,0	34	34	34	0	34
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1.495	2.505	-1.010	-40,3	2.283	3.345	3.345	0	2.985
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	12.265	12.256	9	0,1	15.337	18.301	18.260	-41	15.938
Saldo	-11.685	-11.652	-33	0,3	-14.540	-17.501	-17.488	13	-15.538

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	393	393	393	8.345	0	898
- investiv	0	296	79	82	473		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	32	29	26	87		

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	85	86	-1	766	772	-6	1.075	1.080	-5
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	85	86	-1	766	772	-6	1.075	1.080	-5
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	9	15	-6	14	22	-8
Insgesamt	85	86	-1	775	787	-12	1.089	1.102	-13
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	9	14	-5	13	20	-7
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	22,5	23,1	-0,6	22,0	23,3	-1,3	22,1	23,2	-1,1
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	22,5	23,1	-0,6	22,0	23,3	-1,3	22,1	23,2	-1,1
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,5	-	-	0,4	-	-

Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	8,3	22,5	4,4
Beschäftigte über 55 Jahre	45,8	17,5	39,1
Frauenquote	37,5	50,0	39,1
Teilzeitquote	16,7	35,0	13,0
Schwerbehindertenquote	20,8	6,0	21,7

Produktplan: 12 Sport	Controlling 01-9/2012 30.10.2012
Verantwortlich: Senator Mäurer	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Sachstand/Analyse/Bewertung

Für die Bürgerinnen und Bürger in Bremen sind Sport und Bewegung ein wichtiges Element im Leben, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Damit stellt Sport in Bremen einen wesentlichen Teil der Gesundheits-, Integrations- und Sozialpolitik da.

Der Produktplan beinhaltet die Aufgabe, die Förderung und die Bereitstellung einer bestmöglichen Förderung des Sports sowie die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Sportstättenangebots im Interesse der bremischen Bevölkerung. Aus diesem Grund wird der Sport in Bremen in seiner Vielfalt und Gesamtheit unterstützt und gefördert.

Zentrales Steuerungsinstrument der allgemeinen Sportförderung bildet die Vergabe von Zuschüssen an die Bremer Sportvereine. Im Bereich der Sportinfrastruktur gibt es weiterhin große Herausforderungen. Ein Schwerpunkt ist die Sanierung und Modernisierung öffentlicher Sportstätten. Hier geht es um Grundinstandsetzungen sowie kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie die Anpassung an künftige nachhaltige Nutzeranforderungen.

Die Sportverwaltung hat zum Ziel, den Sport in Bremen unter Berücksichtigung und Ausschöpfung möglicher Effizienzoptimierung weiter durch Investitionszuwendungen für Sanierungen und Attraktivitätssteigerungen sowie Zuwendungen für Erfüllung des gemeinnützigen - in der Landesverfassung geregelt - Auftrages zu stärken und auszubauen.

Ergebnisse und Wirkungen

Rund 25 % aller Bremer Bürgerinnen und Bürger gehören dem organisierten Sport an. Damit ihnen dafür entsprechende Anlagen zur Verfügung stehen, kümmert sich die Stadt Bremen intensiv um die Schaffung und Instandhaltung moderner Sportstätten. Bestehende Sportanlagen werden nachhaltig modernisiert.

330 Sportvereine und -verbände stehen aktuell vor der Herausforderung, ihre Rolle als erste Anlaufstelle für den Sport zu behaupten. Gleichwohl sind die Vereine nach wie vor führend im Kinder- und Jugendsport sowie im leistungsorientierten Wettkampf.

Die Wirkungen kommunaler Sportförderung sind eng verbunden mit der Frage, mit welchen Zielen kommunale Sportförderung vorgenommen wird. Der Sport in Bremen hat die Zielstellung, die Aktivitäten der Sporttreibenden der Stadtgemeinde zu unterstützen und erfolgt hier mit den themenbezogenen Zielkategorien wie z.B. Stärkung präventiver Jugend- und Gesundheitsförderung sowie die Unterstützung der Sportvereine hinsichtlich der Stärkung ihrer Autonomie. Wir unterstützen die Vereine, die einen Beitrag zur modernen und energetischen Sportstättenentwicklung und -anlagenstruktur leisten.

Zurzeit übernehmen 13 Vereine in Eigenregie die Pflege und Unterhaltung der Sportanlagen. Insgesamt verfügt die Stadt Bremen über 23 Kunstrasenplätze.

Das Rückgrat des organisierten Sports in Bremen sind Ehrenamtliche und Übungsleiterinnen und Übungsleiter. Die Zuschüsse bleiben mit 1.100.000 Euro auf dem Niveau der Vorjahre.

Erreichen des Kostendeckungsgrades:

Der Kostendeckungsgrad wird im Abschlussbericht 2012 dargestellt und entsprechend kommentiert.

Die Sicherung des Schwimmangebotes wurde durch eine kontinuierliche Sanierung und Instandhaltung der Bäderbetriebe ermöglicht.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2012
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Beschreibung [Einheit]			0,00		
Geförderte Übungs- u. Organisationsleiter (Pers)	2.500	1.875	625,00	33	2.500
Ausgaben je Übungs- u. Organisationsleiter (EUR)	440	330	110,00	33	440
Besucherschwerpunkt Bremer Bäder (Pers)	1.336.514	1.353.750	-17.236,00	-1,27%	1.805.000
lfd. Zuschuss je Besucher der Bremer Bäder (EUR)	2,39	1,26	1,13	89,68	1,68

* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Ergebnisse und Wirkungen:

Die Kosten des organisierten Sports werden für die Sporttreibenden der Stadtgemeinde mit einem Betrag in Höhe von insgesamt 9,72 Euro/je Einwohner gefördert.

Produktplan: Sport	12	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 89	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
3.1 Analyse und Bewertung			
3.1.1 Einnahmen			
Konsumtive Einnahmen			
<p>Im Berichtszeitraum 01-09/12 sind insgesamt 278 Tsd. Euro vereinnahmt worden. Die Einnahmen werden im Wesentlichen aus der Benutzung der Sportanlagen sowie aus der Verpachtung von Werbeflächen erzielt. Bislang konnten nur ca. 36 % der veranschlagten Einnahmen aus Nutzungsentgelten für Sportanlagen erzielt werden. Zur Erhöhung der Einnahmen wird eine 5 %ige Anhebung der Nutzungsentgelte ab 2013 vorgenommen. In 2012 wird dies noch keine Auswirkungen haben. Zum Jahresende werden Mindereinnahmen in Höhe von 28 Tsd. Euro erwartet.</p>			
Investive Einnahmen			
<p>Bei den investiven Einnahmen wurden 67 Tsd. Euro vereinnahmt. Dabei handelt es sich um Mittel im Rahmen des Projektes "Platz Da!" für den Neubau des Sportparks Horn-Lehe.</p>			
Relevante Verrechnungen / Erstattungen			
<p>Bei den Verrechnungen wurden insgesamt 236 Tsd. vereinnahmt. Die Mittel teilen sich wie folgt auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 5 Tsd. Euro Beiratsmittel für den Neubau des Sportparks Horn-Lehe - 231 Tsd. Euro aus dem Budget des Senator für Umwelt, Bau und Verkehr für den Bau einer Mehrgenerationshalle in Bremen Osterholz 			
3.1.2 Ausgaben			
Konsumtive Ausgaben			
<p>Die Überschreitung des periodischen Planwertes liegt bei 11,8 %. Ursächlich für die Überschreitung ist im Wesentlichen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zahlungen für die Echtmiete und Echtepacht an Immobilien Bremen bereits für die Periode 10 geflossen sind - weitere Mittelabrufe für die Sportförderung ausgezahlt wurden. - im Berichtsmonat 09/12 die 3. Abschläge für die Zuschüsse zur Unterhaltung und Pflege der Sportanlagen geflossen sind. - sich die Einnahmen durch die gestiegenen konsumtiven Kosten im Bereich der Bremer Bäder nicht wie vorhergesagt entwickelt haben, und deshalb die Überschreitung des periodischen Planwertes auf der notwendigen Sicherstellung der Liquidität beruht. <p>Die Überschreitung des Planwertes für den Berichtszeitraum 1 bis 9 wird sich für den Bereich der Produktgruppe Allgemeine Sportangelegenheiten unterjährig wieder ausgleichen.</p> <p>Zum Jahresende ist die Steuerung auf 28 Tsd. Euro Minderausgaben konzentriert, die zum Ausgleich der Mindereinnahmen herangezogen werden sollen.</p>			
Investive Ausgaben			
<p>Die verausgabten Mittel in Höhe von 1.495 Tsd. Euro liegen unter dem Jahresplanwert. Die Mittelabrufe erfolgen im 4. Quartal 2012, die Ausschreibungen für die geplanten Maßnahmen sind bereits erfolgt. Auch hier wird unterjährig ein Ausgleich stattfinden.</p> <p>Zurzeit werden keine Minderausgaben zum Jahresende erwartet.</p>			
3.1.3 Erlöse aus Vermögensveräußerungen			
-Keine-			
3.1.4 Weitere Anmerkungen			
<p>Sportförderungsmittel sind bislang in dem Berichtszeitraum zu 43 % abgerufen worden. Die restlichen Zahlungen erfolgen nach der 2-ten Vergaberunde (Stichtag 30. September 2012) und der Entscheidungsrunde (07.11.2012) in der städtischen Deputation für Inneres und Sport.</p>			

Produktplan: Sport	12	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 89	Seite 3
<p>Der in der AR-Sitzung am 12.06.2012 beschlossene Wirtschaftsplan der Bremer Bäder GmbH weist ein Defizit von -479 Tsd. Euro aus. Bedingt durch die in den vergangenen Jahren nicht ausgeglichenen Fehlbeträge ist die Liquiditätslage der Gesellschaft kritisch geworden. Die Betriebsmittelkreditlinie bei der Landeshauptkasse ist mit rd. 1,86 Mio Euro beansprucht. Da keinerlei Kreditspielräume im operativen Geschäft bestehen, bedient sich die Gesellschaft eines "Lieferantenkredits" bei der SWB in Höhe von rd. 700 Tsd. Euro. Der Senat hat daher am 02.10.2012 einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 1,9 Mio. Euro für 2012 beschlossen. Damit soll die Zeit bis zum Abschluss der in Auftrag gegebenen Marktanalyse und der Abteilung von Handlungsempfehlungen zur mittelfristigen Herstellung der Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft überbrückt werden.</p>			
<p>3.1.5 Finanzierungssaldo</p>			
<p>In der Anschlagberechnung ergeben sich 15.538 Tsd. Euro (Ausgaben ohne Verrechnungen minus Einnahmeanschlag). In der Berechnung des voraussichtlichen IST ergeben sich 17.487 Tsd. Euro. Abzüglich der Nachbewilligungen in der Gesamthöhe von 1.911 Tsd. Euro ergibt sich eine Differenz in Höhe von 38 Tsd. Euro. In der Differenz sind die Restanspruchsmittel aus dem Handlungskonzept "Stopp der Jugendgewalt" in Höhe von 52 Tsd. Euro berücksichtigt. Die Differenz wird unterjährig ausgeglichen.</p>			
<p>3.1.6 Verlustvortrag</p>			
<p>Es wird zu diesem Zeitpunkt noch keinerlei Möglichkeiten gesehen, den Verlustvortrag in Höhe von 898 Tsd. Euro zu reduzieren.</p>			
<p>3.2 Personalausgaben</p>			
<p>Die Personalausgaben verlaufen derzeit plangerecht.</p>			
<p>3.3 Leistungsdaten</p>			
<p>PGR 12.01.01 (Allgemeine Sportangelegenheiten)</p>			
<p>Konsumtive und investive Ausgaben je Einwohner (ohne Bäder): Die Konsumtiven Ausgaben je Einwohner liegen bei 10,30 Euro und sind 0,58 Euro über dem Planwert. Die Überschreitung wird sich unterjährig wieder ausgleichen. Die investiven Ausgaben je Einwohner liegen mit 2,24 unproblematisch unter dem Planwert.</p>			
<p>Ausgaben für Übungs- und Organisationsleiter: Der Zuschuss für die Übungs- und Organisationsleiter in Höhe von 1.100 Tsd. Euro ist bereits geflossen. Damit wurden in 2012 insgesamt 2.500 Übungs- und Organisationsleiter gefördert.</p>			
<p>Anzahl der Kunstrasenplätze: Die Jahresplanzahl der Kunstrasenplätze beträgt 23. Mit Fertigstellung im Mai 2012 des in 2011 geplanten Kunstrasenplatz am Jakobsberg ist die Zielzahl erreicht. Zudem wurde im Juli 2012 der Sportpark Horn Lehe eröffnet und mit ihm ein weiterer Kunstrasenplatz. Planungsabsichten bestehen für den Bau eines Kunstrasenplatzes in Obervieland als Kompensation der Aufgabe eines Rasenplatzes an der Hans-Hackmann-Straße. Die Fertigstellung wäre allerdings im Jahr 2013. Weitere sind bis zum Jahresende nicht geplant, weil die Konzentration auf die Sanierung von gedeckten Sportanlagen liegt.</p>			
<p>Pflege und Unterhaltung durch die Vereine: 13 Vereine übernehmen zurzeit in Eigenregie die Pflege und Unterhaltung der Sportanlagen.</p>			
<p>PGR 12.01.02 (Bäder)</p>			
<p>Lfd. Zuschuss an die Bremer Bäder GmbH: Der lfd. Zuschuss an die Bädergesellschaft weicht vom Planwert ab. Die aufgeführten Planwerte beruhen auf der Datenlage zum Jahresende 2011 und haben nur einen vorläufigen Charakter. Die Zuschusserhöhung für 2012 in Höhe von 535 Tsd. Euro sowie die Einmalzahlung in Höhe von 1 Mio. Euro zur Defizitminderung des Jahres 2011 wurde erst im Frühjahr 2012 beschlossen und konnte daher zum damaligen Zeitpunkt nicht berücksichtigt werden. Dies gilt gleichermaßen für den am 02.10.2012 vom Senat beschlossenen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 1,9 Mio. Euro für 2012. Die Auswirkungen werden dann im Bericht des Oktobercontrolling dargestellt. Der Wirtschaftsplan der Gesellschaft wurde im Juni diesen Jahres beschlossen.</p>			
<p>Besucherzahl: Im Berichtszeitraum wurden 1.336.514 Besucherinnen und Besucher in den Bremer Bäder (ohne Paradise) gezählt.</p>			
<p>Lfd. Zuschuss je Besucher: Der lfd. Zuschuss je Besucher je Besucher beträgt für den Berichtszeitraum 2,39 Euro (die beschlossene Einmalzahlung i. H. v. 1 mio. Euro zur Defizitminderung 2011 bleibt bei der Berechnung unberücksichtigt).</p>			

Produktplan: Sport	12	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 89	Seite 4
<p>Kostendeckungsgrad: Die Leistungskennzahl "Kostendeckungsgrad der Bremer Bäder GmbH" wird einmal zum Jahresende dargestellt.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 21	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht gefährdet	gefährdet
Bildung			
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Kommentar:**Finanzdaten**

Budgeteinhaltung: Das Budget wird zum Jahresende eingehalten. Der Ressortbericht weist eine rechnerische Budgetunterschreitung in Höhe von rd. 3,7 Mio. € aus, die sich aus Minderausgaben für Personal in Höhe von rd. 0,37 Mio. € (siehe Kommentar Personaldaten), rd. 2,2 Mio. € konsumtiven Minderausgaben, investiven Minderausgaben i.H.v. 1,5 Mio. € und Mindereinnahmen i.H.v. 0,45 Mio. € zusammensetzt.

Bei der rein rechnerischen Betrachtung werden Ausgabereste, die nicht für andere Zwecke verwendet werden dürfen (z.B. Schulbudgets oder investive Mittel für konsumtive Zwecke), in den Budgetausgleich einbezogen.

Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass nach Abzug von Umschichtungen innerhalb des Ressorts für Energiekosten ein Restrisiko i.H.v. 1,65 Mio. € verbleibt, für das zur Zeit nach einer Lösungsmöglichkeit gesucht wird.

Finanzierungssaldo: Unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen wird aus heutiger Sicht eine Überschreitung des veranschlagten Finanzierungssaldos um rd. 2,56 Mio. € erwartet. Dies liegt im Wesentlichen an dem noch zu finanzierenden Budgetrisiko (2,2, Mio. € Energiekosten), wovon rd. 0,56 Mio. € durch die Inanspruchnahme der Ressortrücklage gelöst werden soll.

Personaldaten

Es werden Minderausgaben in Höhe von rd. 0,370 Mio. € erwartet.

In diesem Ergebnis wurden noch zu erwartende Restfluktuation, noch nicht vollzogene Neueinstellungen sowie noch zu zahlende Altersteilzeitrückstellungen berücksichtigt.

Die Verlagerungen zu den konsumtiven Ausgaben für das Programm "Geld statt Stellen" sowie die Finanzierung von zusätzlichen 80 Referendaren wurden im Haushaltssoll berücksichtigt.

Die vom Haushaltsausschuss am 07.09.2012 beschlossene Finanzierung von zusätzlichen 110 Lehrern sowie der Überziehungskorridor für 40 Lehrer wurde im Ergebnis berücksichtigt.

Das damit verbundene Controlling über den Beschäftigungsumfang ergibt ein ausgeglichenes Ergebnis.

Leistungsdaten

21.01 Öffentliche Schulen der Stadtgemeinde Bremen

Es sind im Wesentlichen nur geringe Abweichungen vorhanden. Schüler/Innen an den allgemein bildenden Schulen im Schj. 2012/13 liegen nach den aktuellen IST-Zahlen 2,5 % unter dem Planwert; auch bei den Schüler/Innen an beruflichen Schulen ist ein leichter

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 02.11.2012

Rückgang zu verzeichnen. Bei den Teilnehmern an Mittagessen in Ganztagschulen ist dagegen ein deutlicher Anstieg (+15,9%) zu verzeichnen, der wohl hauptsächlich auf den Ausbau von Ganztagschulplätzen zurückzuführen ist.

21.02 Öffentliche Schulen der Stadtgemeinde Bremerhaven

21.04 Schulbezogene Förderungen

Das Ressort geht davon aus, dass die geplante Anzahl der Teilnehmer/Innen an Qualifizierung und Beratung erreicht werden kann. Das für das IV. Quartal vorbereitete Fortbildungsprogramm soll zahlreiche Großveranstaltungen beinhalten.

21.05 Schülerbezogene Förderungen




Im Bereich der Assistenzkräfte ist ein deutlicher Anstieg der Bedarfe für das Schuljahr 2012/13 zu verzeichnen. Ursächlich hierfür ist, dass ab dem Schuljahr - bis auf die drei Förderzentren - flächendeckend alle SchülerInnen inklusiv beschult werden sollen.

Auch bei der Inanspruchnahme von Leistungen nach BAföG ist ein deutlicher Anstieg der Auslandsförderungen zu verzeichnen (rd. 19%). Das Ressort begründet dies damit, dass der Trend, eine Ausbildung in Süd- und Mittelamerika durchzuführen, weiterhin ungebrochen ist. Bei den Leistungszielen im Bereich BuT ist darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei um Jahresplanwerte handelt. Nach aktuellem Stand haben 13.000 Schüler/Innen die „Blaue Karte“ vorgelegt.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

- Fortsetzung der Bewirtschaftungsmaßnahmen
- Ausschöpfung aller Einsparpotenziale

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 21 Bildung					Controlling 01-09/12 06.11.2012					
Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper					Version: 89		Seite 1			
Einhaltung Finanzdaten:			Einhaltung Personaldaten:			Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:				
										
1. Ressourceneinsatz										
Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012					Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	12.463	11.680	783	6,7	16.858	16.995	16.550	-445	15.792	
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
relevante Verrech./Erstatt.	6.469	6.159	310	5,0	6.469	8.897	8.897	0	8.213	
Gesamteinnahmen	18.932	17.839	1.093	6,1	23.327	25.892	25.447	-445	24.005	
Personalausgaben	211.303	215.332	-4.029	-1,9	291.021	295.126	294.758	-368	294.644	
konsumtive Ausgaben	189.162	186.834	2.328	1,3	254.255	261.554	259.337	-2.217	249.446	
Zinsausgaben	912	981	-69	-7,1	1.038	1.039	1.039	0	1.038	
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
investive Ausgaben	12.402	8.515	3.887	45,7	25.592	26.016	24.486	-1.530	23.751	
relevante Verrech./Erstatt.	19	3	16	526,0	15	15	20	5	15	
Gesamtausgaben	413.798	411.665	2.133	0,5	571.920	583.750	579.640	-4.110	568.893	
Saldo	-394.867	-393.826	-1.041	0,3	-548.594	-557.858	-554.193	3.665	-544.888	
Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.			
	2012	2013	2014	2015	2016ff			Tsd. EUR		
	- konsumtiv	0	0	0	0	0	557	0		
	- investiv	39	3.726	3.583	3.443	20.394				
	- Zins-/Tilgungsausgaben	0	852	777	699	3.588				
Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis			
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
	Tsd. EUR									
Kernbereich	20.653	21.548	-895	188.485	193.975	-5.490	254.730	262.825	-8.095	
Personalverstärkung	985	855	130	9.435	7.700	1.735	12.492	10.342	2.150	
Ausbildung	676	560	116	5.742	5.043	699	7.584	6.724	860	
Zwischensumme	22.314	22.963	-649	203.662	206.718	-3.056	274.806	279.891	-5.085	
Refinanzierte	74	99	-25	801	891	-90	1.082	1.240	-158	
Nebentitel	622	650	-28	6.840	7.723	-883	9.431	9.890	-459	
Insgesamt	23.010	23.712	-702	211.303	215.332	-4.029	285.319	291.021	-5.702	
- dar.: Beihilfe/Nachvers	590	619	-29	6.451	7.324	-873	8.860	9.295	-435	
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich	4.828,0	4.873,3	-45,3	4.883,8	4.846,8	37,0	4.869,9	4.853,1	16,8	
Personalverstärkung	254,2	185,8	68,4	266,4	256,4	10,0	263,3	238,7	24,6	
Ausbildung	482,0	450,0	32,0	508,3	450,0	58,3	501,8	450,0	51,8	
Zusammen	5.564,2	5.509,1	55,1	5.658,5	5.553,2	105,3	5.635,0	5.541,8	93,2	
Refinanzierte	19,2	-	-	22,2	-	-	21,5	-	-	
Abwesende	254,8	-	-	267,5	-	-	264,3	-	-	
Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011							
	Ist	Planwert	Ist							
	Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten			%						
	Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0						
	Beschäftigte bis 35 Jahre	14,2	22,5	13,6						
	Beschäftigte über 55 Jahre	35,5	17,5	38,4						
	Frauenquote	67,6	50,0	66,8						
	Teilzeitquote	45,7	35,0	46,8						
Schwerbehindertenquote	3,1	6,0	4,2							

Produktplan: Bildung	21	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Sen. Jürgens-Pieper	Version: 89	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
Bei der Berechnung des vorauss. IST und des vorauss. Soll wurden berücksichtigt:			
<ul style="list-style-type: none"> - Verlagerung zwischen Personalbudget und dem Sachhaushalt (Geld statt Stellen) - Mehreinnahmen zur Abwicklung von Drittmittelprojekten - Restebildungen im Rahmen der konsumtiven und investiven Mittel der Schulbudgets und durch Drittmittelprojekte. - Verlagerungen vom Personalbudget 			
Bei den konsumtiven Ausgaben bestehen eine Reihe von Risiken, die über den Risikofonds finanziert werden sollen:			
<ul style="list-style-type: none"> - Mehrkosten BAföG (Mehrbedarf rd. 0,15 Mio. Euro), siehe Produktbereich 21.05 - Mehrkosten bei der Betreuung von (schwerstmehrfach)behinderten Schüler/innen(Mehrbedarf: 0,5 Mio. Euro), siehe Produktbereich 21.05 - Zuschüsse nach Privatschulgesetz für Schulen in Freier Trägerschaft - Mehrbedarf 1,89 Mio. Euro, siehe Produktbereich 21.03 			
Die dargestellten Risiken/Mehrbedarfe wurden mit Mengengerüsten/Erläuterungen nachgewiesen.			
Weitere Risiken wurden im Bildungshaushalt abgedeckt:			
wie z. B.			
<ul style="list-style-type: none"> - für die Tariferhöhungen für das Personal im konsumtiven Haushalten (Ganztagsschule, Verlässliche Grundschule, Schulassistent/Betreuung behinderter Schüler/innen etc.) mussten rd. 0,5 Mio. Euro Mehrausgaben erwirtschaftet werden. - für TVL - Anpassungen bei den Erzieher/innen an Schulen (Höhergruppierung von TVL 6 auf TVL 8) mussten weitere Mehrkosten in Höhe von 0,1 Mio. Euro erwirtschaftet werden. 			
Für die Mehrbedarfe im Bereich der Energiekosten der Schulen (Mehrbedarf 2,2 Mio. Euro) können nur z. T. Deckungsmöglichkeiten gefunden werden:			
0,2 Mio. Euro können im Bildungshaushalt erwirtschaftet werden, weitere 0,55 Mio. Euro können aus der Rücklage herangezogen werden.			
Die Mehrbedarfe wurden vom Ressort für den Risikofonds angemeldet, die Senatorin für Finanzen hat Bildung aufgefordert, "die Mehrbedarfe innerhalb des Senatorinnenbudgets zu erwirtschaften"			
Die restlichen 1,5 Mio. Euro sollen daher entweder durch eine "Leihgabe" durch den PPL 24 oder durch eine Ressortumlage zur Verfügung gestellt werden.			
Hinzuweisen ist auf Umsetzung der Schwerpunktmittel "Ganztäglich Lernen". Zum Schuljahr 2012/13 wurden 2 gebundene Ganztagsgrundschulen, wie auch erstmals 10 offene Ganztagsgrundschulen eingerichtet. Für die neuen offenen Ganztagsgrundschulen haben sich 950 Schüler/innen angemeldet (rd. 45% der Gesamtschülerzahl dieser Schulen). Inwieweit hier ab dem nächsten Schuljahr Kapazitätsbegrenzungen greifen müssen, ist zu entscheiden. Im Dezember 2012 wird zur Weiterführung des Programms ein Bericht vorgelegt.			
3.2 Personaldaten			
Das jetzige Controlling berücksichtigt im vorauss. Soll wie im vorauss. Ist die Verlagerungen zu den sonstigen konsumtiven Ausgaben für die Fortsetzung des Programms "Geld statt Stellen", wie auch die Abwicklung von Drittmittelprojekten.			
Im Personalbudget wird von einem Mehrbedarf von rd. 4,35 Mio. Euro ausgegangen. Damit werden zusätzliche 110 Stellen plus 40 Stellen (Überziehungskorridor) finanziert. Die Finanzierung wurde am 07.09.2012 im Haushaltsausschuss beschlossen.			
Das dort verabredete Controlling, ergibt in der Prognose für das Jahresende folgende Zahlen:			
Dez 12			
Zielzahlen gesamt	5.147,4		
Abgänge	-64,5		
Zugänge	124,7		
Beschäftigungsvolumen	5.142,4		
Differenz	-5,0		

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 22 Kultur	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentar:**Finanzdaten**

Das Ressort prognostiziert zum Jahresende eine Unterschreitung des Gesamtbudgets (im Saldo aus Mindereinnahmen und Minderausgaben) um voraussichtlich 2,535 Mio. €. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die geplanten Mittel für die Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums (5,000 Mio. €) in diesem Jahr nicht mehr abfließen werden.

Im Einzelnen:

a) Erwartete Mindereinnahmen (0,350 Mio. €) aus "Rückzahlungen von Zuwendungsempfängern" sollen nach der Planung des Ressorts am Jahresende durch investive Minderausgaben bei den Anschlagmitteln zur Sanierung des Übersee-Museums kompensiert werden.

b) Das Kulturressort hatte zugesagt, für den Fall nicht erreichter City-Tax Einnahmen (1,050 Mio. €) entsprechende Minderausgaben zu gewährleisten. Bereits im Controlling für das II. Quartal 2012 hat der Senat zur Kenntnis genommen, dass das Ressort derzeit keine andere Möglichkeit sieht, als die konsumtive Mindereinnahme (im PPL 93) zum größten Teil im investiven Ausgabebereich zu realisieren.

Zur Konkretisierung schlägt das Kulturressort nunmehr folgendes vor:

0,050 Mio. € werden aus konsumtiven Minderausgaben (Kulturwegweiser) erbracht. Ein Betrag in Höhe von 1 Mio. € wird aus (investiven) Ausgaberesten bei der Sanierung des Übersee-Museums realisiert. Nach Mitteilung des Ressorts wird dieser Betrag bei dieser Maßnahme nicht mehr benötigt.

Da allerdings Ausgabereste nicht mit Liquidität hinterlegt sind, soll in diesem Zusammenhang aus der 1. Rate (Anschlag 5 Mio. €) für die Sanierung des Schiffahrtsmuseums eine Summe in gleicher Höhe aus dem Anschlag liquiditätsmäßig nicht in Anspruch genommen werden. Dies ist möglich, weil entgegen bisheriger Planungen, das Realisierungskonzept noch fehlt und somit in diesem Jahr keine Barmittel für die Sanierung des DSM abfließen werden.

Da der Haushalt 2012 weit fortgeschritten ist und seitens des Kulturressorts keine andere Realisierung für möglich gehalten wird, empfiehlt die Senatorin für Finanzen, dem Vorschlag unter der Voraussetzung zu zustimmen, dass

- das Ressort zu den Eckwertberatungen 2014/2015 eine verbindliche neue Kostenplanung für die Sanierung des Übersee-Museums vorgelegt

sowie

- bis zum 30. November 2012 darstellt, wie die Mindereinnahmen (City-Tax; Rückzahlungen von Zuwendungsempfängern), die im Haushalt 2013 entstehen werden, konsumtiv im Kulturbudget ausgeglichen werden.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 02.11.2012

Der Finanzierungssaldo wird zum Jahresende unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (0,092 Mio. €) um rd. 1,880 Mio. € unterschritten. Diese Unterschreitung soll durch vereinbarte und aufgrund der Gegebenheit, dass Mittel für das Deutsche Schiffahrtsmuseum nicht planmäßig abfließen, notwendigen Verlagerung zum Produktplan 24 (0,733 Mio. €) kompensiert werden. Die restliche Unterschreitung wird zum liquiditätsmäßigen Ausgleich der Mindereinnahmen aus der City-Tax (1,000 Mio. €) genutzt.

Personaldaten

Die Personalausgaben werden eingehalten.

Leistungsdaten




Nur die Bürgerhäuser, die Kultur- und Veranstaltungszentren sowie die Orchester, das Focke-Museum und der Kunstverein haben die Plandaten der Leistungskennzahlen erreicht. Auf die Seite 1a wird hingewiesen.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Der Senat bittet den Senator für Kultur

- zu den Eckwertberatungen 2014/2015 eine verbindliche neue Kostenplanung für die Sanierung des Übersee-Museums vorzulegen
- sowie
- bis zum 30. November 2012 darzustellen, wie die Mindereinnahmen (City-Tax und Rückzahlungen von Zuwendungsempfängern), die im Haushalt 2013 entstehen werden, konsumtiv im Kulturbudget ausgeglichen werden können.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Kultur	22	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Böhrnsen	Version: 89	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012				Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	784	443	341	77,0	1.967	2.159	1.008	-1.151	1.703
investive Einnahmen	70	0	70	0,0	803	843	110	-733	733
relevante Verrech./Erstatt.	449	0	449	0,0	449	449	449	0	0
Gesamteinnahmen	1.303	443	860	194,1	3.219	3.451	1.567	-1.884	2.436
Personalausgaben	3.135	3.060	75	2,5	4.202	4.382	4.302	-80	4.355
konsumtive Ausgaben	58.421	55.248	3.173	5,7	72.220	72.164	72.129	-35	70.841
Zinsausgaben	33	0	33	0,0	33	33	33	0	33
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	3.438	3.425	13	0,4	7.099	10.062	5.758	-4.304	9.833
relevante Verrech./Erstatt.	1	0	1	0,0	1	1	1	0	1
Gesamtausgaben	65.028	61.733	3.295	5,3	83.555	86.642	82.223	-4.419	85.064
Saldo	-63.725	-61.290	-2.435	4,0	-80.337	-83.191	-80.656	2.535	-82.628

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvotr .
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	26.586	26.311	26.311	41.218	0	0
- investiv	0	1.419	2.289	829	1.879		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	30	26	22	47		

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	304	323	-19	2.882	2.930	-48	3.912	4.033	-121
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	1	0	1	9	0	9	12	0	12
Zwischensumme	305	323	-18	2.891	2.930	-39	3.924	4.033	-109
Refinanzierte	22	6	16	200	55	145	268	73	195
Nebentitel	3	7	-4	44	75	-31	83	97	-14
Insgesamt	330	336	-6	3.135	3.060	75	4.275	4.203	72
- dar.: Beihilfe/Nachvers	3	5	-2	33	66	-33	64	82	-18
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	64,7	68,7	-4,0	66,7	69,3	-2,6	66,2	69,1	-2,9
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0
Zusammen	65,7	68,7	-3,0	67,7	69,3	-1,6	67,2	69,1	-1,9
Refinanzierte	3,9	-	-	3,8	-	-	3,8	-	-
Abwesende	2,0	-	-	1,8	-	-	1,8	-	-

Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,5	22,5	6,4
Beschäftigte über 55 Jahre	37,5	17,5	35,7
Frauenquote	55,0	50,0	47,6
Teilzeitquote	26,3	35,0	23,0
Schwerbehindertenquote	5,8	6,0	6,6

Produktplan: 22 Kultur	Controlling 01-09/2012 25.10.2012
Verantwortlich: Senator Böhrnsen	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Bremen als Kulturstadt

Sachstand/Analyse/Bewertung

Kunst und Kultur werden vom Ressort als wesentliche Merkmale urbaner Lebensqualität verstanden, deren Förderung den Strukturwandel unterstützt, neue Netzwerke schafft, kulturelle Bildung ermöglicht und so eine Grundlage für lebenslanges Lernen bildet. Um Bremen als Kulturstadt nach innen wie nach außen zu profilieren ist die Bereitstellung eines kulturellen großstadtangemessenen Angebots erforderlich. In diesem Kontext ist es ein Schwerpunkt des Ressorts, die Kultur auch unter engen Haushaltsbedingungen verlässlich zu fördern und den Akteuren so Planungssicherheit zu verschaffen, die wiederum eine profilierte Programmplanung mit impulsgebenden Projekten und Veranstaltungen mit überregionaler Ausstrahlung ermöglicht. So wurde in Vorbereitung der neuen Intendanz am Theater Bremen mit der Einrichtung Einigkeit über einen Fünf-Jahres-Kontrakt erzielt. Die ersten Resonanzen auf die neue künstlerische Arbeit versprechen positive Perspektiven. Darüber hinaus sind die Aktivitäten der beiden Klangkörper, der Museen, Theater und Einrichtungen der freien Szene zu nennen, deren Angebote die Stadt als innovativen, vielfältigen und lebendigen Kulturstandort nach innen wie außen positionieren. In diesen Zusammenhang ordnen sich auch wichtige Investitionsprojekte im Ressortbereich, wie etwa die Sanierung des Deutschen Schifffahrtsmuseums, der jüngst vollende Umbau des Schauspielhauses oder die Neugestaltung des Bürgerhauses Vegesack, die nicht nur die inhaltlichen Arbeitsbedingungen für die Kulturakteure verbessern sollen, sondern auch eine steigende Besucherakzeptanz zum Ziel haben.

Kooperationen und Netzwerke

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die **Projektförderung** ist ein wichtiges, flexibles Element der Kulturförderung, da durch die zeitliche Begrenzung immer neue Impulse gesetzt werden können. Die Kulturdeputation hat sich im September darauf verständigt, das entsprechende Verfahren zur Vergabe dieser Mittel neu zu strukturieren. Als Schwerpunkte wurden grundsätzlich die Förderung künstlerischer Produktivität, kultureller Netzwerkarbeit und Stadtkultur festgelegt. Der von der Deputation gebildete Unterausschuss für die Projektmittel tagt unter Einbeziehung externer Beraterinnen und Berater, die von der Hochschule für Künste, aus der Kreativwirtschaft sowie vom Kulturrat entsandt werden. Ziel dieser Maßnahmen ist es, eine gezielte Strategie mit Blick auf die künstlerische Profilierung in den einzelnen Facetten zu entwickeln. Von den Projektmitteln profitiert im Wesentlichen die Freien Szene. Die Netzwerkbildung in diesem Bereich wird durch das Ressort bereits mit der Förderung der Musikszene Bremen e.V. oder der Spedition 21 unterstützt, die so einen Teil der Förderung einer jungen Kunstszene übernehmen. Hinzu treten der neue Kontrakt mit der Schwankhalle sowie die Sanierung des Theaters am Leibnizplatz.

Als erfolgreiches Instrument haben sich die **Spartengespräche** erwiesen, bei denen mit den Kulturakteuren sowohl über kulturpolitische Alltagsfragen als auch über langfristige Perspektiven diskutiert werden. Angestrebt wird ein Konsens über Grundlagen weiterer kultureller Entwicklungen.

Um möglichst vielen Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situation einen **Zugang zu Kunst und Kultur** zu eröffnen, wurde 2011 das Kulturticket entwickelt. Derzeit werden weitere Optionen geprüft, gerade für junge Menschen Barrieren abzubauen. So steht das Ressort in Gesprächen mit Kultureinrichtungen über Preisreduzierungen für Studierende, die über bisher gewährte Ermäßigungen hinaus gehen. In diesem Kontext soll die Festivalwoche des Theater Bremen Ende Oktober mit stark ermäßigten Preisen für Studierende ausgewertet werden. Im Anschluss wird über weitere Maßnahmen beraten.

Weitere Maßnahmen in diesem Bereich ist der für Herbst 2012 geplante Modellversuch der Stadtbibliothek, an ausgewählten Sonntagen zu öffnen

Kulturelle Bildung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Vermittlung kultureller Bildung bleibt nach wie vor ein Kernanliegen des Ressorts. Neben der vorbildlichen kulturpädagogischen Arbeit der Theater und Orchester sind hier die Museen hervorzuheben, etwa die in Zusammenarbeit mit Schulen realisierten Projekte oder Kooperationsangebote von Kunsthalle und Volkshochschule zur Hundertwasser-Ausstellung, die dazu beitragen, Hemmschwellen zur kulturellen Teilhabe abzubauen. Zu nennen ist in diesem Kontext auch das neu entstandene „Stadtteilorchester Oslebshausen“. Bei diesem Modellprojekt einer Grundschule und der Musikschule Bremen entsteht ein für Kinder des Ortsteils offenes Ensemble zur Förderung ihrer musikalischen Begabungen.

Darüber hinaus wird auf die vorbildlichen Aktivitäten von „Quartier“ hingewiesen, die mit ihren stadtweiten Kinder-Kulturprojekten aktuelle Fragen, etwa zur Integration, aufgreifen und unter professioneller Anleitung an ihre eigenen kreativen Ausdrucksmöglichkeiten heranführen. Für diese Arbeit wurde Quartier mehrfach bundesweit ausgezeichnet worden sind.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2012
	Ist	Planwert	Ist-Planwert- Abweichung		Planwert
			Absol.	%	
Besuche Bürgerhäuser	537.605	517.575	20.030	3,87	690.100
Besuche Kultur- u. Veranstaltungszentren	273.767	208.807	64.960	31,11	278.410
Besuche Theater	108.094	122.400	-14.306	-11,69	189.200
Besuche Orchester	80.238	65.200	15.038	23,06	96.000
Besuche stadt- und kulturhistorische Museen	162.997	128.790	34.207	26,56	167.700
Besuche Deutsches Schifffahrtsmuseum	75.603	94.500	-18.897	-20,00	126.000
Besuche kunst- und kunstgeschichtliche Einrichtungen	188.488	168.925	19.563	11,58	223.000
Besuche Stadtbibliothek	828.042	886.790	-58.748	-6,62	1.190.000
Besuche Volkshochschule	40.104	43.500	-3.396	-7,81	57.500
Schülerbelegung Musikschule	2.289	2.450	-161	-6,57	2.450

3. Analyse / Bewertung**Hervorgehoben werden folgende Punkte:****Besuche Bürgerhäuser:**

Innerhalb der Produktgruppe kommt es bei einzelnen Bürgerhäusern zu geringfügigen Abweichungen von den Planwerten. Insgesamt liegen die Besuchszahlen der Bürgerhäuser jedoch über dem Planwert, da der Jugendbereich im Bürgerhaus Gemeinschaftszentrum Obervieland deutliche Zuwächse verzeichnet.

Besuche Kultur- u. Veranstaltungszentren:

Die Veranstaltungszentren der Stadtkultur liegen bei Besuchen und Veranstaltungen im Plan oder darüber.

Besuche Theater:

Das Theater Bremen beginnt die neue Spielzeit mit einer leichten Planunterschreitung. Im Musiktheater wurde die Eröffnung mit dem Kinderstück „Wo die wilden Kerle wohnen“ begonnen. Die eigentliche große Premiere „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“ liegt erst im Oktober und verlagert damit die Besuchszahlen ins nächste Quartal. Darüber hinaus konnte das Theater Bremen seine letzte Spielzeit aufgrund der guten Auslastung der Produktionen „Tosca“ und „Callas“ verbessern und schloss so nur leicht unter Plan ab.

Die Bremer Shakespeare Company beginnt ihre neue Spielzeit im Vergleich zum Vorjahr wesentlich schwächer. Derzeit wird ihre Spielstätte am Leibnitzplatz umgebaut und das Theater muss auf deutlich kleinere Spielstätten in Bremen ausweichen. Trotzdem erreichte die Shakespeare Company in der letzten Spielzeit eine gute Auslastung und schließt positiv ab.

Besuche Orchester:

Die Bremer Philharmoniker starten in ihre neue Spielzeit positiv und können im Vergleich zum Vorjahr zusätzlich eine höhere Besuchszahl verbuchen.

Die Deutsche Kammerphilharmonie verdoppelt ihre Besuchszahlen aus dem 2. Quartal dank des Festivals „Sommer in Lesmona“ und geht davon aus, das Jahr positiv abzuschließen. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Besuchszahlen deutlich verbessert, trotz geringerer Konzertzahl.

Besuche stadt- und kulturhistorische Museen:

Das Focke-Museum hat die geplanten Besucherzahlen deutlich übertroffen. Dies ist zum einen auf die gute Besucherresonanz bei der Sonderausstellung „Voll abgefahren“ zurückzuführen. Hier wurden insbesondere die museumspädagogischen Angebote sehr gut angenommen. Zum anderen war die Sonderausstellung „Vogeler für alle“ in der unteren Rathaushalle sehr erfolgreich.

Das Übersee-Museum hat die geplanten Besucherzahlen nicht erreicht. Dies liegt unter anderem daran, dass die Sonderausstellung Vodou weniger Besucher angezogen hat als geplant. Am 05. Oktober ist die Sonderausstellung „Abenteurer, Entdecker, Forscher“ eröffnet worden, bei der das Übersee-Museum mit einem großen Besucherzuspruch, insbesondere von Familien rechnet. Für das Gesamtjahr geht das Übersee-Museum jedoch davon aus, dass die geplanten Besucherzahlen nicht erreicht werden können.

Besuche Deutsches Schifffahrtsmuseum:

Das Deutsche Schifffahrtsmuseum hat die geplanten Besucherzahlen nicht erreicht. Die vorgesehene Modernisierung und Sanierung des Deutschen Schifffahrtsmuseums im Rahmen des Masterplans soll durch die baulichen und ausstellungsbezogenen Veränderungen eine deutliche Attraktivitätssteigerung erfahren. Mit der Umsetzung des Masterplans wurde in der 2. Jahreshälfte 2012 begonnen.

Besuche kunst- und kunstgeschichtliche Einrichtungen:

Die Leistungsdaten liegen deutlich über den Planzahlen. Hervorzuheben ist dabei die Kunsthalle, die durch die Sonderausstellung Edvard Munch - Rätsel hinter der Leinwand ihre Besucherzahlen erheblich steigern konnte. Aber auch bei dem Paula Modersohn-Becker Museum konnte durch die Sonderausstellung Oda Krohg – Malerin und Muse im Kreis um Edvard Munch und dem Auftakt für eine permanente Präsentation von Hoetger-Werken sowie bei der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung durch die Sonderausstellung Viva la Kommunikation ein Anstieg der Besucherzahlen erreicht werden.

Besuche Stadtbibliothek:

Generell ist der Trend zu beobachten, dass die Anzahl der physischen Besuche tendenziell leicht rückläufig ist, während gleichzeitig die Anzahl der virtuellen Homepagebesuche ansteigt und die Besuchszahl insgesamt zunimmt. Dies ist ein eindeutiges Zeichen für die Veränderungen im Nutzerverhalten und dafür, dass die Stadtbibliothek auf die veränderten Bedürfnisse der Bibliotheksnutzer mit den neuen, zeitgemäßen Online-Angeboten bereits sehr gut eingehen konnte.

Besuche Volkshochschule:

Bei der Bremer Volkshochschule werden die Plandaten im Bereich der Belegungen zum Jahresende nicht erreicht werden können. Bedingt wird diese Entwicklung einerseits durch das späte Ferienende und eine zeitliche Verschiebung der Kurse (viele Veranstaltungen begannen erst im Oktober und damit im 4. Quartal und strecken sich bis ins 1. Quartal 2013), andererseits musste aufgrund der Umbauarbeiten im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus das Angebot der Zweigstelle Nord zwischenzeitlich deutlich reduziert werden.

Schülerbelegungen Musikschule:

Die Plandaten der Musikschule Bremen werden zum 3. Quartal unterschritten, u.a. deshalb, weil einige Kooperationen mit den allgemein bildenden Schulen aus organisatorischen Gründen erst nach den Herbstferien beginnen können. Um dem allgemeinen Trend sinkender Schülerzahlen entgegen zu wirken hat die Musikschule neue Kooperationsmodelle mit Schulen entwickelt, wie z.B. das Modellprojekt mit der Schule Auf den Heuen in Oslebshausen, das ressortübergreifend unterstützt wird. Ab sofort wird dort mit großem Engagement ein Stadtteilorchester aufgebaut.

Produktplan: Kultur	22	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Böhrens	Version: 89	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
1. Abweichungen voraussichtliches HH-Soll- voraussichtliches Ist (Jahresplanung 2012)			
Das Kulturressort geht nach derzeitigem Stand von einer Ergebnisverbesserung in Höhe von +2.536 TEUR aus.			
In der Darstellung hat die geplante Sanierung des Deutschen Schifffahrtsmuseums (DSM) einen besonderen Einfluss. Für die Maßnahme sind im Jahr 2012 5 Mio. Euro Landesmittel beim Senator für Kultur veranschlagt. Darin sind die Finanzierungsanteile der Ressorts Wirtschaft, Wissenschaft und Bremerhaven enthalten. Die derzeit noch gesperrten Mittel werden in diesem Jahr nicht abfließen. Die Bereitstellung der Mittel zu den notwendigen Zeitpunkten in den nächsten Jahren wird daher ressortübergreifend abgestimmt.			
Zu den Bereichen im Einzelnen.			
a) Konsumtive Einnahmen (Abweichung -1.151 TEUR): Die im Zusammenhang mit der Sanierung des DSM stehenden konsumtiven Einnahmen werden im Jahr 2012 nicht erzielt (-801 TEUR), da auch die investiven Ausgaben nicht in diesem Jahr anfallen.			
Die Einnahmen aus Rückzahlungen von weiteren Zuwendungsempfängern werden dieses Jahr vorraussichtlich nicht erzielt (-350 TEUR) und werden durch verringerte investive Ausgaben gegenfinanziert.			
b) Investive Einnahmen (Abweichung -733 TEUR): Die im Zusammenhang mit der Sanierung des DSM stehenden investiven Einnahmen werden im Jahr 2012 nicht erzielt, da auch die investiven Ausgaben nicht in diesem Jahr anfallen.			
c) Personalausgaben Die Personalausgaben wurden durch verzögerte Wiederbesetzungen und weitere Maßnahmen um ca. 80 TEUR unterschritten. Die Mittel sollen in eine Personalarücklage zur Nutzung im Jahr 2013 eingestellt werden.			
Die Personalausgaben liegen derzeit über Plan, da noch keine Rechnung für refinanziertes Personal gestellt wurde. Dies wird sich bis zum Jahresende ausgleichen. Entsprechend weichen vorraussichtliches HH-Soll (4.383 TEUR) und HH-Soll (4.202 TEUR) ab.			
d) Konsumtive Ausgaben (-6 TEUR) Das Kulturressort geht von einer Einhaltung der konsumtiven Ausgaben aus.			
e) Investive Ausgaben (-4.304 TEUR) Die Abweichung resultiert insbesondere aus einer Unterschreitung bei der Sanierung des DSM (-4.284 TEUR), da derzeit davon ausgegangen wird, dass sich der Abfluss der Mittel verschiebt.			
Die bestehenden Anschläge reichen wie geplant aus, die laufenden Investitionen des Übersee-Museums und des Focke-Museum sowie die aktuelle Maßnahme der Investition in das 1. Obergeschoß des Übersee-Museums zu finanzieren. Daher kann eine investive Rücklage beim Übersee-Museum in Höhe von 940 TEUR zur Realisierung der Mindereinnahme aus der City-Tax in Höhe von 1.050 TEUR herangezogen werden.			
Ferner sollen 350 TEUR der Unterschreitung der investiven Ausgaben zur Deckung von Mindereinnahmen dienen (siehe unter a)).			
2. Einhaltung des Finanzierungssaldos (Anschlag - voraussichtliches Ist (Jahresplanung 2012))			
Für das Kulturressort ist ein Finanzierungssaldo von -82.628 TEUR veranschlagt. Durch Verlagerung zusätzlicher Tarifmittel für Theater Bremen, Eigenbetriebe und Museumsstiftungen ö.R. in Höhe von 665 TEUR (SfF), zusätzliche Mittel für Altersteilzeit in Höhe von 150 TEUR für die Stadtbibliothek(SfF), Mietverlagerungen in Höhe von 78 TEUR und kleinerer Positionen von 38 TEUR erhöht sich der zulässige Finanzierungssaldo um 931 TEUR. Reduziert wird der zulässige Finanzierungssaldo um 1.023 TEUR insbesondere durch die vereinbarungsgemäße Verlagerung von Mittel an den SfWAH. In Summe ergibt sich ein zulässiger Finanzierungssaldo von -82.534 TEUR. Derzeit prognostiziert das Kulturressort einen Finanzierungssaldo von -80.656 TEUR und damit eine Unterschreitung in Höhe von 1.879 TEUR.			
Die Unterschreitung in Höhe von -1.879 TEUR soll vereinbarungsgemäß durch den SfBWG (+733 TEUR) in Anspruch genommen werden. Die von diesem Ressort für das DSM verlagerten Mittel stehen so vereinbarungsgemäß wieder zur Verfügung.			
Ferner wird die Unterschreitung zum liquiditätsmäßigen Ausgleich der ausgebliebenen Mittel aus der City-Tax genutzt (+1.050 TEUR).			

Produktplan: Kultur	22	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Böhrnsen	Version: 89	Seite 3
<p>3. Unterjährige Abweichung Januar - September 2012 (Ist-Planwert-Abweichung).</p> <p>Die konsumtiven Einnahmen liegen unterjährig über Plan, da zusätzliche durchlaufende Einnahmen beim Musikfest erzielt wurden.</p> <p>An relevanter Verrechnung wurden vom SfWAH Gelder für die Investition in das Bürgerhaus Bremen-Nord vereinnahmt.</p> <p>Die Personalausgaben liegen derzeit über Plan, da noch keine Rechnung für abgeordnetes Personal gestellt wurde. Dies wird sich bis zum Jahresende ausgleichen.</p> <p>Die konsumtiven Ausgaben liegen insbesondere aufgrund höherer Auszahlungen an das Theater Bremen über Plan. Dies wird sich bis zum Jahresende ausgleichen.</p> <p>4. City-Tax</p> <p>Es ist eine Reduzierung des Haushaltssolls in Höhe von 1.050 TEUR eingeplant. Dabei werden investive Rücklagen in Höhe von 1.000 TEUR herangezogen (davon 940 TEUR beim Übersee-Museum). Ferner wird auf den digitalen Kulturwegweiser in Höhe von 50 TEUR verzichtet.</p> <p>Der Finanzierungssaldo kann trotz Heranziehung der Rücklage eingehalten werden, da in diesem Jahr kein entsprechender Abfluss für investive Ausgaben beim DSM erforderlich ist.</p> <p>5. Investive Minderausgabe</p> <p>Der Anteil an der investiven Minderausgabe 2012 beträgt für das Kulturressort 33 TEUR und wird in der Produktgruppe 22.01.01 erbracht.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 24 Hochschulen und Forschung	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung												
		<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Nicht gefährdet</th> <th>gefährdet</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Finanzen</td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> <td><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>Personal:</td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>Leistungen:</td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> <td><input type="checkbox"/></td> </tr> </tbody> </table>		Nicht gefährdet	gefährdet	Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>
	Nicht gefährdet	gefährdet											
Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>											
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>											
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>											

Kommentar:**Finanzdaten**

Der PPL 24 wird sein Budget einhalten.

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird nach dem voraussichtlichen Ist zum Jahresende um 2,471 Mio. € überschritten.

Diese Überschreitung wird durch voraussichtliche Nachbewilligungen im Rahmen des EFRE-Programms (0,871 Mio. €) sowie durch die Inanspruchnahme nicht ausgegebener Anschlagsmittel im PPL 22 „Kultur“ (0,733 Mio. € für DSM-Sanierung) zu einem großen Teil kompensiert. Es verbleibt dann noch eine Überschreitung des zulässigen produktplanbezogenen Finanzierungssaldos von ca. 0,867 Mio. €.

Ursache dieses Defizits sind hauptsächlich unvorhergesehene Mehrausgaben i.H.v. ca. 0,750 Mio. € für die gesetzlichen BAföG-Leistungen sowie die Überschreitung des Personalkostenbudgets.

Für die BAföG-Mehrausgaben (0,750 Mio. €) wurde vom Ressort ein Antrag auf Genehmigung der Überschreitung des zulässigen produktplanbezogenen Finanzierungssaldos durch Nutzung der für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Reste/Rücklagen gestellt. Insofern besteht für die BAföG-Mehrausgaben zwar kein unmittelbarer Finanzierungsbedarf, aber die Notwendigkeit, dass in entsprechender Höhe Liquidität aus dem Gesamthaushalt für den PPL 24 zur Verfügung gestellt wird.

Sofern am Jahresende tatsächlich Mehrausgaben bei den Personalausgaben verbleiben, sollen gem. dem vom Senat beschlossenen Konzept zur Lösung der Budgetrisiken 2012 bei den Personalausgaben Deckungsmittel mit Liquidität aus dem PPL 92 „Allgemeine Finanzen“ zur Verfügung gestellt werden.

Personaldaten

Unter Berücksichtigung der noch zu erfolgenden Ausgleichs der AH Konten für ATZ Fälle wird eine Mehrausgaben in Höhe von rd. 0,410 Mio. € zum Jahresende erwartet.

Die Mehrausgaben könnten sich durch geplante Umbuchungen noch deutlich verringern.

Ursächlich für die Mehrausgaben im Kernbereich ist eine jahresdurchschnittliche Zielzahlüberschreitung von 4,7 VZE.




Ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich (siehe auch B.2.3 Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Haushalte 2012).

Leistungsdaten

Lt. Ressort ist insgesamt davon auszugehen, dass die Jahresziele erreicht werden.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich.

Produktplan: Hochschulen und Forschung	24	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper		Version: 89	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012				Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	33.441	14.767	18.674	126,5	35.715	45.710	46.552	842	20.601
investive Einnahmen	10.041	10.007	34	0,3	13.118	13.467	13.467	0	13.333
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	43.482	24.774	18.708	75,5	48.833	59.177	60.019	842	33.934
Personalausgaben	1.986	1.656	330	19,9	2.235	2.235	2.692	457	2.235
konsumtive Ausgaben	228.452	210.845	17.607	8,4	306.365	316.546	318.397	1.851	287.354
Zinsausgaben	1.530	1.530	0	0,0	3.847	3.847	3.847	0	3.847
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	19.766	21.353	-1.587	-7,4	42.265	43.033	37.496	-5.537	40.680
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	251.734	235.384	16.350	7,0	354.712	365.661	362.432	-3.229	334.117
Saldo	-208.252	-210.610	2.358	-1,1	-305.879	-306.484	-302.413	4.071	-300.182

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvotr .
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	2.852	6.430	5.207	5.186	12.608	611	0
- investiv	7.395	15.384	7.709	5.691	30.677		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	188	165	23	1.794	1.496	298	2.393	2.026	367
Personalverstärkung	2	2	0	18	16	2	24	22	2
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	190	167	23	1.812	1.512	300	2.417	2.048	369
Refinanzierte	15	10	5	134	93	41	185	128	57
Nebentitel	1	3	-2	40	51	-11	50	60	-10
Insgesamt	206	180	26	1.986	1.656	330	2.652	2.236	416
- dar.: Beihilfe/Nachvers	1	3	-2	40	51	-11	50	60	-10
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	37,0	33,1	3,9	38,4	33,4	5,0	38,0	33,3	4,7
Personalverstärkung	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	37,5	33,6	3,9	38,9	33,9	5,0	38,5	33,8	4,7
Refinanzierte	3,0	-	-	3,0	-	-	3,0	-	-
Abwesende	2,5	-	-	2,0	-	-	2,1	-	-

Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	4,2	22,5	2,0
Beschäftigte über 55 Jahre	52,1	17,5	50,0
Frauenquote	70,8	50,0	70,0
Teilzeitquote	29,2	35,0	32,0
Schwerbehindertenquote	3,8	6,0	3,9

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung	Controlling 01-09/12 06.11.2012													
Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper	Version: 89	Seite 2												
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>1. Kamerale Finanzdaten:</p> <p>A) Budgeteinhaltung und Planabweichungen</p> <p>Der PPL 24 wird sein Budget einhalten. Die Planabweichungen bei den Einnahmen sind überwiegend aus den höheren Zuweisungen im Rahmen des Hochschulpaktes sowie den Bundeszuweisungen für das BAFÖG begründet. Die Planabweichungen bei den Ausgaben haben die gleiche Hauptursache.</p> <p>B) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos 2012</p> <p>Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo beträgt im Anschlag -300.182 TEUR und wird durch vollzogene Solländerungen i.H.v. 240 TEUR auf ca. -299.942 TEUR verringert. Nach dem voraussichtlichem Ist wird mit einem Saldo von -302.413 TEUR, also einer Überschreitung von 2.471 TEUR zum Jahresende gerechnet.</p> <p>Diese Überschreitung wird durch voraussichtliche Nachbewilligungen im Rahmen des EFRE-Programms i.H.v. 871 TEUR sowie durch die Inanspruchnahme nicht ausgegebener Anschlagsmittel im Produktplan Kultur (DSM-Sanierung) i.H.v. 733 TEUR zu einem großen Teil kompensiert. Es verbleibt dann noch eine Überschreitung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos von ca. 867 TEUR.</p> <p>Ursache dieses Defizits sind unvorhergesehene Mehrausgaben i.H.v. ca. 750 TEUR für gesetzliche Leistungen (BAFÖG, netto) sowie eine Überschreitung des Personalkostenbudgets. Für die Mehrausgaben beim BAFÖG wurde ein entsprechender Antrag auf Genehmigung der Überschreitung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos durch Nutzung der vorhandenen Reste gestellt.</p> <p>Sonderbericht zum Personalabbaupfad Universität (Dienstleister VZÄ):</p> <table data-bbox="39 918 430 1030"> <thead> <tr> <th></th> <th>Soll</th> <th>Ist</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>2010:</td> <td>12,6</td> <td>13,1</td> </tr> <tr> <td>2011 :</td> <td>13,1</td> <td>13,5</td> </tr> <tr> <td>2012 (3. Quartal):</td> <td>20,1</td> <td>12,3</td> </tr> </tbody> </table> <p>Damit liegt die Universität in 2012 noch deutlich unter dem Soll. Sie geht aber davon aus, dass mit dem 4. Quartal das Jahressoll (29,2) insgesamt erzielt werden kann.</p> <p>2. Leistungsziele</p> <p>Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Jahresziele erreicht werden.</p>				Soll	Ist	2010:	12,6	13,1	2011 :	13,1	13,5	2012 (3. Quartal):	20,1	12,3
	Soll	Ist												
2010:	12,6	13,1												
2011 :	13,1	13,5												
2012 (3. Quartal):	20,1	12,3												

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 31 Arbeit	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht gefährdet	gefährdet
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Kommentar:**Finanzdaten****Voraussichtliches Jahresergebnis (Budgeteinhaltung)**

Das Budget wird nach Einschätzung des Ressorts bis zum Jahresende um rd. 5,8 Mio. € unterschritten.

Im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (PBR 31.01) werden im Bereich des ESF **Mindereinnahmen** in Höhe von **rd. 13,0 Mio. €** erwartet. Zur Erzielung der in 2011 veranschlagten Einnahmen soll ein Zahlantrag im 4. Quartal 2012 bei der EU gestellt werden. Das Ressort geht davon aus, dass eine zeitgerechte Bearbeitung und Auszahlung im laufenden Haushaltsjahr nicht mehr möglich sein wird. Die Einnahmen werden frühestens Anfang des Jahres 2013 erwartet.

Zum Jahresende erwartet das Ressort **Minderausgaben** in Gesamthöhe von **rd. 18,8 Mio. €**, die im Wesentlichen auf Reste im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP) in Höhe von 16,4 Mio. € zurückzuführen sind, die zur Einhaltung des Finanzierungssaldos nicht in Anspruch genommen werden können. Zusätzlich werden Minderausgaben aufgrund von verzögerten Programmabläufen bei den ESF- und EFRE-Projekten im BAP in Höhe von rd. 2,1 Mio. €, saldierte Minderausgaben bei der Ausgleichsabgabe in Höhe von rd. 0,2 Mio. € sowie rd. 0,1 Mio. € Minderausgaben bei den Personalausgaben erwartet.

Einhaltung des Finanzierungssaldos

Der Finanzierungssaldo in Höhe von -17,766 Mio. € wird zum Jahresende nach Einschätzung des Ressorts um rd. 13,268 Mio. überschritten (Erläuterung s. vorauss. Jahresergebnis).

In seinem August-Controlling 2012 ging das Ressort davon aus, einen notwendigen Zahlantrag noch so rechtzeitig an die EU stellen zu können, dass die angeforderten Mittel bis zum Jahresende eingegangen wären. Aufgrund nicht früher absehbarer Probleme zwischen der Prüfbehörde bei der EU einerseits und der ESF-Verwaltungsbehörde beim SWAH andererseits, konnte dieser Antrag nicht mehr rechtzeitig gestellt werden. Auch wenn es möglich sein sollte, den Zahlantrag im 4. Quartal 2012 zu stellen, ist nun mit einem Zahlungseingang erst Anfang 2013 zu rechnen.

Entwicklung der Verlustvorträge (Stand 9/12)

Der Verlustvortrag der alten Förderphase (2000-2006) beläuft sich auf rd. 4,4 Mio. €. Noch ausstehende Schlusszahlungen können noch nicht terminiert und quantifiziert werden. Sie werden den Verlustvortrag entsprechend reduzieren.

Der EFRE-Verlustvortrag der Förderphase 2007-2013 in Höhe von rd. 7,0 Mio. € wird sich 2012 voraussichtlich um rd. 1,0 Mio. auf 8,0 Mio. € erhöhen. Begründet wird dies mit

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 02.11.2012

weniger Projektanträgen und weniger abrechenbaren Maßnahmen, die der EU vorgelegt werden können.

Der ESF-Verlustvortrag der Förderphase 2007-2013 in Höhe von 22,6 Mio. € wird sich aufgrund der erwarteten Mindereinnahmen in Höhe von rd. 13,0 Mio. € auf 35,6 Mio. € erhöhen.

Sonderrücklage „Ausgleichsabgabe“

In der Sonderrücklage „Ausgleichsabgabe“ stehen aktuell Mittel in Höhe von rd. 9,7 Mio. € zur Verfügung.

Personaldaten

Die ausgewiesenen Mehrausgaben sind darauf zurückzuführen, dass rückwirkend zum 1.1.2012 die Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH in den Produktplan 31 zurückgeführt worden ist.

Die damit zusammenhängenden Umbuchungen aus dem Sachhaushalt in den Personalhaushalt sollen lt. Ressort zum Jahresende erfolgen, so dass die aktuell entstandenen Überschreitungen bei den Personalausgaben durch Mittelverlagerung ausgeglichen werden können. Das Ressort sollte gebeten werden, die erforderlichen Umbuchungen spätestens bis zum Jahresende (noch im 12. Monat 2012) abschließend vorzunehmen. Ein Ausgleich des Personalhaushalts durch die erforderlichen Mittelverlagerungen zulasten der bisher veranschlagten konsumtiven Zuschüsse an die Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH ist erst dann möglich.

Unter Berücksichtigung der notwendigen Verlagerungen werden die Personalausgaben zum Jahresende voraussichtlich eingehalten.




Leistungsdaten

Das Ressort hat die Abweichungen bei den Leistungskennzahlen nicht ausreichend erläutert. Zwar weist das Ressort darauf hin, dass es aufgrund geänderter Prioritätensetzungen bei Projekt- und Programmabläufen zu Abweichungen bei den zu Jahresbeginn festgelegten Planwerten kommt, dennoch sollte das Ressort aufgefordert werden, zum Jahresende die teilweise nicht unerheblichen Abweichungen im Produktbereich 31.01 (Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm) und im Produktbereich 31.02 (Soziale Sicherheit) detailliert zu kommentieren.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Die erhebliche Überschreitung des Finanzierungssaldos basiert überwiegend auf den nicht erzielten Einnahmen bei den ESF Mitteln im BAP. Aufgrund der Zahlungsmodalitäten der EU, die vom Ressort nicht zu beeinflussen ist, ist eine Steuerung in diesem Bereich nahezu ausgeschlossen.

Das Ressort sollte gebeten werden, ausführlich darzulegen, weshalb die Sonderrücklage „Ausgleichsabgabe“ nicht in Anspruch genommen wird und welche Möglichkeiten seitens des Ressorts ergriffen werden können, um die Inanspruchnahme zu fördern.

Produktplan: Arbeit	31	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 89	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012				Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	8.561	21.896	-13.335	-60,9	24.739	24.994	11.955	-13.039	23.935
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	19	0	19	0,0	19	19	19	0	0
Gesamteinnahmen	8.580	21.896	-13.316	-60,8	24.758	25.013	11.974	-13.039	23.935
Personalausgaben	6.640	4.995	1.645	32,9	6.834	9.580	9.453	-127	6.834
konsumtive Ausgaben	22.005	24.294	-2.289	-9,4	50.183	50.349	32.485	-17.864	33.901
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	542	717	-175	-24,4	1.789	1.790	911	-879	948
relevante Verrech./Erstatt.	119	0	119	0,0	156	159	159	0	6
Gesamtausgaben	29.307	30.006	-699	-2,3	58.961	61.878	43.008	-18.870	41.689
Saldo	-20.727	-8.110	-12.617	155,6	-34.203	-36.865	-31.034	5.831	-17.753

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	374	34.076
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	2.076	530	1.546	6.114	4.792	1.322	8.360	6.563	1.797
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	2.076	530	1.546	6.114	4.792	1.322	8.360	6.563	1.797
Refinanzierte	195	0	195	389	0	389	555	0	555
Nebentitel	7	23	-16	136	203	-67	194	271	-77
Insgesamt	2.278	553	1.725	6.639	4.995	1.644	9.109	6.834	2.275
- dar.: Beihilfe/Nachvers	7	18	-11	134	166	-32	180	221	-41
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	151,5	127,6	23,9	153,4	128,4	25,0	152,9	128,1	24,8
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	151,5	127,6	23,9	153,4	128,4	25,0	152,9	128,1	24,8
Refinanzierte	8,8	-	-	8,1	-	-	8,2	-	-
Abwesende	9,7	-	-	9,8	-	-	9,8	-	-

Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	5,0	22,5	5,7
Beschäftigte über 55 Jahre	33,2	17,5	36,3
Frauenquote	68,8	50,0	67,5
Teilzeitquote	36,7	35,0	38,9
Schwerbehindertenquote	16,0	6,0	17,6

Produktplan: 31	Controlling 01-09/2012
Arbeit	22.10.2012
Verantwortlich:	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Im Produktplan Arbeit steht die Gestaltung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik, das Arbeitsrecht, die Aufgaben des Schwerbehindertenrechts und des sozialen Entschädigungsrechts im Vordergrund.

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die strategischen Zielvorgaben zur Arbeitsmarktpolitik sind im Produktgruppenhaushalt formuliert. Im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms wurde in 2012 durch vielfältige Angebote und Projekte im Land Bremen der Strukturwandel flankiert, die Kompetenzen der Menschen gefördert, die Langzeitarbeitslosigkeit bekämpft und die Integration schwerbehinderter Menschen unterstützt. Für diese Zwecke werden den beauftragten Gesellschaften entsprechende Mittel für die Umsetzung des BAP zur Verfügung gestellt. Damit wird eine positive Erreichung der strategischen Zielvorgaben angestrebt.

Sachstand/Analyse/Bewertung

Gemessen an den neu gebildeten Planwerten kann eine positive Bilanz der Erfüllung der Leistungsziele im Bereich des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms festgestellt werden. Die Planwerte für Beratungen, Förder-, Weiterbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen wurden zum größten Teil überschritten. Durch von der Deputation beschlossene veränderte Prioritätensetzungen bei Projekt- und Programmabläufen sind Abweichungen unvermeidbar.

Sachstand/Analyse/Bewertung

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2011
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Zu 31.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm			0,00		
Geförderte Beschäftigte	2.982	900	2.082,00	231%	1.200
Weitergebildete Arbeitslose	956	1.350	-394,00	-29%	1.800
Langzeitarbeitslose in Beschäftigungsmaßnahmen	2.355	1.650	705,00	43%	2.200
Beratene Personen in Beratungsprozessen	5.341	7.500	-2.159,00	-29%	10.000
Beratene potentielle Existenz-Gründer	216	250	-34,00	-14%	500
Beratene Betriebe (BAP gesamt)	145	210	-65,00	-31%	280
Zu 31.02 Soziale Sicherheit					
Feststellungsverfahren (Schwerbehinderte)	11.542	11.025	517,00	5%	14.700
Bestandsfälle (Schwerbehinderte)	100.070	99.500	570,00	1%	99.200
Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben	1.045	1.186	-141,00	-12%	1.870

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: Arbeit	31	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 89	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>Kamerale Finanzdaten</p> <p>Konsumtive Einnahmen:</p> <p>Im Berichtszeitraum sind Mindereinnahmen von rd. 13 Mio. Euro zu verzeichnen. Sie resultieren aus Mindereinnahmen im Produktbereich 31.01, Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm, und sind entstanden, weil ein Zahlungsantrag an die EU noch nicht gestellt und dadurch ESF-Einnahmen noch nicht verbucht werden konnten. Ein Zahlungsantrag wird im 4. Quartal gestellt, die Einnahmen von der EU werden jedoch voraussichtlich erst zu Jahresbeginn 2013 fließen, sodass Mindereinnahmen von 13 Mio. Euro entstehen könnten.</p> <p>Personalausgaben:</p> <p>Die Mehrausgaben im Berichtszeitraum sind darauf zurück zu führen, dass zum 01.09.2012 die Gesellschaft 'Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH' in das Arbeitsressort zurückgeführt worden ist. Der Ausgleich der Mehrausgaben erfolgt bis zum Jahresende durch Umbuchungen im Sachhaushalt.</p> <p>Konsumtive Ausgaben:</p> <p>Im Berichtszeitraum ergibt sich eine Unterschreitung des Planwertes von rd. 2,3 Mio. Euro. Hierbei handelt es sich um den Saldo der durch Programmabläufe bedingte Minderausgaben von EU-Zuschüssen im Produktbereich 31.01, Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (3 Mio. Euro), und von Mehrausgaben im wesentlichen bei der Ausgleichsabgabe im Produktbereich 31.02, Soziale Sicherheit. Zum Jahresende werden im Produktbereich 31.01 voraussichtlich Minderausgaben von 18,5 Mio. Euro entstehen. Im Produktbereich 31.02, Soziale Sicherheit, werden sich zum Jahresende voraussichtlich Mehrausgaben i.H.v. 0,65 Mio. Euro ergeben.</p> <p>Investive Ausgaben:</p> <p>Die Minderausgaben i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro sind durch verzögerten Mittelabfluss bei der Ausgleichsabgabe (Produktbereich 31.02) entstanden. Zum Jahresende werden die veranschlagten Mittel verausgabt.</p> <p>Finanzierungssaldo</p> <p>Der Finanzierungssaldo in Höhe von 17,75 Mio. Euro wird aller Voraussicht nach überschritten, da insbesondere die veranschlagten ESF-Einnahmen in diesem Jahr wahrscheinlich nicht mehr eingehen werden.</p> <p>Verlustvortrag</p> <p>Der bestehende Verlustvortrag hat sich in Vorjahren aus nicht realisierten EU-Einnahmen ergeben. Aufgrund von erwarteten Mindereinnahmen wird sich der Verlustvortrag voraussichtlich weiter erhöhen. Ein Ausgleich erfolgt im Rahmen der Programmlaufzeit.</p> <p>Sonderrücklage "Ausgleichsabgabe"</p> <p>Die Mittel der Ausgleichsabgabe sind für die Arbeits- und Berufsförderung schwerbehinderter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verwenden. In den Vorjahren konnte dies aus verschiedenen Gründen nicht zeitnah erfolgen, so dass zurzeit rd. 9,7 Mio. Euro in der Sonderrücklage zur Verfügung stehen (Stand 01.01.2012).</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 41 Jugend und Soziales	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentar:**Finanzdaten**

Das **Budget** wurde im Betrachtungszeitraum um rd. 5,8 Mio. € unterschritten, resultierend aus Mindereinnahmen (konsumtive/investive) in Höhe von rd. 1,1 Mio. €, Mehreinnahmen bei den relevanten Verrechnungen/Erstattungen in Höhe von rd. 0,8 Mio. €, Personalmehrausgaben in Höhe von 1,1 Mio. € sowie Minderausgaben (konsumtive/investive) in Höhe von rd. 7,2 Mio. €.

Zum Jahresende prognostiziert das Fachressort eine Budgetüberschreitung von rd. 2,6 Mio. €, resultierend aus Mindereinnahmen in Höhe von rd. 1,5 Mio. € sowie Mehrausgaben in Höhe von rd. 1,2 Mio. €.

Unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen ergibt sich beim produktplanbezogenen **Finanzierungssaldo** zum Jahresende eine Überschreitung von rd. 1,5 Mio. €.

Für die Sozialleistungen geht die aktuelle Hochschätzung von einem Risiko von rd. 1,5 Mio. € Mindereinnahmen aus. Gleichzeitig sollen die Sozialleistungsausgaben im Rahmen des Budgets eingehalten werden.

Das Fachressort stellt einen Mehrbedarf in Höhe von 0,6 Mio. € für den kommunalen Finanzierungsanteil des Jobcenters dar. Zusätzlich besteht ein Risiko in Höhe von rd. 0,6 Mio. € bei der Kindertagesbetreuung aufgrund nicht realisierbarer Synergieeffekte „Horte“. Das Fachressort hat zwei Nachbewilligungsanträge (jeweils 0,6 Mio. €) zur Deckung der erwarteten Mehrausgaben, siehe Senatsbeschluss vom 23.10.2012 (Konzept zur Lösung der Budgetrisiken 2012) der SF vorgelegt. Ebenso sollen die Mindereinnahmen der Sozialleistungen rechnerisch aus der Risikovorsorge abgedeckt werden.

Personaldaten

Die Personalausgaben und Zielzahlen werden eingehalten.

Leistungsdaten

Die Abweichung (19,8%) bei der Kennzahl: durchschnittliche anerkannte KdU Leistungsempfänger/Monat vom IST Wert 234,00 € zu dem Planwert 195,40 € werden durch das Buchungsverfahren (höherer Januarwert) verursacht. Die Werte relativieren sich noch bis zum Jahresende.

Bezogen auf die Abweichung (22,7%) bei der Kennzahl: Fallzahl Betreutes Wohnen behinderter Erwachsener wurde der Planwert durch eine Untererfassung von Fällen

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 02.11.2012




gebildet, der durch die Umstellung auf das Fachverfahren OPEN/PROSOZ korrigiert werden soll.

Ansonsten entwickeln sich die Leistungen im Wesentlichen plangemäß.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Hinsichtlich der Steuerung der Sozialleistungen wird auf die Berichterstattung zu den Sozialleistungen (Stand 1-6/2012) verwiesen. Das Ressort hatte bereits eine ressortinterne Haushaltssperre verhängt. Die bestehenden Risiken sollen im Konzept zur Lösung der Budgetrisiken 2012 (Senatsbeschluss vom 23.10.2012) abgedeckt werden.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Jugend und Soziales	41	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich: Sen. Stahmann		Version: 89	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012					Jahresplanung 2012			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	125.088	125.792	-704	-0,6	132.764	157.021	155.556	-1.465	157.443
investive Einnahmen	1.178	1.584	-406	-25,7	1.178	3.097	3.097	0	2.580
relevante Verrech./Erstatt.	772	0	772	0,0	772	798	798	0	0
Gesamteinnahmen	127.038	127.376	-338	-0,3	134.713	160.916	159.451	-1.465	160.023
Personalausgaben	39.780	38.660	1.120	2,9	53.423	56.278	56.262	-16	57.060
konsumtive Ausgaben	686.780	688.200	-1.420	-0,2	873.897	881.554	882.753	1.199	878.506
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	4.605	10.442	-5.837	-55,9	11.433	13.353	13.353	0	12.414
relevante Verrech./Erstatt.	6.484	6.484	0	0,0	6.324	8.548	8.548	0	8.537
Gesamtausgaben	737.650	743.786	-6.136	-0,8	945.076	959.733	960.916	1.183	956.516
Saldo	-610.612	-616.410	5.798	-0,9	-810.363	-798.817	-801.465	-2.648	-796.493

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	3.733	1.110	1.110	0	48	3.719
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	3.022	3.269	-247	28.741	29.544	-803	39.692	40.910	-1.218
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	3.022	3.269	-247	28.741	29.544	-803	39.692	40.910	-1.218
Refinanzierte	1.240	913	327	10.282	8.215	2.067	14.283	11.460	2.823
Nebentitel	27	44	-17	757	901	-144	1.044	1.053	-9
Insgesamt	4.289	4.226	63	39.780	38.660	1.120	55.019	53.423	1.596
- dar.: Beihilfe/Nachvers	23	31	-8	582	733	-151	808	843	-35
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	744,7	774,4	-29,7	745,3	779,0	-33,7	745,2	777,3	-32,1
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	744,7	774,4	-29,7	745,3	779,0	-33,7	745,2	777,3	-32,1
Refinanzierte	313,1	-	-	319,8	-	-	318,1	-	-
Abwesende	80,4	-	-	78,0	-	-	78,6	-	-

Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	17,0	22,5	17,4
Beschäftigte über 55 Jahre	29,3	17,5	29,0
Frauenquote	66,9	50,0	66,0
Teilzeitquote	32,5	35,0	33,2
Schwerbehindertenquote	8,4	6,0	8,4

Produktplan: 41 Jugend und Soziales	Controlling 01-9/2012 24.10.2012
Verantwortlich: Sen. Stahmann	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Im Produktplan Jugend und Soziales werden die Hilfen und Leistungen für Menschen und Familien in den verschiedensten Lebenslagen in Bremen und Bremerhaven dargestellt.

Der Produktplan nimmt insgesamt gesehen seine sich aus i. W. verschiedenen Sozialgesetzbüchern, anderen Gesetzen und politischen Beschlusslagen ergebenden Versorgungsaufträge, wie z. B. Kindertagesbetreuung und Gewährung von Hilfen zur Existenzsicherung und bei besonderen Lebenslagen für viele betroffenen Menschen sowie der Kindeswohl-Sicherung, wahr.

Dabei kommt u. a. den drei folgenden Punkten besondere Bedeutung zu:

Den sozialen Zusammenhalt stärken

Sachstand/Analyse/Bewertung

Der Senatsbericht „Lebenslagen im Land Bremen 2009“ zeigt, dass im Land Bremen im Städte- und Ländervergleich eine hohe Armutsrisikoquote zu verzeichnen ist. Der Senat hat auch daher die Förderung des sozialen Zusammenhalts zu einem vorrangigen Ziel erklärt. Die Maßnahmen im Produktplan 41 dienen diesem Ziel, indem sie

- in Form von Transferleistungen eine menschenwürdige Existenz absichern helfen,
- durch die Finanzierung von Einrichtungen, Diensten, Maßnahmen und Beratungsangeboten die soziale Sicherung, Versorgung, Integration und Teilhabe auch durch die fortschreitende qualitative Entwicklung im Kinderschutz verbessern und
- durch präventive Maßnahmen sowie der Förderung von Selbsthilfe und Bürgerengagement den sozialen Zusammenhalt stärken.

In 2010 und 2011 konnten die dazugehörigen Budgets der Sozialleistungen eingehalten werden. Im Haushaltsjahr 2012 ist ein Ausgabenzuwachs von knapp 3% mit Budget hinterlegt worden. Aktuell werden die Planwerte unterschritten, zum Jahresende ggf. geringfügig durch Mindereinnahmen. Im Wesentlichen sind die Finanzdaten insgesamt gesehen damit in 2012 stabil.

Sicherstellung eines nachfragegerechten Tagesbetreuungsangebotes

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Kindertagesbetreuung ist und bleibt ein Handlungsschwerpunkt des Senats. Ziel ist die Sicherstellung eines nachfragegerechten Angebots im Elementarbereich sowie der schrittweise Ausbau von u3-Angeboten bis 2013.

Stärkung von frühkindlichen Bildungsangeboten für alle Kinder

Sachstand/Analyse/Bewertung

Finanziert aus Mitteln, die vom Senat für die frühkindliche Bildung zur Verfügung gestellt wurden, wird ein entsprechendes Programm durchgeführt. Der Schwerpunkt liegt u. a. in der Sprachförderung von Kindern, bei denen ein entsprechender Sprachförderbedarf festgestellt wurde. Darüber hinaus werden modellhaft Projekte, Fortbildungsveranstaltungen und Fachveranstaltungen durchgeführt und Instrumente für die pädagogische Arbeit entwickelt (z. B. Handbuch zum Übergang Kita – Schule, individuelle Lern- und Entwicklungsdokumentation, Handbuch Sprachförderung u. a.). Die etablierten und erprobten Maßnahmen werden fortgeführt und weiter qualifiziert.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2012
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Jugend					
1.1 Tagesbetreuung für Kinder zwischen 3 bis unter 6 Jahren	14.015	14.380	-365	-3%	14.380
1.2 Tagesbetreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren	2.913	3.015	-102	-3%	3.015
Soziales					
1.3 Fallzahl Stationäres Wohnen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Land)	1.363	1.419	-56	-4%	1.419
1.4 Fallzahl Betreutes Wohnen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Land)	444	362	82	23%	362
1.5 Fallzahl Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Werkstätten (Land)	1.598	1.658	-60	-4%	1.658
1.6 Fallzahl Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Tagesförderstätten (Land)	533	548	-15	-3%	548
2.1 Personen im Leistungsbezug nach dem AsylbLG (Stadt HB)	3.248	3.150	98	3%	3.150
3.1 Anzahl Personen mit stationären Pflegeleistungen (Land)	2.794	2.800	-6	0%	2.800
3.2 Anzahl Personen mit ambulanten Pflegeleistungen (Land)	1.602	1.600	2	0%	1.600
3.3 Anzahl Personen mit Landespflegegeld (Land)	687	715	-28	-4%	715
4.1 Anzahl Personen mit Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt (Stadt Bremen)	11.247	10.830	417	4%	10.830
4.2 Fälle mit Leistungen nach SGB II	39.725	40.310	-585	-1%	40.310
4.3 Durchschnittlich anerkannte Unterkunftskosten pro Monat und Leistungsempfänger in Euro (Stadt Bremen)	234	195	39	20%	195
5.1 Anzahl der Krankenhilfeberechtigten nach dem SGB XII (Land)	1.514	1.648	-134	-8%	1.648

* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung/Anmerkung zu den Leistungskennzahlen

Im Berichtszeitraum sind im Bereich Soziales Zu- und Abnahmen meistens im Bereich der üblichen Schwankungsbreiten zu verzeichnen. I. W. kann man die Leistungsseite als stabil bezeichnen. Auf die Leistungsdaten wirken verschiedene fachliche und demographische Entwicklungen. In manchen Fällen sind Brüche durch die Umstellung von Zählweisen (manuell/automatisiert) festzustellen.

Bei den Leistungskennzahlen zum SGB II (Nrn. 4.2 und 4.3) werden aus technisch-inhaltlichen Gründen die Ist-Werte des Vorquartals angegeben. Die durchschnittlichen Unterkunftskosten (Nr. 4.3) sind durch überdurchschnittliche Werte im Jan./Febr. verzerrt.

Weitergehende Erläuterungen zu den Sozialleistungen insgesamt ergeben sich aus dem Bericht zur Entwicklung der Sozialleistungen (Stand Juni). Die wesentlichen Inhalte sind nach wie vor aktuell und bestimmend für das Haushaltsjahr 2012.

Produktplan: 41 Jugend und Soziales	Controlling 01-09/12 06.11.2012
Verantwortlich: Sen. Stahmann	Version: 89 Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>Sozialleistungen:</p> <p>Einnahmen:</p> <p>Im Berichtszeitraum ergeben sich ggü. dem Planwert Mindereinnahmen in Höhe von rd. 0,7 Mio. Euro. Die Bundesbeteiligungen liegen im Plan. Allerdings sind die Einnahmen aus Erstattungen von Dritten, insbesondere im PB 41.01. rückläufig. Auf Basis der aktuellen Hochschätzung (Stand August) wird mit möglichen Mindereinnahmen von rd. 1,5 Mio. Euro (1,07%) zum Jahresende gerechnet. Sollte sich der positive Trend aus dem Monatsergebnis September fortsetzen, ist eine Verbesserung des Jahresergebnisses ggf. möglich.</p> <p>Ausgaben:</p> <p>Die im Berichtszeitraum entstandenen Minderausgaben in Höhe von bis zu 5 Mio. Euro sind im Umfang von rd. 2 Mio. Euro buchungstechnisch bedingt. Hinzu kommen Rückstände, an deren Auflösung gearbeitet wird. Reale Minderausgaben ggü. den Planwerten sind im Produktbereich 41.06. (Krankenhilfe, Sonstige HbL) und 41.07.(Forensik) festzustellen. Diese Minderausgaben werden - wie in den Vorjahren auch - vorrangig zum Ausgleich von Mehrbedarfen an anderer Stelle der Sozialleistungen benötigt.</p> <p>Auf Basis der aktuellen Hochschätzung (Stand August) wird davon ausgegangen, dass die Ausgaben im Rahmen des Budgets geleistet werden können. Mit dem Anschlagsvolumen kann insgesamt ein Ausgabenzuwachs von knapp 3% (Verhältnis Anschlag 2012 zu IST 2011) abgedeckt werden. Ob die Möglichkeit besteht, das Jahresergebnis noch darüber hinaus verbessern zu können, kann erst nach den Monatsergebnissen Oktober und November eingeschätzt werden.</p> <p>Weitergehende Erläuterungen zu den Einnahmen und Ausgaben sowie zu den fachlichen Inhalten der Sozialleistungen ergeben sich aus dem Bericht zur Entwicklung der Sozialleistungen Juni 2012. Die dort geschilderten fachlichen Entwicklungen bezogen auf die einzelnen Produktgruppen -und Bereiche behalten i. W. ihre Gültigkeit.</p> <p>Außerhalb Sozialleistungen:</p> <p>Konsumtive Einnahmen:</p> <p>Im Berichtszeitraum wird der Planwert eingehalten. Zum Jahresende werden Mindereinnahmen in Höhe von rd. 0,4 Mio. Euro erwartet, diese werden durch Minderausgaben entsprechend ausgeglichen. Diese entstehen im Saldo aus höheren Drittmiteleinahmen und Mindereinnahmen bei den Personalkostenerstattungen durch das Jobcenter aufgrund von Personalminderausgaben gegenüber dem Anschlag.</p> <p>Bei den relevanten Verrechnungen und Erstattungen wird der Planwert mit 0,8 Mio. Euro überschritten. Die Abweichung resultiert aus nicht mit Anschlägen hinterlegten Verrechnungstiteln i. W. mit dem Bauressort. Die Einnahmen fließen als Einnahmeverfügungsmittel speziellen Titeln zu (Soziale Stadt, zweckgeb. Investitionen u.a.).</p> <p>Konsumtive Ausgaben:</p> <p>Im Berichtszeitraum kommt es bei den konsumtiven Ausgaben zu einer Überschreitung des Planwertes in Höhe von rd. 3,7 Mio. Euro. Dies wird u. a. durch die Tarifsteigerung im KTH-Bereich verursacht, da die hierfür benötigten Mittel nicht in den Anschlägen enthalten sind, die der Planwertbildung zugrunde lagen. Hinzu kommen noch fehlende planmäßige Umbuchungen für das kostenlose Mittagessen. Die hierfür aus der Produktgruppe 41.01.02 geleisteten Zahlungen müssen noch dem Bildungs- und Teilhabepaket zugeordnet werden.</p> <p>Dem seitens des Ressorts geltend gemachtem Risiko bei der Kindertagesbetreuung aufgrund nicht realisierbarer Synergieeffekte "Horte" i. H. v. rd. 0,6 Mio. Euro wurde mit Senatsbeschluss vom 23.10.2012 Rechnung getragen. Der Fehlbetrag soll aus den zentral bei Finanz veranschlagten Risikofonds zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Mehrbedarf 41.05.04:</p> <p>Mit Beschluss des Senats vom 14. Februar 2012 wurde dem Ressort für den kommunalen Finanzierungsanteil der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter ein Mehrbedarf in Höhe von 6 Mio. Euro anerkannt, der zunächst in Höhe von 5,4 Mio. Euro bei der Haushaltsaufstellung 2012/2013 hinterlegt wurde. Über die verbleibenden 0,6 Mio. Euro sollte zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden. Auch hier ist eine Abdeckung aus dem Risikofonds vorgesehen (siehe ebenfalls Senatsbeschluss vom 23.10.2012).</p> <p>Investitionen:</p>	

Produktplan: Jugend und Soziales	41	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Sen. Stahmann	Version: 89	Seite 3
<p>Einnahmen:</p> <p>Der Planwert wurde im Berichtszeitraum um rd. 0,4 Mio. Euro unterschritten, da sich der Abruf der KiföG-Mittel durch bauliche Verzögerungen verändert hat. Zum Jahresende ist aufgrund aktuell im Oktober erfolgter Mittelabrufe mit einer Mehreinnahme in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro zu rechnen.</p> <p>Ausgaben:</p> <p>Der Planwert wurde im Berichtszeitraum um rd. 5,8 Mio. Euro unterschritten. Diese Abweichung beruht im Wesentlichen darauf, dass die Mittel an Bremerhaven für den Ausbau u3 im September noch nicht abgefordert wurden (im Oktober wird sich dieses relativieren) und baulich bedingte Verzögerungen beim Mittelabruf KiföG eingetreten sind, was sich ebenfalls im Controlling des Folgemonats relativiert und maßgeblich dazu beiträgt, dass zum Jahresende mit Mehrausgaben von rd. 0,9 Mio. Euro zu rechnen ist, die durch die o.g. Mehreinnahmen sowie durch Mehreinnahmen aus Verrechnungen und Erstattungen gedeckt sind.</p> <p>Personaldaten:</p> <p>Das Personalbudget des Produktplans Jugend und Soziales wird zum Jahresende voraussichtlich ausgeglichen sein.</p> <p>Formale Feststellung zum PPL:</p> <p>Der Finanzierungssaldo verschlechtert sich voraussichtlich um rd. 6,4 Mio. Euro zum Jahresende. Dieser Verschlechterung stehen saldierte Nachbewilligungen aus anderen PPL (inkl. der noch nicht umgesetzten Mittel aus dem Risikofonds) und Mehreinnahmen i.H.v. rd. 4,9 Mio. Euro gegenüber, die liquiditätsmäßig hinterlegt sind. Es verbleibt eine Überschreitung von rd. 1,5 Mio. Euro (aus Mindereinnahmen), die ebenfalls rechnerisch aus dem Risikofonds abgedeckt werden soll.</p> <p>Der Verlustvortrag aus Vorjahren bei den Sozialleistungen kann nach aktuellem Kenntnisstand 2012 vorauss. nicht reduziert werden.</p> <p>Bezogen auf das Gesamtjahr wird nicht mit investiven Minderausgaben größer als eine Million Euro gerechnet.</p> <p>Gesamtbetrachtung PPL:</p> <p>Für den größten Ressortbereich (Sozialleistungen) besteht im Rahmen der Schätzung August kein Ausgabe-Risiko mehr. Die möglichen Mindereinnahmen von rd. 1,5 Mio. Euro sollen aus der Risikovorsorge bei der Senatorin für Finanzen abgedeckt werden.</p> <p>Für die übrigen Bereiche entstehen Mehrbedarfe für den kommunalen Finanzierungsanteil am Jobcenter i.H.v. 0,6 Mio. Euro und für die Kindertagesbetreuung von rd. 0,6 Mio. Euro. Diese Risiken sollen ebenfalls aus der Risikovorsorge der Senatorin für Finanzen abgedeckt werden.</p> <p>Zu Absicherung der geschätzten Jahresergebnisse wurde eine PPL-interne Haushaltssperre verfügt.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 51 Gesundheit	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentar:**Finanzdaten**

Das Ressort erwartet - unter Berücksichtigung der vom Senat beschlossenen Steuerungsmaßnahme - ein ausgeglichenes Budget. Derzeit werden Mindereinnahmen i.H.v. ca. 0,3 Mio. € vorwiegend beim LMTVet prognostiziert, die durch eine nicht mit Liquidität hinterlegte Entnahme aus der allgemeinen Budgetrücklage sowie konsumtive Minderausgaben i.H.v. 0,2 Mio. €, ausglich werden soll. Da sich bis Jahresende die Mindereinnahmen relativieren könnten, soll der R-Antrag mit einer genaueren Einschätzung des Einnahmerisikos dem HaFA am 07.12.2012 vorgelegt werden.

Zu den Personalmehrausgaben i.H.v. 0,46 Mio. € siehe Kommentierung Personaldaten.

Personaldaten

Das Ressort gibt voraussichtliche Mehrausgaben zum Jahresende in Höhe von rd. 0,459 Mio. € an.

Hierbei wurden bekannte Abgänge, geplante Neueinstellungen und der noch zu erfolgende AH Kontenausgleich für ATZ Fälle berücksichtigt.

Die Mehrausgaben resultieren nahezu ausschließlich aus der Überschreitung der Beschäftigungszielzahl in der Produktgruppe 51.90.01 -senatorische Angelegenheiten Gesundheit- in Höhe von rd. 8 VZE.

Für diese Produktgruppe wird derzeit ein Personalkonzept erarbeitet.

Eine Lösung zur Finanzierung des Defizits innerhalb des Produktplans liegt nicht vor.

Ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich (siehe auch B.2.3 Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Haushalte 2012).

Leistungsdaten




Im Wesentlichen plangemäß.

Die Umstellung in Bremen auf "reine Schweineschlachtungen" sowie die Erweiterung der Produktion der Betreiber führten zu einer höheren Anzahl von Schlachtungen (+48,7 %). Viele Betriebe sind im Rahmen der Risikoüberwachung mehr als einmal im Jahr zu kontrollieren. Die derzeitige Überschreitung des Planwertes (+28,2 %) soll zum Jahresende ausgeglichen werden.

Die Überwachungen (-23,5 %) wurden zugunsten von vorrangig bearbeiteten Eichanträgen zurückgestellt. Die erhöhte Zahl der Baustellenkontrollen (+64,0 %; oftmals anlassbezogen durch z. B. Beschwerden, Unfälle) geht zu Lasten von Betriebsbesichtigungen (-4,3 %) und Systemkontrollen (-4,6 %)

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Keine.

Produktplan: 51 Gesundheit					Controlling 01-09/12 06.11.2012				
Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper					Version: 89		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten:			Einhaltung Personaldaten:			Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:			
									
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012					Jahresplanung 2012			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	9.482	8.944	538	6,0	10.890	12.567	12.253	-314	12.441
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	16	16	0
Gesamteinnahmen	9.482	8.944	538	6,0	10.890	12.567	12.269	-298	12.441
Personalausgaben	15.822	14.659	1.163	7,9	20.368	21.857	22.316	459	21.511
konsumtive Ausgaben	9.793	10.153	-360	-3,6	13.434	13.812	13.587	-225	13.650
Zinsausgaben	181	201	-20	-9,9	242	242	189	-53	242
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	22.130	13.196	8.934	67,7	27.160	27.151	27.152	1	27.123
relevante Verrech./Erstatt.	8	13	-5	-40,4	15	9	3	-6	15
Gesamtausgaben	47.934	38.222	9.712	25,4	61.218	63.071	63.247	176	62.541
Saldo	-38.452	-29.278	-9.174	31,3	-50.328	-50.504	-50.978	-474	-50.100
Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.		
	2012	2013	2014	2015	2016ff			Tsd. EUR	
	Tsd. EUR					274	0		
- konsumtiv	0	0	0	0	0				
- investiv	0	737	737	737	7.911				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	170	158	147	828				
Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	1.239	1.299	-60	11.704	11.734	-30	16.082	16.260	-178
Personalverstärkung	30	28	2	280	255	25	402	361	41
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	1.269	1.327	-58	11.984	11.989	-5	16.484	16.621	-137
Refinanzierte	246	166	80	2.204	1.492	712	3.078	2.095	983
Nebentitel	167	137	30	1.635	1.178	457	2.145	1.652	493
Insgesamt	1.682	1.630	52	15.823	14.659	1.164	21.707	20.368	1.339
- dar.: Beihilfe/Nachvers	7	14	-7	124	128	-4	166	171	-5
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	266,1	274,4	-8,3	276,4	276,1	0,3	273,8	275,5	-1,7
Personalverstärkung	8,9	8,3	0,6	8,7	8,3	0,4	8,8	8,3	0,5
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	275,0	282,7	-7,7	285,1	284,4	0,7	282,6	283,8	-1,2
Refinanzierte	57,9	-	-	58,2	-	-	58,1	-	-
Abwesende	19,9	-	-	17,9	-	-	18,4	-	-
Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011						
	Ist	Planwert	Ist	%					
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten									
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0						
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,2	22,5	6,7						
Beschäftigte über 55 Jahre	29,7	17,5	30,1						
Frauenquote	61,7	50,0	60,9						
Teilzeitquote	43,3	35,0	41,1						
Schwerbehindertenquote	11,0	6,0	10,3						

Produktplan: 51	Controlling 01-09/ 2012
Gesundheit	31.10.2012
Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Krankenhausversorgung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Zur Sicherstellung der stationären Versorgung hat die Bremische Bürgerschaft ein neues Krankenhausgesetz für das Land Bremen verabschiedet. Neben einer erhöhten Flexibilität für Krankenhäuser bei der Investitionsplanung stehen abgesicherte Patientenrechte und die Gewährleistung guter Qualität der Bremer Krankenhäuser durch verbindliche Regelungen im Vordergrund. Die über die Haushaltsbeschlüsse zur Verfügung gestellten Krankenhausfördermittel werden über Pauschalen in voller Höhe ausbezahlt. Im Übrigen auch für Zins und Tilgung (Projekt "Regionalisierung Psychiatrie") sowie Mieten.

Gesundheitliches Kindeswohl

Sachstand/Analyse/Bewertung

Zur Verbesserung des Kindeswohls hat die Bremische Bürgerschaft ein verändertes Obduktionsrecht beschlossen, mit dem insbesondere zum Geschwisterwohl ungeklärte Todesursachen von Kindern unter 6 Jahren aufgeklärt werden können. Das Gesetz zum Kindeswohl wird bis Ende 2013 -bezogen auf die Kinderobduktion- evaluiert.

Psychiatrische Versorgung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Steuerungselemente in Bezug auf Begutachtungsmaßnahmen der Eingliederungshilfe wurden gemeinsam mit dem Gesundheitsamt und der Gesundheit Nord weiterentwickelt. Für den Bereich der Leistungen der Eingliederungshilfe für psychisch kranke und suchtkranke Menschen soll das bestehende Begutachtungsverfahren im Bereich der Stadtgemeinde Bremen zusammengeführt und im Gesundheitsamt Bremen neu verortet werden, um so einheitliche Qualitätsstandards und Bewertungsgrundlagen zu schaffen. Dieses Vorhaben befindet sich in den Vorbereitungen zur Umsetzung.

Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz

Sachstand/Analyse/Bewertung

Verbraucherschutz

Der Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes wird sehr umfassend von unmittelbar geltendem Gemeinschaftsrecht bestimmt. Ziel ist es, im Rahmen der amtlichen Kontrollen risikoorientierte Schwerpunkte zu setzen, um insbesondere die für das Land Bremen bedeutsamen Belange zu berücksichtigen. Darüber hinaus soll der integrierte Kontrollansatz weiterentwickelt werden, d.h. die amtlichen Kontrollen in den Segmenten Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz sowie Pflanzengesundheit sollen stärker verzahnt werden. Vor diesem Hintergrund ist geplant, Instrumente zu entwickeln, um die Effizienz der amtlichen Kontrollen bewerten zu können und transparenter zu machen.

Arbeitnehmerschutz

Bremen hat bis Ende 2012 den Vorsitz im Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI) und setzt sich dort nachdrücklich für die Entwicklung länderübergreifenden Standards und Kriterien für eine risikoorientierte Aufsicht ein. Die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen wird die risikoorientierte Aufsicht nach Verabschiedung auf Länderebene einführen.

Gesundheitswirtschaft**Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hatte in 2010 der Deputation für Arbeit und Gesundheit das Gutachten ‚Zukünftige Perspektiven der Gesundheitswirtschaft im Land Bremen‘ vorgelegt. Das bisherige Engagement des Ressorts wurde durch das Gutachten vom ‚Institut für Arbeit und Technologie‘ bestätigt und empfohlen u. a. das Förderziel ‚Projekt „Wohnen, Alter und Technik für das Land Bremen‘ weiterzuentwickeln.

Im Jahr 2011 und 2012 wurden weitere Ideenwettbewerbe ausgerufen aus denen weitere Themen zum vorgenannten Projekt ausgewählt wurden. An der Umsetzung des Zieles wird gearbeitet. Ebenso wird das Thema ‚Fachkräftemangel in der Pflege‘ im Land Bremen fokussiert.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2012
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung		Planwert
			abs.	%	
Kontrollen i. d. amtlichen Lebensmittelüberwachung	6001	5625	376	6,7%	7.500
Planbetten im Land Bremen gesamt*)					5.775

*) Eine unterjährige Ermittlung der Leistungsdaten erfolgt nicht.

Produktplan: Gesundheit	51	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Sen. Jürgens-Pieper	Version: 89	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Kamerale Finanzdaten:			
<p>Im Saldo ergibt sich im PPL 51 eine negative Planwertabweichung zum 30.09.2012 in Höhe von 9.174 T. Euro, die auf Mehrausgaben beim Personal und bei den Investitionen zurückzuführen sind. Zum Jahresende wird ein voraussichtliches Defizit in Höhe von 474 T. Euro erwartet. Möglichkeiten dieses Defizit innerhalb des PPL 51 auszugleichen, werden gem. Senatsbeschluss über konsumtive Minderausgaben und Inanspruchnahme von Budgetrücklagen sowie bei den Personalmehrausgaben über eine "solidarische Lösung" durch Deckung beim Verzicht auf Zuführung an den Versorgungsfond, gesehen.</p>			
Konsumtive Einnahmen:			
<p>Die IST- Einnahmen per 30.09.2012 betragen 9.482 T. Euro. Im Berichtszeitraum Januar bis September 2012 wird der Planwert der Einnahmen um 538 T. Euro überschritten. Die Mehreinnahmen ggü. dem Planwert wurden hauptsächlich beim Gerwerbenaufsichtsamt (GAA) erzielt (758 T. Euro). Es handelt sich hier überwiegend um Gebühren für Genehmigungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz und aus Bußgeldverfahren nach dem Fahrpersonalrecht. Zum Jahresende werden voraussichtlich Mindereinnahmen in Höhe von 298 T. Euro erwartet. Sie werden überwiegend beim LMTVet (-786 T. Euro) prognostiziert und resultieren aus den derzeit stark rückläufigen Einfuhrkontrollen für Fisch und Fleisch der Grenzkontrollstelle. Es wird mit einer Relativierung der Entwicklung im Bereich Fischimporte bis Ende des Jahres gerechnet. Von daher könnte sich das Defizit in diesem Bereich entsprechend verringern.</p>			
Konsumtive Ausgaben:			
<p>Die IST- Ausgaben betragen per 30.09.2012 9.793 T. Euro. Im Berichtszeitraum Januar bis September 2012 wird der Planwert um 360 T. Euro unterschritten. Minderausgaben werden insbesondere beim LMTVet bei der Untersuchung von Lebensmitteln und im Rahmen von BSE Tests erbracht. Zum Jahresende werden Minderausgaben von 225 T. Euro erwartet. Diese Minderausgaben werden zum Ausgleich der vorgenannten Mindereinnahmen benötigt.</p>			
Investitionen:			
<p>Die IST- Ausgaben betragen per 30.09.2012 22.130 T. Euro. Im Berichtszeitraum Januar bis September 2012 wird der Planwert um 8.934 T. Euro überschritten. Die Mehrausgaben sind überwiegend im PB 51.03 entstanden -Sicherstellung der Krankenhausversorgung- (8.962 T. Euro). Die Zahlungen der KHG- Förderung erfolgen -außer der Förderung von Mieten- über Pauschalen, wobei die Fördermittel für kurzfristige Anlagegüter in der Regel vierteljährlich und die Baupauschalen für die mittel- und langfristigen Anlagegüter einmal jährlich an die Krankenhäuser im Land Bremen überwiesen werden. Die unterjährige Überschreitung des Planwertes resultiert daraus, dass die Baupauschalen für die mittel- und langfristigen Anlagegüter nicht wie ursprünglich geplant am Ende des Haushaltsjahres, sondern bereits Mitte des Haushaltsjahres 2012 gezahlt worden sind. Zum Jahresende werden geringfügige Mehrausgaben von 1 T. Euro erwartet.</p>			
Personaldaten:			
<p>Die Personalausgaben betragen im Berichtszeitraum rd. 15.822 T. Euro. Die derzeit ausgewiesenen Personalmehrausgaben im Bereich des refinanzierten Personals von rd. 1.600 T. Euro werden zum Jahresende aufgrund von zeitlich versetzten Einnahmen voraussichtlich ausgeglichen sein.</p>			
<p>Für die verbleibenden Personalausgaben wird unter Einbeziehung von bekannten Abgängen, geplanten Neueinstellungen, Rückstellungen für Altersteilzeitfälle eine Überschreitung von rd. 459 T. Euro im PPL 51 zu erwarten sein. Diese Mehrausgaben resultieren nahezu ausschließlich auf der Zielzahlüberschreitung in der senatorischen Behörde (Produktgruppe 51.90.01). Für diese Produktgruppe wird derzeit ein Personalkonzept erarbeitet, das eine restriktivere Personalpolitik vorsieht. Aufgrund der haushaltslosen Zeit wurden in diesem Jahr zunächst Stellen eingespart und die Personalausgaben budgetwirksam reduziert. Diese freigewordenen Stellen werden z. T. wiederbesetzt, so dass sie in 2013 Ausgaben erhöhend und somit budgetwirksam werden. Das Risiko von rd. 459 T. Euro wird über den o. g. Senatsbeschluss gelöst.</p>			
Einhaltung des Finanzierungssaldos:			
<p>Unter Berücksichtigung der Einschätzung zum voraussichtlichen IST wird sich der produktplanbezogene Finanzierungssaldo in Höhe von -50.061 T. Euro um 930 T. Euro verschlechtern. Ursache des Defizits ist die im Text beschriebene Einnahmesituation des LMTVet und die Personalmehrausgaben im PPL 51.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 68 Umwelt, Bau und Verkehr	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentar:**Finanzdaten**

Das Budget wird voraussichtlich um rd. 16,1 Mio. € unterschritten werden (Saldo aus Mindereinnahmen von insgesamt 0,6 Mio. € – davon rd. 2 Mio. € aus Werberechtskonzessionen -, konsumtiven Minderausgaben von 2,9 Mio. € - davon Wohngeld 2,1 Mio. € - und investiven Minderausgaben von 13,8 Mio. € - überwiegend im Bereich Stadtbau/Städtebauförderung -.

Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass die Minderausgaben für Wohngeld lt. Haushaltsvermerk vom Ressort nicht zu Einsparungen an anderer Stelle oder zum Nachweis von Minderausgaben herangezogen werden dürfen.

Der Finanzierungssaldo wird voraussichtlich zum Jahresende um 2,4 Mio. € überschritten, und zwar wie folgt (in Mio. €):

- konsumtive Einnahmen:	0,4
- investive Einnahmen:	- 2,1
- Personalausgaben:	2,6
- konsumtive Ausgaben:	0,3
- Tilgungen / Zinsen	1,6
Investive Ausgaben	- 0,5.

Die Überschreitung bei den Personalausgaben resultiert aus Mehreinnahmen von Dritten zur Personalrefinanzierung.

Personaldaten

Bei den Personalausgaben werden voraussichtliche Mehrausgaben zum Jahresende in Höhe von rd. 3,7 Mio. € ausgewiesen.

Unter Berücksichtigung von noch zu erwartenden Einnahmeverfügungsmitteln beim refinanzierten Personal, der Sollerhöhung aus dem Produktplan 96, der Restfluktuation und der noch zu erfolgenden Ausgleichs der AH Konten für ATZ Fälle wird insgesamt eine Mehrausgabe in Höhe von rd. 0,200 Mio. € zum Jahresende erwartet.

Leistungsdaten




Die Leistungsdaten werden im Wesentlichen eingehalten bzw. überschritten.

nachrichtlich:

Risiken bei Eigenbetrieben oder Sondervermögen und möglicher Auswirkungen auf das PPL-Ergebnis sind derzeit nicht bekannt.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr					Controlling 01-09/12 06.11.2012					
Verantwortlich: Senator Dr. Lohse					Version: 89		Seite 1			
Einhaltung Finanzdaten:			Einhaltung Personaldaten:			Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:				
										
1. Ressourceneinsatz										
Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012					Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	30.979	27.883	3.096	11,1	34.986	39.360	38.764	-596	39.180	
investive Einnahmen	25.611	20.941	4.670	22,3	25.596	36.808	36.808	0	34.748	
relevante Verrech./Erstatt.	2.495	3.068	-573	-18,7	5.563	5.563	5.563	0	3.068	
Gesamteinnahmen	59.085	51.892	7.193	13,9	66.145	81.731	81.135	-596	76.996	
Personalausgaben	36.316	33.409	2.907	8,7	46.280	49.647	49.647	0	46.729	
konsumtive Ausgaben	66.836	59.478	7.358	12,4	120.220	115.107	112.201	-2.906	153.250	
Zinsausgaben	1.977	2.318	-341	-14,7	2.161	2.161	2.161	0	2.501	
Tilgungsausgaben	6.975	5.000	1.975	39,5	6.092	6.975	6.975	0	5.000	
investive Ausgaben	30.953	34.672	-3.719	-10,7	101.099	111.755	97.988	-13.767	108.402	
relevante Verrech./Erstatt.	50.705	38.786	11.919	30,7	50.736	58.204	58.204	0	32	
Gesamtausgaben	193.764	173.663	20.101	11,6	326.588	343.849	327.176	-16.673	315.915	
Saldo	-134.679	-121.771	-12.908	10,6	-260.443	-262.118	-246.041	16.077	-238.919	
Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvotr .			
	2012	2013	2014	2015	2016ff			Tsd. EUR		
	Tsd. EUR						Tsd. EUR			
	- konsumtiv	10.830	12.429	10.670	10.373	134.397	1.518	4.865		
- investiv	75.961	55.897	38.053	26.108	154.030					
- Zins-/Tilgungsausgaben	367	0	0	0	0					
Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis			
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
Tsd. EUR										
Kernbereich	3.302	3.339	-37	31.089	30.272	817	42.616	41.972	644	
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zwischensumme	3.302	3.339	-37	31.089	30.272	817	42.616	41.972	644	
Refinanzierte	545	266	279	4.689	2.391	2.298	6.655	3.357	3.298	
Nebentitel	59	35	24	911	746	165	735	951	-216	
Insgesamt	3.906	3.640	266	36.689	33.409	3.280	50.006	46.280	3.726	
- dar.: Beihilfe/Nachvers	20	25	-5	465	661	-196	634	803	-169	
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)										
Kernbereich	727,1	729,6	-2,5	741,5	734,6	6,9	737,9	732,7	5,2	
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Zusammen	727,1	729,6	-2,5	741,5	734,6	6,9	737,9	732,7	5,2	
Refinanzierte	115,4	-	-	116,4	-	-	116,2	-	-	
Abwesende	40,4	-	-	38,3	-	-	38,8	-	-	
Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011							
	Ist	Planwert	Ist	%						
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten										
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0							
Beschäftigte bis 35 Jahre	5,1	22,5	5,2							
Beschäftigte über 55 Jahre	29,1	17,5	29,3							
Frauenquote	44,3	50,0	43,8							
Teilzeitquote	26,3	35,0	26,1							
Schwerbehindertenquote	9,0	6,0	8,7							

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich: Senator Dr. Lohse	Version: 89	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>Konsumtive Einnahmen: Im unterjährigen Ist - Planwertvergleich werden die konsumtiven Einnahmen um TEUR 3.096 überschritten. Die unterjährige Überschreitung ergibt sich insbesondere aus Einnahmen von Baugebühren für ein Großprojekt, zweckgebundene Drittmittel von der EU für nachhaltige Mobilität und Einnahmen aus der Oberflächenwasserentnahmegebühr. In der Jahresprognose wirken sich Mindereinnahmen bei GeoInformation in Höhe von rd. TEUR 400 und Mindereinnahmen bei den Werberechtskonzessionen in Höhe von rd. TEUR 1.950 aus, so dass unter Berücksichtigung von voraussichtlichen Mehreinnahmen bei den Baugebühren noch eine Mindereinnahme in Höhe von rd. TEUR 600 verbleibt.</p> <p>Investive Einnahmen: Unterjährig werden die investiven Einnahmen um rd. EUR 4,7 Mio. überschritten. Diese Mehreinnahme ist größtenteils durch eine vorzeitige Einnahme von Regionalisierungsmitteln des Bundes begründet. Das Jahresergebnis wird gemäß Planung erwartet.</p> <p>Relevante Verrechnungen / Erstattungen Einnahmen: Die unterjährige Planunterschreitung i.H.v. TEUR 573 ergibt sich im Wesentlichen durch einen im Zeitablauf verschobenen Mitteleingang.</p> <p>Personalausgaben: Die Personalausgaben werden unterjährig um rd. EUR 2,9 Mio. überschritten. Die Überschreitung ergibt sich überwiegend durch in den Sollzahlen noch nicht berücksichtigte Mittel für refinanziertes Personal. Mit einem Beschäftigungsvolumen von 727 liegt die Personalstärke des Produktplans Ende September 2012 drei Stellen unter den Sollvorgaben. In der Jahresplanung wird nach derzeitiger Prognose, die mit Unsicherheiten behaftet ist, ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.</p> <p>Konsumtive Ausgaben: Die unterjährige Überschreitung von rd. EUR 7,4 Mio. ist Zahlungstermin bedingt und ergibt sich zum größten Teil aus Zuweisungen an das SV Infra. In der Jahresplanung wird eine Unterschreitung von rd. EUR 2,9 Mio. angezeigt, da vor allem die Ausgaben für Wohngeld voraussichtlich nicht in der veranschlagten Höhe anfallen werden.</p> <p>Zins- / Tilungsausgaben: Hohe außerplanmäßige Sondertilgungen für Wohnungsbau-, Modernisierungs- und Instandsetzungsdarlehen aus Bundesmitteln führen zu einer höheren als der eingeplanten Abführung der anteiligen Mittel an den Bund. Die Mehrausgaben bei Tilgung werden teilweise bereits durch Minderausgaben bei den Zinsen ausgeglichen.</p> <p>Investive Ausgaben: Im unterjährigen Ist -Planwertvergleich werden die investiven Ausgaben um rd. EUR 3,7 Mio. unterschritten. Neben unterjährigen Abweichungen aller zugeordneten Produktbereiche begründet sich dies i.W. in der Produktgruppe 68.01.02 (Öffentliche Verkehrswege / Finanzhilfen) und betrifft zeitlich verschobene Zahlungen für die A 281. Die Jahresplanung weist nach derzeitiger Kenntnis Minderausgaben von rd. EUR 13,8 Mio. aus. Diese entstehen primär in der Produktgruppe 68.02.06 und betreffen den Bereich Stadtumbau / Städtebauförderung. Minderausgaben werden zudem in den Produktgruppen 68.03.01 (EFRE Infrastrukturmaßnahmen), 68.03.04 (EFRE Lebensader Weser) und 68.01.02 (Sanierung B75 und Anschlussstelle Uphusen) erwartet.</p> <p>Relevante Verrechnungen / Erstattungen Ausgaben: Die Ausgaben für Verrechnungen / Erstattungen liegen unterjährig rd. EUR 11,9 Mio. über dem Planwert, was sich im Wesentlichen durch zeitlich verschobene Zahlungen an SF für den Verlustausgleich BSAG begründet.</p> <p>Fazit: Das Ist weicht nach Abschluss der ersten 9 Monate rd. EUR 13 Mio. vom Plan ab, da der Saldo Ist rd. EUR -135 Mio. beträgt und der Saldo Plan rd. EUR -122 Mio.. Gegenüber der Planung liegen Einnahmen in Höhe von rd. EUR 7,2 Mio. über dem Planwert sowie Ausgaben von rd. EUR 20,1 Mio. über dem Planwert. Zum Jahresende wird eine Saldounterschreitung von rd. EUR 16 Mio. erwartet, die in einer ähnlichen Größenordnung ausfällt wie im Jahresabschluss 2011 (13. Monat 2011 rd. EUR 20,6 Mio.).</p> <p>Finanzierungssaldo: Nach aktueller Prognose wird der Finanzierungssaldo zum Jahresende um rd. EUR 2,5 Mio. überschritten. Die Überschreitung ergibt sich i.W. aus refinanziertem Personal (EUR 2,6 Mio.).</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 71 Wirtschaft	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentar:**Finanzdaten**

Das Budget wird eingehalten. Der Finanzierungssaldo wird bis zum Jahresende nicht überschritten.

Aus der 1. Zahlung der EU-Kommission zum Programm EFRE resultieren folgende Einnahmen:

Bereich Wirtschaft: 3,4 Mio. € (inv.), Bereich Arbeit: 0,6 Mio. €. (kons.), Ressort Bildung, Wissenschaft und Gesundheit: 0,3 Mio. € (kons.) und 0,07 Mio. € (inv.),
Ressort Bau, Umwelt und Verkehr: 0,5 Mio. € (inv.),
EFRE-Mittel der Bescheinigungsbehörde: 3,7 Mio. € (inv.).

Mit der 2. Zahlungsanforderung an die EU werden bis zum Jahresende voraussichtlich insgesamt weitere 9,5 Mio. € EFRE-Einnahmen mit folgender Aufteilung auf die Ressorts erwartet:

Bereich Wirtschaft: 2,9 Mio. € (inv.), Bereich Arbeit: 0,04 Mio. €. (kons.),
Ressort Bildung, Wissenschaft und Gesundheit: 2,9 Mio. € (kons. u. inv.), Ressort Bau, Umwelt und Verkehr: 2,0 Mio. € (inv.), Bremerhaven: 1,7 Mio. € (kons. u. inv.).

Bei dem EU-Programm Ziel-2 sind aufgrund der Schlussabrechnung des Programms Mehreinnahmen i. H. v. 5,6 Mio. € eingegangen.

Von diesem Betrag sind 1,1 Mio. € an das Ressort Umwelt, Bau und Verkehr weitergeleitet worden. Zur Abdeckung des bestehenden Verlustvortrages wird ein Betrag von 1,2 Mio. € herangezogen, so dass sich als Mehreinnahme für den Bereich Wirtschaft ein Betrag von 3,3 Mio. € ergibt. Davon sollen zum Ausgleich von Personalmehrausgaben 0,5 Mio. € im Produktplan 81 und 0,9 Mio. € im Produktplan 71 herangezogen werden.

Personaldaten

Es werden zum Jahresende Mehrausgaben in Höhe von rd. 0,9 Mio. € erwartet. In dieser Betrachtung ist das Budget für refinanziertes Personal ausgeglichen.

Zur Finanzierung des Defizits stehen bereits erzielte Mehreinnahmen zur Verfügung.

Ursächlich für die Mehrausgaben ist eine jahresdurchschnittliche Überschreitung der Beschäftigungszielzahl um rd. 11,3 VZE. Nach Aussage des Ressorts ist der Überhang aufgrund mangelnder Fluktuation nicht abbaubar.

Ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich (siehe auch B.2.3 Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Haushalte 2012).

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 02.11.2012




Leistungsdaten

Die Planwerte für die Neuschaffung von Arbeitsplätzen konnten im Berichtszeitraum nicht erreicht werden. Dem gegenüber konnte das Ziel der Arbeitsplatzsicherung als Schwerpunkt weit über den Planwerten erfüllt werden.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Umsetzung des Personalkonzeptes. Dazu wird der Haushalts- und Finanzausschuss am 16.11.2012 in einer gesonderten Vorlage befasst.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Wirtschaft	71	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 89	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012				Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	1.912	1.397	515	36,9	3.272	3.805	2.544	-1.261	3.282
investive Einnahmen	17.714	14.600	3.114	21,3	21.929	29.503	30.169	666	23.138
relevante Verrech./Erstatt.	149	0	149	0,0	149	165	165	0	0
Gesamteinnahmen	19.774	15.997	3.777	23,6	25.350	33.473	32.878	-595	26.420
Personalausgaben	5.245	4.448	797	17,9	6.047	6.503	7.296	793	5.726
konsumtive Ausgaben	21.551	19.570	1.981	10,1	29.534	30.271	29.157	-1.114	30.249
Zinsausgaben	828	1.800	-972	-54,0	2.445	2.445	2.544	99	2.445
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	42.422	46.549	-4.127	-8,9	99.675	102.595	85.269	-17.326	85.049
relevante Verrech./Erstatt.	3.075	0	3.075	0,0	4.192	5.330	5.330	0	0
Gesamtausgaben	73.120	72.367	753	1,0	141.893	147.144	129.596	-17.548	123.470
Saldo	-53.346	-56.370	3.024	-5,4	-116.543	-113.671	-96.718	16.953	-97.050

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	10.920	7.765	5.836	2.550	1.839	417	12.217
- investiv	55.461	39.800	28.513	17.415	30.838		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	1.634	1.226	705	1.383		

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	480	418	62	4.328	3.777	551	5.915	5.177	738
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	480	418	62	4.328	3.777	551	5.915	5.177	738
Refinanzierte	96	59	37	866	529	337	1.178	721	457
Nebentitel	2	3	-1	51	142	-91	57	148	-91
Insgesamt	578	480	98	5.245	4.448	797	7.150	6.046	1.104
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	1	-1	31	126	-95	34	130	-96
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	100,5	88,6	11,9	100,3	89,3	11,0	100,3	89,0	11,3
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	100,5	88,6	11,9	100,3	89,3	11,0	100,3	89,0	11,3
Refinanzierte	19,9	-	-	19,6	-	-	19,7	-	-
Abwesende	8,3	-	-	8,9	-	-	8,7	-	-

Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,3	22,5	6,2
Beschäftigte über 55 Jahre	25,2	17,5	26,2
Frauenquote	54,6	50,0	54,5
Teilzeitquote	30,1	35,0	29,7
Schwerbehindertenquote	6,4	6,0	6,4




Produktplan: Wirtschaft	71	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 89	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Ist-Planabweichungen:			
<p>Die für den Berichtszeitraum ausgewiesenen Ist-Planwertabweichungen ergeben sich aus unterjährigen Veränderungen gegenüber den Anschlägen (die Planwerte werden nur aus den Anschlägen entwickelt und berücksichtigen solche Veränderungen nicht). Die nachstehenden Erläuterungen beziehen sich jeweils auf die Jahresplanung.</p>			
Konsumtive und investive Einnahmen:			
<p>Neben den Einnahmen zum EU-Programm EFRE für den Bereich Wirtschaft wurden auch die Einnahmen für andere Ressorts nach Vorgabe der EU zentral im Bereich 71.01 veranschlagt. Entstehende Mehr- oder Mindereinnahmen bei dem EU-Programm werden im Haushalt des Bereiches Wirtschaft bzw. den Haushalten der anderen Ressorts im Rahmen des Jahresabschlusses als Rücklage oder Verlustvortrag gebucht.</p>			
<p>Aus der 1. Zahlung der EU-Kommission zum Programm EFRE resultieren folgende Einnahmen: Bereich Wirtschaft: 3,4 Mio. Euro (inv.), Bereich Arbeit: 0,6 Mio. Euro. (kons.), Ressort Bildung, Wissenschaft und Gesundheit: 0,3 Mio. Euro (kons.) und 0,07 Mio. Euro (inv.), Ressort Bau, Umwelt und Verkehr: 0,5 Mio. Euro (inv.), EFRE-Mittel der Bescheinigungsbehörde: 3,7 Mio. Euro (inv.).</p>			
<p>Mit der 2. Zahlungsanforderung an die EU werden bis zum Jahresende voraussichtlich insgesamt weitere 9,5 Mio. Euro EFRE-Einnahmen eingehen mit folgender Aufteilung auf die Ressorts: Bereich Wirtschaft: 2,9 Mio. Euro (inv.), Bereich Arbeit: 0,04 Mio. Euro. (kons.), Ressort Bildung, Wissenschaft und Gesundheit: 2,9 Mio. Euro (kons. u. inv.), Ressort Bau, Umwelt und Verkehr: 2,0 Mio. Euro (inv.), Bremerhaven: 1,7 Mio. Euro (kons. u. inv.).</p>			
<p>Bei dem EU-Programm Ziel-2 sind aufgrund der Schlussabrechnung des Programms Mehreinnahmen i. H. v. 5,6 Mio. Euro eingegangen. Von diesem Betrag sind 1,1 Mio. Euro an das Ressort Umwelt, Bau und Verkehr weitergeleitet worden. Weiterhin wird zur Abdeckung des bestehenden Verlustvortrages ein Betrag von 1,2 Mio. Euro herangezogen, so dass sich als Mehreinnahme für den Bereich Wirtschaft ein Betrag von 3,3 Mio. Euro ergibt.</p>			
<p>Der veranschlagte Betrag der Kostenerstattung von Bremerhaven (3,7 Mio. Euro) ist bereits vollständig eingegangen.</p>			
Personalausgaben:			
<p>Die Personaldaten aus dem Datenbankprogramm PuMa weisen im voraussichtlichen Jahresergebnis eine Budgetüberschreitung i. H. v. 1,1 Mio. Euro aus. In Höhe von 0,4 Mio. Euro wird die Überschreitung bis zum Jahresende durch Refinanzierungen und Nebentitel ausgeglichen. Für den Kernbereich verbleibt eine Überschreitung der Personalkosten i. H. v. 0,7 Mio. Euro. In der Hochrechnung des Ressorts wird aufgrund weiterer zu erwartender Veränderungen bis zum Jahresende mit weiteren Mehrausgaben i. H. v. 0,18 Mio. Euro gerechnet, weil die vorgesehenen Stelleneinsparungen aufgrund zu geringer Fluktuation voraussichtlich nicht erbracht werden können. Zum Ausgleich dieser Mehrausgaben von insgesamt 0,9 Mio. Euro sollen bereits erzielte Mehreinnahmen bei dem EU-Programm Ziel-2 herangezogen werden.</p>			
Konsumtive und investive Ausgaben:			
<p>Die Differenz zwischen dem voraussichtlichen Soll und dem voraussichtlichen Ist ergibt sich aus der Begrenzung der Ausgaben auf den Finanzierungssaldo.</p>			
Verrechnungen:			
<p>Bei Projekten mit einer Gemeinschaftsfinanzierung durch mehrere Ressorts werden die benötigten Mittel zu Lasten der Ausgabeanschlüsse als Verrechnung gebucht. Dies kann bei der Aufstellung der Haushalte grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.</p>			

Produktplan: Wirtschaft	71	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 89	Seite 3
<p>Produktplanbezogener Finanzierungssaldo:</p> <p>Der negative Finanzierungssaldo i. H. v. 97,05 Mio. Euro wird zum Jahresende aus haushaltstechnischen Gründen voraussichtlich im Umfang von zusammengefasst 5,5 Mio. Euro unterschritten:</p> <p>Die Minderausgaben (9,5 Mio. Euro) resultieren im Umfang von rd. 5,3 Mio. Euro aus Zahlungen an andere Ressorts, die im Wege der Verrechnung geleistet werden sollen. In Höhe von 1,0 Mio. Euro sind konsumtive Mittel i.S. Citytax aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts gesperrt. Weiterhin ist die Unterschreitung i. H. v. 1,2 Mio. Euro darauf zurückzuführen, dass der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit im Wege der Nachbewilligung Mittel für die Projekte MeVis Research (1,0 Mio. Euro) und DFKI (0,2 Mio. Euro) bereitgestellt werden sollen. Für die Prüfung der Rekommunalisierung der Energienetze werden dem Produktplan 91 Mittel in Höhe von 0,3 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Zur Abdeckung der Personalmehrausgaben im Produktplan 81 sollen 0,5 Mio. Euro aus den Mehreinnahmen des EU-Programms Ziel-2 verwendet werden. In Höhe von 1,2 Mio. Euro werden EU-Mehreinnahmen des Programms Ziel-2 zur Abdeckung des bestehenden Verlustvortrages herangezogen.</p> <p>In Höhe von voraussichtlich 4,0 Mio. Euro sollen Ausgaben über den Finanzierungssaldo hinaus geleistet werden. Es handelt sich um zusätzliche Mittel, die das Wirtschaftsressort vom Senator für Kultur für das Deutsche Schifffahrtsmuseum in Bremerhaven erhält (1,0 Mio. Euro). Außerdem werden dem Ressort von der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit Mittel für die Jacobs University Bremen i. H. v. 0,8 Mio. Euro bereitgestellt. Bei dem EU-Programm EFRE werden voraussichtlich 1,7 Mio. Euro an veranschlagten Einnahmen und Mehreinnahmen für Bremerhaven eingehen, die zu Mehrausgaben führen. Aus der Vereinnahmung von Mehreinnahmen sollen Mehrausgaben i. H. v. voraussichtlich 0,3 Mio. Euro, insbesondere für die BID-Innovationsbereiche, getätigt werden. Weitere Ausgaben i.H.v. 0,17 Mio. Euro werden durch Minderausgaben bei anderen Ressorts ausgeglichen.</p> <p>Verlustvortrag:</p> <p>Der Verlustvortrag hat sich in den Vorjahren aus nicht realisierten Einnahmen bei den EU-Einnahmen ergeben. Er wird sich zum Jahresende voraussichtlich um 4,7 Mio. Euro erhöhen. Ein Ausgleich erfolgt im Rahmen der Programmlaufzeit.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 81 Häfen	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kommentar:			
<p><u>Finanzdaten</u> Der Finanzierungssaldo i.H.v. 127,7 Mio. € wird zum Jahresende aus haushaltstechnischen Gründen voraussichtlich im Umfang von insgesamt 1,2 Mio. € unterschritten.</p> <p>Bis zum Jahresende sind Zahlungen an die Senatorin für Finanzen zu leisten, die voraussichtlich im Wege der Nachbewilligung erfolgen. Dabei handelt es sich um den Anteil der Ressortmittel am UVI-Programm Offshore-Terminal Luneort i. H. v. 1,6 Mio. €. Zahlungen an andere Ressorts werden im Wege der Verrechnung (0,1 Mio. €) geleitet. In Höhe von 0,5 Mio. € sind Personalmehrausgaben entstanden. Der Ausgleich dieser Mehrausgaben soll vorbehaltlich der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses durch erzielte Mehreinnahmen des EU-Programms Ziel-2 aus dem Produktplan 71 herangezogen werden soll.</p> <p><u>Personaldaten</u> Es werden zum Jahresende Mehrausgaben in Höhe von rd. 0,5 Mio. € erwartet. In dieser Betrachtung ist das Budget für refinanziertes Personal ausgeglichen. Zur Finanzierung des Defizits stehen bereits erzielte Mehreinnahmen des Produktplan 71 zur Verfügung. Ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich (siehe auch B.2.3 Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Haushalte 2012).</p> <p><u>Leistungsdaten</u> Die Hafenumschlagzahlen liegen in Bremerhaven im Berichtszeitraum deutlich über den Planwerten. Obwohl Bremen leicht hinter dem Niveau zurückfällt, liegen die Werte im Saldo insgesamt über dem Plan. Eine positive Entwicklung ist auch bei den Hafengebühren abzuleiten.</p>			
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:			
Umsetzung des Personalkonzeptes. Dazu wird der Haushalts- und Finanzausschuss am 16.11.2012 in einer gesonderten Vorlage befasst.			

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Häfen	81	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 89	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012				Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	1.582	1.420	162	11,4	1.742	2.269	2.132	-137	2.255
investive Einnahmen	10.737	10.737	0	0,0	10.737	10.737	10.737	0	10.737
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	12.319	12.157	162	1,3	12.479	13.006	12.869	-137	12.992
Personalausgaben	5.542	4.892	650	13,3	6.825	7.323	7.781	458	7.024
konsumtive Ausgaben	29.162	19.500	9.662	49,6	33.010	33.090	32.375	-715	32.436
Zinsausgaben	20.075	14.700	5.375	36,6	29.336	29.336	29.336	0	29.336
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	25.618	50.333	-24.715	-49,1	71.614	74.683	69.841	-4.842	71.852
relevante Verrech./Erstatt.	61	19	42	221,6	61	79	79	0	19
Gesamtausgaben	80.458	89.444	-8.986	-10,1	140.847	144.511	139.412	-5.099	140.667
Saldo	-68.139	-77.287	9.148	-11,8	-128.368	-131.505	-126.543	4.962	-127.674

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	25	0	0	0	2.553	0
- investiv	10.674	39.074	38.269	28.091	493.284		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	18.126	16.940	16.219	99.048		

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	512	475	37	4.590	4.302	288	6.363	5.984	379
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	512	475	37	4.590	4.302	288	6.363	5.984	379
Refinanzierte	54	47	7	456	424	32	643	629	14
Nebentitel	45	22	23	497	166	331	651	211	440
Insgesamt	611	544	67	5.543	4.892	651	7.657	6.824	833
- dar.: Beihilfe/Nachvers	10	22	-12	155	160	-5	194	200	-6
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	113,1	106,5	6,6	112,5	107,5	5,0	112,6	107,1	5,5
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	113,1	106,5	6,6	112,5	107,5	5,0	112,6	107,1	5,5
Refinanzierte	11,5	-	-	10,6	-	-	10,9	-	-
Abwesende	2,0	-	-	3,4	-	-	3,1	-	-




Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,0	22,5	3,7
Beschäftigte über 55 Jahre	29,9	17,5	30,7
Frauenquote	22,4	50,0	22,6
Teilzeitquote	14,2	35,0	13,1
Schwerbehindertenquote	10,5	6,0	10,5

Produktplan: Häfen	81	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 89	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>Ist-Planabweichungen:</p> <p>Die für den Berichtszeitraum ausgewiesenen Ist-Planwertabweichungen ergeben sich aus unterjährigen Veränderungen gegenüber den Anschlägen (die Planwerte werden nur aus den Anschlägen entwickelt und berücksichtigen solche Veränderungen nicht). Die nachstehenden Erläuterungen beziehen sich jeweils auf die Jahresplanung.</p> <p>Personalausgaben:</p> <p>Die Personaldaten aus dem Datenbankprogramm PuMa weisen im voraussichtlichen Jahresergebnis eine Budgetüberschreitung i. H. v. 0,8 Mio. Euro aus. In Höhe von 0,4 Mio. Euro wird die Überschreitung bis zum Jahresende durch Refinanzierungen und Nebentitel ausgeglichen. Für den Kernbereich verbleibt eine Überschreitung der Personalkosten i. H. v. 0,4 Mio. Euro. In der Hochrechnung des Ressorts wird aufgrund weiterer zu erwartender Veränderungen bis zum Jahresende mit weiteren Mehrausgaben i. H. v. 0,08 Mio. Euro gerechnet, weil die vorgesehenen Stelleneinsparungen aufgrund zu geringer Fluktuation voraussichtlich nicht erbracht werden können. Zum Ausgleich dieser Mehrausgaben von insgesamt 0,5 Mio. Euro sollen bereits erzielte Mehreinnahmen des Produktplans 71 herangezogen werden.</p> <p>Konsumtive und investive Ausgaben:</p> <p>Die Differenz zwischen dem voraussichtlichen Soll und dem voraussichtlichen Ist ergibt sich aus der Begrenzung der Ausgaben auf den Finanzierungssaldo.</p> <p>Produktplanbezogener Finanzierungssaldo:</p> <p>Der negative Finanzierungssaldo i. H. v. 127,7 Mio. Euro wird zum Jahresende aus haushaltstechnischen Gründen voraussichtlich im Umfang von zusammengefasst 1,2 Mio. Euro unterschritten:</p> <p>Die Minderausgaben (1,7 Mio. Euro) sind insbesondere darauf zurückzuführen, dass der Senatorin für Finanzen im Wege der Nachbewilligung Mittel für das Offshore-Terminal Luneort i. H. v. 1,6 Mio. Euro bereitgestellt werden sollen. Aus Zahlungen an andere Ressorts, die im Wege der Verrechnung geleistet werden, resultieren voraussichtliche Minderausgaben i. H. v. 0,1 Mio. Euro.</p> <p>In Höhe von 0,5 Mio. Euro werden voraussichtlich Ausgaben über den Finanzierungssaldo hinaus geleistet, da zum Ausgleich der Personalmehrausgaben aus dem Produktplan 71 ein Betrag von 0,5 Mio. Euro aus den Mehreinnahmen des EU-Programms Ziel-2 herangezogen werden soll. Der Finanzierungssaldo des Produktplans 71 wird entsprechend reduziert.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 91 Finanzen/Personal	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
		Nicht gefährdet
Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kommentar:		
<p><u>Finanzdaten</u> Das Ressortbudget wird eingehalten bzw. nach gegenwärtigem Stand um ca. 2 Mio. € unterschritten. Der Finanzierungssaldo, der unter Berücksichtigung diverser produktplanübergreifender Mittelverlagerungen aktuell -79,8 Mio. € beträgt wird voraussichtlich um ca. 1,7 Mio. € unterschritten. Das vom Ressort aufgezeigte zu Lasten des PPL 91 bestehende Risiko im PPL 96 bei den an Dataport zu zahlenden Entgelten für die IT-Verfahren im Steuerbereich soll durch Reste und Rücklagen im Senatorinnenbudget gedeckt werden (hierzu Hinweis auf die entsprechende Vorlage für die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 16.11.2012).</p> <p><u>Personaldaten</u> Bei den Personalausgaben (ohne Beihilfe und Nachversicherungen) werden voraussichtliche Minderausgaben zum Jahresende in Höhe von rd. 1,69 Mio. € ausgewiesen. Unter Berücksichtigung von Restfluktuation, einer Sollerhöhung aus dem Produktplan 96, der Übernahme von Auszubildenden, der noch zu erfolgenden Ausgleiche der AH Konten für ATZ Fälle und Sollanpassungen beim refinanziert beschäftigten Personal wird insgesamt eine Minderausgabe zum Jahresende in Höhe von rd. 1,760 Mio. € zu erwarten sein.</p> <p>Das Beschäftigungssoll wird voraussichtlich um rd. 13 VZE unterschritten werden.</p> <p><u>Leistungsdaten</u> Die Leistungsziele wurden insgesamt weitestgehend erreicht. Im Bereich der Steuerverwaltung konnten die Ziele bezüglich des Veranlagungsstandes bei der Einkommensteuer für das Vorjahr (wieder) annähernd erreicht werden.</p>		
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:		
Kein Handlungsbedarf.		

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 91 Finanzen / Personal					Controlling 01-09/12 06.11.2012				
Verantwortlich: Senatorin Linnert					Version: 89		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten:			Einhaltung Personaldaten:			Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:			
									
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012					Jahresplanung 2012			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	10.857	7.094	3.763	53,1	10.988	14.000	14.549	549	10.007
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	7	0	7	0,0	7	7	7	0	0
Gesamteinnahmen	10.865	7.094	3.771	53,2	10.996	14.007	14.556	549	10.007
Personalausgaben	53.868	55.693	-1.825	-3,3	75.212	75.153	73.315	-1.838	72.380
konsumtive Ausgaben	13.717	13.425	292	2,2	17.236	18.280	18.721	441	15.814
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	418	382	36	9,5	549	548	500	-48	466
relevante Verrech./Erstatt.	75	6	69	1.149,8	39	75	75	0	6
Gesamtausgaben	68.079	69.506	-1.427	-2,1	93.035	94.056	92.611	-1.445	88.665
Saldo	-57.214	-62.412	5.198	-8,3	-82.040	-80.049	-78.055	1.994	-78.658
Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.		
	2012	2013	2014	2015	2016ff			Tsd. EUR	
	Tsd. EUR					Tsd. EUR			
- konsumtiv	0	0	0	0	0	2.732	0		
- investiv	83	83	83	83	664				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0				
Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich	4.457	4.542	-85	40.694	40.974	-280	55.278	55.891	-613
Personalverstärkung	5	5	0	43	41	2	61	59	2
Ausbildung	828	716	112	6.349	7.625	-1.276	8.906	9.958	-1.052
Zwischensumme	5.290	5.263	27	47.086	48.640	-1.554	64.245	65.908	-1.663
Refinanzierte	494	478	16	4.388	4.305	83	5.941	5.838	103
Nebentitel	126	187	-61	2.394	2.748	-354	3.129	3.466	-337
Insgesamt	5.910	5.928	-18	53.868	55.693	-1.825	73.315	75.212	-1.897
- dar.: Beihilfe/Nachvers	79	136	-57	1.855	2.121	-266	2.436	2.648	-212
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich	1.197,0	1.210,8	-13,8	1.195,0	1.218,3	-23,3	1.195,5	1.215,5	-20,0
Personalverstärkung	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0
Ausbildung	690,9	475,7	215,2	614,9	518,3	96,6	633,9	509,0	124,9
Zusammen	1.888,9	1.687,5	201,4	1.810,9	1.737,6	73,3	1.830,4	1.725,5	104,9
Refinanzierte	113,0	-	-	117,2	-	-	116,2	-	-
Abwesende	68,3	-	-	72,0	-	-	71,1	-	-
Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011						
	Ist	Planwert	Ist	%					
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten									
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0						
Beschäftigte bis 35 Jahre	9,2	22,5	8,8						
Beschäftigte über 55 Jahre	31,1	17,5	30,5						
Frauenquote	54,5	50,0	54,3						
Teilzeitquote	30,8	35,0	30,7						
Schwerbehindertenquote	12,1	6,0	11,7						

Produktplan: 91	Controlling 01-09/2012
Finanzen / Personal	30.10.2012
Verantwortlich: Frau Senatorin Linnert	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Vorausschauende Planung über den gesamten Konsolidierungszeitraum bis 2020

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Einhaltung des Konsolidierungspfades bis 2020 erfordert nach aktuellem Kenntnis- und Berechnungsstand – selbst bei Einhaltung der derzeitigen Planwerte bis 2016 – weitere jährliche Abbauschritte des Strukturellen Finanzierungssaldos in Höhe von 125,35 Mio. € (bezogen auf den Stadtstaat Bremen). Nach den bisherigen Ist-Ergebnissen und den aktuellen Haushaltsanschlägen 2012/2013 werden die zulässigen Obergrenzen der haushaltsmäßigen Nettokreditaufnahme sicher eingehalten; große Unsicherheiten der zugrundeliegenden Projektionen sowie bereits bekannte Mehrbelastungen können im weiteren Verlauf allerdings ggf. entsprechende Korrekturmaßnahmen erfordern.

Sicherstellung der Personalhaushalte

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Einhaltung der Personalhaushalte wird über das Produktbereichscontrolling sichergestellt. Dabei werden die Ressorts auf Risiken hingewiesen und ggf. Maßnahmen eingeleitet.

B. Leistungskennzahlen




Kennzahlen	IST (Tsd. EUR)	Planwert (Tsd. EUR)	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert (Tsd. EUR)
			abs. (Tsd. EUR)	%	
Finanzierungssaldo** [Tsd. €]	-446.979	-557.781	110.802	-19,9%	-787.928
Zinsausgabenanschläge [Tsd. €]	433.609	450.000	-16.391	-3,6%	622.700
Durchschnittliche Verzinsung Schuldenstand* **** [%]			0		
Steuerklärungs-Eingang Est-Vorjahr * [%]	62,6%	63,0%	-0,40	-0,6%	77,00%
Veranlagungsstand Est-Vorjahr * *** [%]	50,1%	51,0%	-0,90	-1,8%	68,00%
			0		
			0		
			0		
			0		
			0		

* bei Einheit "%" in Prozentpunkten **bereinigt um die Konsolidierungshilfen *** Erläuterung siehe Planblatt Seite 2 ****Auswertung nach Jahresabschluss

Produktplan: 91 Finanzen / Personal	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich: Senatorin Linnert	Version: 89	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>3.1 Kamerale Finanzdaten Die Ist-Planwert-Abweichung bei den konsumtiven Einnahmen (3.763 T Euro) basiert im Wesentlichen auf nicht veranschlagten Personalkostenerstattungen und erhöhten Einnahmen für die Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT).</p> <p>Zum Jahresende ist bei den konsumtiven Einnahmen mit Mehreinnahmen von rd. 549 T Euro zu rechnen, die zum Teil zur Deckung zwingend notwendiger Mehrausgaben bei den konsumtiven Sachausgaben herangezogen werden müssen.</p> <p>Die zur Verfügung stehenden investiven Ausgabemittel werden voraussichtlich ausreichen, um zwingend notwendige Maßnahmen zu finanzieren.</p> <p>3.2 Personaldaten Nach dem Controlling-Bericht wird zum Jahresende die Personalzielzahl für den Kernbereich (ohne Ausbildung) um voraussichtlich 20,0 Vollzeitkräfte (VK) unterschritten.</p> <p>3.3) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos 2012 Der Finanzierungssaldo für den PPL 91 ist nach diversen Mittelverlagerungen von -78,7 Mio Euro auf -79,8 Mio Euro erhöht worden und wird voraussichtlich eingehalten.</p> <p>Ein finanzielles Gesamtrisiko von 826 T Euro besteht im PPL 96 zu Lasten des PPL 91 bei den an Dataport zu zahlenden Entgelten für die IT-Verfahren im Steuerbereich, das durch Reste und Rücklagen im Budget der Senatorin für Finanzen gedeckt werden soll (siehe Vorlage für die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 16.11.2012).</p> <p>Die Unterschreitung des jahresanteiligen Planwertes des strukturellen Finanzierungsdefizits von ca. 111 Mio. Euro beruht in hohem Maße auf überplanmäßigen Finanzausgleichs-Einnahmen sowie unterplanmäßigen Investitionsausgaben. Beim Finanzausgleich ist u. a. aufgrund der noch fehlenden Abrechnung des 3. Quartals aus heutiger Sicht nicht absehbar, inwieweit die Einnahmen bis zum Jahresende fortzuschreiben sind. Bei den Investitionsausgaben ist davon auszugehen, dass bis zum Jahresende eine weitgehende Planwertannäherung stattfindet.</p> <p>Die Ziele bezüglich des Veranlagungsstandes konnten diesmal bei der Einkommensteuer für das Vorjahr (wieder) annähernd erreicht werden.</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 92 Allgemeine Finanzen	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kommentar:			
<u>Finanzdaten</u>			
A) Budgeteinhaltung:			
Der PPL 92 wird sein Budget einhalten bzw. erheblich unterschreiten, da im Zusammenhang mit der in 2010 erfolgten Übernahme eines Darlehens von der BVG mbH in diesem Haushaltsjahr ein geringerer Verlustausgleich der BVG mbH erforderlich ist. Dies führt zu voraussichtlichen konsumtiven Minderausgaben i.H.v. rd. 13 Mio. €, die -soweit erforderlich- vom PPL 93 "Zentrale Finanzen" vorrangig zur Deckung des durch die Schuldübernahme entstehenden Zinsaufwands einzusetzen sind.			
B) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos:			
Unter Berücksichtigung			
a) der mit der Dezentralisierung global/zentral veranschlagter Personalausgaben und Personalkostenzuschüsse einhergehenden Verlagerung entsprechender Liquidität zu Gunsten anderer Produktpläne			
b) der vom PPL 68 in Höhe des Verlustes der BSAG für den Verlustausgleich der BVG mbH dem PPL 92 zur Verfügung zu stellenden Liquidität			
c) diverser Mittelverlagerungen (+/-)			
d) der Reste-/Rücklageninanspruchnahme im Produktbereich 92.02			
wird der PPL 92 den für ihn zulässigen Finanzierungssaldo einhalten bzw. unterschreiten.			
<u>Personaldaten</u>			
Bei den Personalausgaben werden im voraussichtlichen Jahresergebnis Minderausgaben in Höhe von rd. 1,6 Mio. € ausgewiesen.			
Bereinigt um die haushaltsmäßig nicht finanzierten Vorjahresreste (5,1 Mio. €) wird bei den Personalausgaben zum Jahresende jedoch ein Defizit von rd. 3,5 Mio. € erwartet. Dieses Defizit soll durch Minderausgaben bei den dezentral veranschlagten Beihilfen/Nachversicherungen, Minderausgaben bei den Ausbildungsmitteln im PPL 91 und durch vom Produktbereich 92.01 mit Liquidität unterlegten Entnahmen aus der Personalarücklage bzw. durch genutzte Haushaltsreste kompensiert werden.			
<u>Leistungsdaten</u>			
Es gibt derzeit keine Anzeichen, dass die Leistungskennzahlen nicht erfüllt werden.			
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:			
Kein Handlungsbedarf.			

Produktplan: Allgemeine Finanzen	92	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 89	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012				Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	90.974	80.342	10.632	13,2	113.419	126.879	125.692	-1.187	117.767
investive Einnahmen	2	0	2	0,0	0	0	2	2	0
relevante Verrech./Erstatt.	49.873	39.002	10.871	27,9	49.873	54.004	54.004	0	240
Gesamteinnahmen	140.848	119.344	21.504	18,0	163.292	180.883	179.698	-1.185	118.007
Personalausgaben	301.431	304.681	-3.250	-1,1	403.881	410.326	408.699	-1.627	411.740
konsumtive Ausgaben	85.558	93.893	-8.335	-8,9	116.552	122.962	110.532	-12.430	73.903
Zinsausgaben	38	0	38	0,0	38	38	38	0	38
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	34.337	31.489	2.848	9,0	38.900	39.546	38.253	-1.293	25.095
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	3.068	3.068	3.068	0	3.068
Gesamtausgaben	421.364	430.063	-8.699	-2,0	562.439	575.940	560.590	-15.350	513.844
Saldo	-280.516	-310.719	30.203	-9,7	-399.147	-395.057	-380.892	14.165	-395.837

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	0	0
- investiv	28.711	14.532	7.412	1.536	1.802		
- Zins-/Tilgungsausgaben	38	38	38	38	558		

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	576	608	-32	4.831	5.449	-618	6.766	7.572	-806
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	576	608	-32	4.831	5.449	-618	6.766	7.572	-806
Refinanzierte	5	5	0	32	47	-15	47	65	-18
Nebentitel	31.095	31.654	-559	296.568	299.185	-2.617	399.299	396.243	3.056
Insgesamt	31.676	32.267	-591	301.431	304.681	-3.250	406.112	403.880	2.232
- dar.: Beihilfe/Nachvers	5	219	-214	112	1.974	-1.862	143	2.633	-2.490
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	169,2	183,7	-14,5	160,4	184,4	-24,0	162,6	184,2	-21,6
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	169,2	183,7	-14,5	160,4	184,4	-24,0	162,6	184,2	-21,6
Refinanzierte	1,2	-	-	1,2	-	-	1,2	-	-
Abwesende	14,4	-	-	17,7	-	-	16,8	-	-

Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

Produktplan: 92 Allgemeine Finanzen	Controlling 01-09/2012
Verantwortlich: Lühr	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Absicherung der Versorgungslasten durch Aufbau einer Rücklage für Versorgungsvorsorge (Anstalt für Versorgungsvorsorge)

Sachstand/Analyse/Bewertung

Der Kapitalstock der Anstalt für Versorgungsvorsorge beträgt zum 30.09.2012 inkl. liquider Mittel rd. 308 Mio. €. Aus dem Haushalt 2012 sind zum 30.09.2012 rd. 12,3 Mio. € an die Anstalt für Versorgungsvorsorge abgeführt worden.

Finanzielle Absicherung von Tarif- und Struktureffekten sowie künftiger Ausbildungsjahrgänge

Sachstand/Analyse/Bewertung

In den ersten drei Quartalen 2012 wurden zentral veranschlagte Ausbildungsmittel in Höhe von rd. 775 Tsd. € in die Ressortbudgets verlagert.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2012
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Einnahmen aus Konzessionsabgaben (T€)	28.667	28.283	384	1,4	37.710
Vom SVIT, Eigenkapitalverzinsung (T€)	22.500	22.500	0	0,0	31.694
Gewinne aus Beteiligungen (T€)	2.658	2.487	171	6,9	12.488
Versorgungsbezüge (OGrp. 43) -T€	262.247	256.452	5.795	2,3	355.070
Beihilfen Versorgungsempfänger (Grp. 446) -T€	27.303	26.021	1.282	4,9	32.091
Globale Mehrausgaben für (konsumtive) Personalkostenzuschüsse (Tarifeffekte) -T€	0	0	0	0,0	3.937
An SVIT für Sanierungsinvestitionen	21.509	19.425	2.084	5,9	24.473

* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan:	92	Controlling 01-09/12	
Allgemeine Finanzen		06.11.2012	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 89	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
<p>Die Einschätzungen zur Budgeteinhaltung, zur Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos und zu den Leistungskennzahlen stellen sich für den PPL 92 "Allgemeine Finanzen" wie folgt dar:</p>			
<p>A) Budgeteinhaltung Der PPL 92 wird sein Budget einhalten bzw. voraussichtlich i.H.v. ca. 14 Mio. Euro unterschreiten. Diese Unterschreitung entsteht hauptsächlich dadurch, dass im Zusammenhang mit der in 2010 erfolgten Übernahme eines Darlehens von der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH (BVG mbH) in diesem Haushaltsjahr ein geringerer Verlustausgleich der BVG mbH erforderlich ist. Dies führt zu voraussichtlichen konsumtiven Minderausgaben i.H.v. rd. 13 Mio. Euro, die - soweit erforderlich - vom Produktplan 93 "Zentrale Finanzen" vorrangig zur Deckung des durch die Schuldübernahme entstehenden Zinsaufwands einzusetzen sind.</p> <p>Die Realisierung der i.H.v. 31,694 Mio. Euro veranschlagten Eigenkapitalverzinsung durch die Sondervermögen Immobilien und Technik ist abhängig davon, dass die in Ressorthaushalten veranschlagten Echtmieten/-pachten in entsprechender Höhe an die Sondervermögen Immobilien und Technik gezahlt werden. Zulässige Mietminderausgaben im Zusammenhang mit von den Ressorts aufgegebenen Standorten führen zwangsläufig zu einer Reduzierung der Eigenkapitalverzinsung durch die Sondervermögen Immobilien und Technik und damit zu Mindereinnahmen im PPL 92. Gemäß aktueller Prognose wird die veranschlagte Eigenkapitalverzinsung (31,694 Mio. Euro) i.H.v. rd. 0,2 Mio. Euro nicht realisiert. Eine Kompensation ist innerhalb des PPL 92 durch konsumtive Minderausgaben möglich.</p> <p>Für Tarifeffekte bei den Personalkostenzuschüssen sind zentral im Produktbereich 92.01 globale Mehrausgaben i.H.v. 3,937 Mio. Euro veranschlagt. Die haushaltstechnische Umsetzung dieser Mittel durch Nachbewilligung auf die betroffenen Produktpläne zur Finanzierung des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst der Kommunen (TVöD) einhergehend mit einer entsprechenden Liquiditätsverlagerung ist bereits erfolgt.</p> <p>Bei den Personalausgaben werden im voraussichtlichen Jahresergebnis Minderausgaben in Höhe von rd. 1,6 Mio. Euro ausgewiesen. Bereinigt um die haushaltsmäßig nicht finanzierten Vorjahresreste (5,1 Mio. Euro) wird bei den Personalausgaben zum Jahresende jedoch ein Defizit von rd. 3,5 Mio. Euro erwartet. Dieses Defizit soll durch Minderausgaben bei den dezentral veranschlagten Beihilfen/Nachversicherungen, Minderausgaben bei den Ausbildungsmitteln im PPL 91 und durch vom Produktbereich 92.01 mit Liquidität unterlegte Entnahmen aus der Personalrücklage bzw. genutzte Haushaltsreste kompensiert werden.</p>			
<p>B) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos Unter Berücksichtigung insbesondere</p> <p>a) der mit der Dezentralisierung global/zentral veranschlagter Personalausgaben und Personalkostenzuschüsse einhergehenden Verlagerung entsprechender Liquidität zu Gunsten anderer Produktpläne b) der vom Produktplan 68 "Umwelt, Bau und Verkehr" in Höhe des Verlustes der BSAG für den Verlustausgleich der BVG mbH zur Verfügung zu stellenden Liquidität c) der Reste-/Rücklageninanspruchnahmen im Produktbereich 92.02</p> <p>wird der Produktplan 92 "Allgemeine Finanzen" den für ihn zulässigen Finanzierungssaldo voraussichtlich einhalten können.</p>			
<p>C) Leistungskennzahlen Es gibt derzeit keine Anzeichen, dass die Leistungskennzahlen nicht erfüllt werden.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20 02.11.2012

PRODUKTPLAN 93 Zentrale Finanzen	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
		Nicht gefährdet
Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Personal:	n.e.	n.e.
Leistungen:	n.e.	n.e.

Kommentar:**Finanzdaten**

Bis zum Jahresende werden Mindereinnahmen in Höhe von voraussichtlich rd. 4,2 Mio. € aus Verlusten bei der Spielbankabgabe erwartet. Es ist beabsichtigt, diese Einnahmever schlechterung innerhalb des Senatorenbudgets aus AFI-Mitteln (3,0 Mio. €) und der Risikovorsorge (1,0 Mio. €) auszugleichen.

Die im Berichtszeitraum günstige Entwicklung der Steuereinnahmen führt zu höheren Ansprüchen Bremerhavens im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs. Bis zum Jahresende werden voraussichtlich Mehrleistungen in Höhe von 5,0 Mio. € an Bremerhaven fließen. Der Ausgleich dieser Mehrausgaben wird - auch unter dem Aspekt der Überschreitung des eckwertrelevanten Finanzierungssaldos - aufgrund des sachlichen Zusammenhangs aus steuerabhängigen Mehreinnahmen im Zuge der technischen Nachbewilligung erfolgen. Unter Berücksichtigung dieser Besonderheit gilt der Finanzierungssaldo als eingehalten.

In Höhe von 8,8 Mio. € wird der zulässige Finanzierungssaldo unterschritten. Es handelt sich hierbei um Mittel des Risikofonds die anderen Ressorts zur Deckung gesetzlicher Mehrausgaben bzw. unabweisbarer Bedarfe per Nachbewilligung zur Verfügung gestellt werden.


Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2012/2013 wurden im Haushalt 2012 investive globale Minderausgaben in Höhe von rd. 1,3 Mio. € veranschlagt. Die Auflösung der investiven Minderausgabe ist durch alle Ressorts im Rahmen einer Umlage zu erbringen.

Derzeit wird davon ausgegangen, dass die Einnahmever schlechterung innerhalb des Budgets des PPL 93 ausgeglichen werden kann. Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird voraussichtlich nicht überschritten.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Zentrale Finanzen	93	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 89	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012				Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschatz	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	68.969	57.482	11.487	20,0	89.100	81.342	76.862	-4.480	81.342
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	68.969	57.482	11.487	20,0	89.100	81.342	76.862	-4.480	81.342
Personalausgaben	77	90	-13	-14,2	128	0	0	0	0
konsumtive Ausgaben	120.631	117.225	3.406	2,9	165.724	164.512	155.626	-8.886	159.046
Zinsausgaben	433.609	450.000	-16.391	-3,6	591.042	582.925	557.925	-25.000	582.925
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	6.498	21.342	-14.844	-69,6	25.322	27.501	28.685	1.184	27.501
relevante Verrech./Erstatt.	283	0	283	0,0	3.148	1.770	2.097	327	1.770
Gesamtausgaben	561.097	588.657	-27.560	-4,7	785.364	776.708	744.333	-32.375	771.243
Saldo	-492.128	-531.175	39.047	-7,4	-696.264	-695.366	-667.471	27.895	-689.901

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	2.670	6.224	86	0	0	0	0
- investiv	22.205	19.549	1.100	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalverstärkung	72	10	62	77	88	-11	139	125	14
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	72	10	62	77	88	-11	139	125	14
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	0	2	-2	1	3	-2
Insgesamt	72	10	62	77	90	-13	140	128	12
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalverstärkung	3,6	0,0	3,6	2,3	0,0	2,3	2,6	0,0	2,6
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	3,6	0,0	3,6	2,3	0,0	2,3	2,6	0,0	2,6
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	0,0	22,5	-
Beschäftigte über 55 Jahre	14,3	17,5	-
Frauenquote	57,1	50,0	-
Teilzeitquote	57,1	35,0	-
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	-

Produktplan: 93	Controlling 01-09/2012
Zentrale Finanzen	Ref. 20
Verantwortlich: Frau Linnert	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Sachstand/Analyse/Bewertung

In den Zielen des Produktplans sind keine einzelnen strategischen Leistungsziele definiert, da aufgrund der übergeordneten Aufgabenschwerpunkte, deren Ressourceneinsatz überwiegend aufgrund gesetzlicher bzw. vertraglicher Bestimmungen gestaltet ist, die Abbildung von Kennzahlen und deren Messung nicht empfohlen wird.

Sachstand/Analyse/Bewertung

Sachstand/Analyse/Bewertung

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum			2010	
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Beschreibung [Einheit]			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		


Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: Zentrale Finanzen	93	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 89	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>3. Analyse/Bewertung Allgemeine Vorbemerkungen.</p> <p>Umbau/Verwaltung und Infrastruktur Die Mittel zur Umsetzung des Programms sind in der dafür neu eingerichteten Produktgruppe 93.01.07 berücksichtigt. Aus diesen Mitteln werden Maßnahmen im Land Bremen und seinen beiden Gemeinden gefördert. Über die entsprechenden Projekte und deren Mittelabfluss berichtet die Senatorin für Finanzen dem Haushalts- und Finanzausschuss gesondert.</p> <p>Konsumtive Einnahmen Die im Berichtszeitraum über dem Planwert liegenden Einnahmen beruhen auf vorzeitig zurückgeführte Darlehenszinsen im Rahmen von Kreditgeschäften. Dem gegenüber stehen bis zum Jahresende Mindereinnahmen in Höhe von voraussichtlich rd. 4,2 Mio. Euro. gegenüber. Diese Einnahmever schlechterung ist einerseits auf die per Erlass herabgesetzte Spielbankabgabe zurückzuführen, um die Insolvenz der Spielbankgesellschaft zu vermeiden. Aus den weiteren Leistungen der Spielbank sind bis zum Jahresende 1,2 Mio. Euro für entstandene Personalkosten für die Spielbankaufsicht zugunsten des PPL 91 zu verlagern. Diese Verlagerung ist innerhalb des Senatorenbudget Finanzen neutral, wirkt sich jedoch zum Ende des Jahres negativ auf das Budget des Produktplans 93 aus. Es ist beabsichtigt, diese Einnahmever schlechterung innerhalb des Senatorenbudgets auszugleichen.</p> <p>Konsumtive und investive Ausgaben, Zinsausgaben Die konsumtiven Ausgaben umfassen im wesentlichen die Schlüssel- und Ergänzungszuweisungen an Bremerhaven gemäß Finanzzuweisungsgesetz sowie den Anteil der Konsolidierungshilfen (31,109 Mio. Euro) an Bremerhaven. Die im Berichtszeitraum günstige Entwicklung der Steuereinnahmen führt zu höheren Ansprüchen Bremerhavens im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs. Bis zum Jahresende werden voraussichtlich Mehrleistungen in Höhe von 5,0 Mio. Euro an Bremerhaven fließen. Der Ausgleich dieser Mehrausgaben wird - auch unter dem Aspekt der Überschreitung des eckwertrelevanten Finanzierungssaldos - aufgrund des sachlichen Zusammenhangs aus steuerabhängigen Mehreinnahmen im Zuge der technischen Nachbewilligung erfolgen. Unter Berücksichtigung dieser Besonderheit gilt der Finanzierungssaldo als eingehalten. In Höhe von 8,8 Mio. Euro wird der zulässige Finanzierungssaldo unterschritten. Es handelt sich hierbei um Mittel des Risikofonds die anderen Ressorts zur Deckung gesetzlicher Mehrausgaben bzw. unabwiesbarer Bedarfe per Nachbewilligung zur Verfügung gestellt werden. Bei den Zinsausgaben handelt es sich um Zinsausgaben am Kreditmarkt, deren Planwertabweichungen sich aus der Steuerung der Mittel an der aktuellen Zinsentwicklung orientieren. Es werden Minderausgaben erwartet, deren Volumen derzeit mit rd. 25 Mio. Euro quantifiziert wird. Die tatsächliche Verbesserung kann bis zum Jahresende hiervon abweichen. Über den Umgang mit diesen Minderausgaben wird zu gegebener Zeit gesondert berichtet. Das investive Ausgabebudget beinhaltet schwerpunktmäßig die Mittel der Produktgruppe 93.01.07 Umbau der Verwaltung und Infrastruktur (27,33 Mio. Euro). Bezüglich der Mittelfreigabe und des Liquiditätsabflusses wird in diesem Zusammenhang auf die Vorlagen für die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses verwiesen. Weitere investive Ausgaben beziehen sich auf die Zuweisungen an die Stiftung Wohnliche Stadt für Investitionen (1,26 Mio. Euro). Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2012/2013 wurden im Haushalt 2012 investive globale Minderausgaben in Höhe von rd. 1,3 Mio. Euro veranschlagt. Die Auflösung der investiven Minderausgabe ist durch alle Ressorts im Rahmen einer Umlage zu erbringen. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 sind im PPL 93 Ausgabereste (0,327 Mio. Euro) bei den Zuweisungen an SIS aus der Feuerschutzsteuer entstanden, die in 2012 freigegeben wurden, bisher jedoch noch nicht abgerufen wurden. Einhaltung des Finanzierungssaldo Derzeit wird davon ausgegangen, dass die Einnahmever schlechterung innerhalb des Budgets des PPL 93 ausgeglichen werden kann. Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird voraussichtlich nicht überschritten.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 09 / 2012
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 02.11.2012

PRODUKTPLAN 96 IT-Budget der Freien Hansestadt Bremen	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	n.e.	n.e.
	Leistungen:	s.u.	s.u.
Kommentar:			
<u>Finanzdaten</u>			
Budgeteinhaltung			
Der PPL 96 wird sein Budget einhalten. Das Budget wird am Jahresende voraussichtlich sogar um rd. 4,2 Mio. € unterschritten, da aus 2011 übertragene Haushaltsreste auch in 2012 nicht in Anspruch genommen werden bzw. in 2012 neue Haushaltsreste entstehen werden.			
Einhaltung des Finanzierungssaldos			
Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird am Jahresende unter Berücksichtigung der erwarteten Resteinanspruchnahme beim Digitalfunk/Inneres eingehalten bzw. voraussichtlich sogar geringfügig unterschritten.			
<u>Leistungsdaten</u>			
Leistungsdaten werden unterjährig nicht erhoben.			
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:			
Kein Handlungsbedarf.			

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: IT-Budget der FHB	96	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 89	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	Januar - September 2012				Jahresplanung 2012				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	1.140	0	1.140	0,0	326	1.341	1.341	0	0
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	18	18	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	165	50	115	230,8	165	243	243	0	67
Gesamteinnahmen	1.306	50	1.256	2.511,1	491	1.602	1.602	0	67
Personalausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
konsumtive Ausgaben	17.798	20.756	-2.958	-14,3	30.962	29.954	28.931	-1.023	29.426
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1.939	2.768	-829	-30,0	10.315	10.889	7.665	-3.224	5.051
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	19.737	23.524	-3.787	-16,1	41.277	40.843	36.596	-4.247	34.477
Saldo	-18.431	-23.474	5.043	-21,5	-40.786	-39.241	-34.994	4.247	-34.410

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2012	2013	2014	2015	2016ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	120	0	0	0	0	0	0
- investiv	0	0	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0

Personaldaten	September 2012			kumuliert Januar - September 2012			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalverstärkung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte Nebentitel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- dar.: Beihilfe/Nachvers	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalverstärkung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte Abwesende	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Personalstruktur	Sep 2012	2012	2011
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

Produktplan: IT-Budget der FHB	96	Controlling 01-09/12 06.11.2012	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 89	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
A. Einnahmen			
<p>Auf der Einnahmeseite wurden Mehreinnahmen im Zusammenhang mit Telekommunikationsleistungen in Höhe von 813,7 Tsd. Euro gebucht, die zur Refinanzierung der ITK (neu)-Maßnahmen herangezogen werden sollen. Hierzu gab es Anfang August eine Senatsbefassung und wird es Anfang November eine HaFa-Befassung geben. Überdies sind u. a. 75 Tsd. Euro von der EU für das Projekt PEPPOL vereinnahmt worden. Insgesamt 78 Tsd. Euro sind für Einnahmen aus der privaten Internetnutzung erzielt worden. Die Gesamteinnahmen überschreiten Ende September 2012 im Ist um rd. 1,25 Mio. Euro den Einnahmeplanwert.</p>			
B. Ausgaben			
<p>Die Gesamtausgaben im Produktplan 96 IT-Budget der FHB liegen nach drei Quartalen in Höhe von 17.798 Mio. Euro im Ist mit 3 Mio. Euro unter dem Planwert. Die deutliche ausgabeseitige Planwertunterschreitung erklärt sich vor allem durch die haushaltslose Zeit bis Ende Mai 2012 und zeitliche Verzögerungen bei den Mittelabflüssen.</p>			
C. Budgeteinhaltung 2012			
<p>Der Produktplan 96 wird sein Budget 2012 einhalten. Nach aktuellem Stand wird das Budget um 4,247 Mio. Euro unterschritten. Die Begründung hierfür ist, dass übertragene Reste aus 2011 voraussichtlich auch in 2012 nicht in Anspruch genommen werden bzw. neue Reste aufgebaut werden.</p>			
D. Finanzierungssaldo			
<p>Der Saldo Januar bis September 2012 für den Produktplan 96 beträgt 18,4 Mio. Euro. Der Saldo bezogen auf den Anschlag wird überschritten und voll durch Einsparungen in anderen Produktplänen ausgeglichen.</p> <p>Zu den Mehrbedarfen bei dem Verfahren SEPA hat es, bei den Steuerfachverfahren wird es eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses in 2012 gegeben.</p> <p>Wegen der Mehrbedarfe bei Digitalfunk/Inneres wird es voraussichtlich zu einer im August aktualisierten Resteinanspruchnahme in Höhe von rund 1,2 Mio. Euro kommen. Aktuell prüft das Ressort, ob die Resteinanspruchnahme niedriger ausfällt. Neben der Möglichkeit der Anschlagsstilllegung im Senatorenbudget Inneres und Sport und bei den vom Ressort Inneres bewirtschafteten IT-Finanzpositionen wird eine Liquiditätsabdeckung im Produktplan 96 IT-Budget geprüft. Vom Innenressort wird ein Antrag auf Resteinanspruchnahme (R-Antrag) in Kürze erwartet.</p>			
E. Leistungsdaten			
<p>Leistungsdaten werden im Produktplan 96 "IT-Budget der FHB" nicht erhoben.</p>			

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt

Sen. für Finanzen (Ref. 21),
09.11.2012

Finanzierungssalden

01 – 09 / 2012

Anschlag 2012													Finanzierungs- saldo (einschl. Reste/Verlänger.)		
bereinigte Einnahmen		bereinigte Ausgaben					außerord. Rest/Rückl.- Inanspr.	inv. Kürzung	Lösungs- konzept Senat	Ver- lagerungen etc. (Schätz. 06.11.)	Finanzierungs- saldo (einschl. Reste/Verlänger.)				
konsumtiv	investiv	Insgesamt	Personal	konsumtiv	Tilgung	investiv						Zinsen		Insgesamt	
Tsd. €															
01	Bürgerschaft	91,5	0,0	91,5	11.750,5	8.212,7	0,0	415,7	87,0	20.465,9	260,0*	-1,5	45,7	-20.678,5	
02	Rechnungshof	2,5	0,0	2,5	2.523,5	339,9	0,0	11,7	0,0	2.875,1		0,0	0,0	-2.872,5	
03	Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh.	157,8	0,0	157,8	7.821,1	4.531,4	0,0	2.664,0	0,0	15.016,5	140,0*	-9,9	-10,4	-14.978,5	
05	Bundessangelegenheiten	418,3	0,0	418,3	2.480,5	2.685,2	0,0	78,0	0,0	5.243,8		-0,3	11,4	-4.836,6	
06	Datenschutz	0,0	0,0	0,0	629,3	130,0	0,0	13,1	0,0	772,4		-0,1	-10,0	-762,4	
07	Inneres	30.332,1	175,0	30.507,1	157.742,7	67.861,6	0,0	5.893,2	167,4	231.664,9	380,0*	-21,2	970,5	-202.487,1	
08	Gleichberechtigung der Frau	68,0	0,0	68,0	714,0	211,7	0,0	4,0	0,0	929,7		0,0	10,0	-871,7	
09	Staatsgerichtshof	0,0	0,0	0,0	38,5	5,1	0,0	0,0	0,0	43,6		0,0	0,0	-43,6	
11	Justiz	36.204,0	0,0	36.204,0	65.189,4	42.770,4	0,0	10.199,1	5,3	118.164,3		-37,9	432,6	-83.105,1	
12	Sport	399,7	0,0	399,7	1.092,0	11.827,0	0,0	2.984,9	34,1	15.938,0		-11,1	9,4	-17.436,6	
21	Bildung	15.792,3	0,0	15.792,3	294.643,6	249.445,7	0,0	23.750,9	1.038,1	568.878,3		-32,9	2.824,8	-560.518,1	
22	Kultur	1.703,0	733,0	2.436,0	4.355,0	70.841,2	0,0	9.833,0	33,4	85.062,6		-33,8	-1.426,4	-81.166,5	
24	Hochschulen, Forschung	20.601,0	13.333,0	33.934,0	2.235,1	287.354,3	0,0	40.680,0	3.847,1	334.116,5		-101,6	672,8	-301.503,8	
31	Arbeit	23.935,1	0,0	23.935,1	6.833,7	33.900,9	0,0	948,4	0,0	41.683,0		-3,5	18,6	-17.763,0	
41	Jugend u. Soziales	157.443,5	2.580,0	160.023,5	57.059,8	878.505,6	0,0	12.414,0	0,0	947.979,4		-13,2	3.088,3	-793.631,0	
51	Gesundheit	12.441,0	0,0	12.441,0	21.511,0	13.650,1	0,0	27.123,3	241,8	62.526,3		-100,7	97,3	-50.375,8	
68	Umwelt, Bau, Verkehr	39.180,0	34.748,0	73.928,0	46.729,3	153.250,4	5.000,0	108.402,0	2.501,0	315.882,7		-273,6	-50.873,2**	-190.807,9	
71	Wirtschaft	3.282,2	23.137,5	26.419,7	5.726,5	30.249,0	0,0	85.049,0	2.445,3	123.469,8		-229,9	-3.548,4	-93.271,7	
81	Häfen	2.255,4	10.737,0	12.992,4	7.023,9	32.435,5	0,0	71.852,4	29.336,0	140.647,8		-227,0	-37,9	-127.390,6	
91	Finanzen / Personal	10.007,3	0,0	10.007,3	72.379,6	15.813,7	0,0	466,1	0,0	88.659,4		-1,7	1.557,5	-80.207,8	
92	Allg. Finanzen	117.767,4	0,0	117.767,4	411.739,8	73.903,3	0,0	25.095,0	38,0	510.776,1	-780,0*	-93,2	41.244,3**	-430.179,8	
93	Zentrale Finanzen	81.341,7	0,0	81.341,7	0,0	159.046,3	0,0	27.501,0	582.925,4	769.472,8		1.212,0	-4.574,8	-665.853,3	
96	IT-Ausgaben der FHB	0,0	0,0	0,0	0,0	29.426,4	0,0	5.050,7	0,0	34.477,1		-18,8	-71,5	-34.386,9	
	INSGESAMT	553.423,6	85.443,5	638.867,1	1.180.218,8	2.166.397,3	5.000,0	460.429,6	622.700,0	4.434.745,7	0,0	0,0	1.350,0	-22.100,0	-3.775.128,5

*) 260.000 Reste-/Rücklagenansprache im investiven Bereich
 140.000 Resteinanspruchnahme jüdischer Trauerhalle (Ausgleich durch PPL 92)
 380.000 Resteinanspruchnahme für Kombiboot Inneres (Ausgleich durch PPL 92)

***) Unter Berücksichtigung der im Verrechnungswege zu verlagernden und rückzuverlagernden BSAG/IBREPARK-Mittel (51.209 Mio. €)

****) 5.000.000 neutrale KFA-Mehrausgaben

*****) positiver Betrag = Saldenverbesserung / negativer Betrag = Saldenverschlechterung

abzus. Zinsminderausgaben
 abzus. Ausgleich Mindereinnahme Citytax
 staatsstaatenneutrale KFA-Mehrausg. an Bvh.



-25,0 Mio. €
 -2,1 Mio. €
 5,0 Mio. €

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt

Sen. für Finanzen (Ref. 21),
09.11.2012

Finanzierungssalden

01 – 09 / 2012

	vorauss. IST 2012 (Schätzung 01-09/2012)										Abweichung im Finanzierungssaldo Anschl./vorIST **** (einschl. Reste/Verlagerungen)	
	bereinigte Einnahmen					bereinigte Ausgaben						Finanzierungs saldo
	konsumtiv	investiv	INSGESAMT	Personal	konsumtiv	Tilgung	investiv	Zinsen	INSGESAMT			
Tsd. €												
01 Bürgerschaft	91,0	0,0	91,0	11.790,0	9.213,0	0,0	750,0	86,0	21.839,0	-21.748,0	-1.069,5	
02 Rechnungshof	3,0	0,0	3,0	2.296,0	340,0	0,0	12,0	0,0	2.648,0	-2.645,0	227,5	
03 Senatskanzlei, Kirchli. Angelegenh.	365,0	34,0	399,0	8.023,0	4.832,0	0,0	3.386,0	0,0	16.241,0	-15.842,0	-863,5	
05 Bundesangelegenheiten	419,0	0,0	419,0	2.690,0	2.685,0	0,0	78,0	0,0	5.453,0	-5.034,0	-197,4	
06 Datenschutz	15,0	0,0	15,0	782,0	120,0	0,0	36,0	0,0	938,0	-923,0	-160,6	
07 Inneres	35.592,0	457,0	36.049,0	160.145,0	73.197,0	0,0	8.584,0	167,0	242.093,0	-206.044,0	-3.556,9	
08 Gleichberechtigung der Frau	64,0	0,0	64,0	681,0	208,0	0,0	4,0	0,0	893,0	-829,0	42,7	
09 Staatsgerichtshof	0,0	0,0	0,0	39,0	7,0	0,0	0,0	0,0	46,0	-46,0	-2,5	
11 Justiz	38.487,0	2,0	38.489,0	64.683,0	45.820,0	0,0	10.163,0	5,0	120.671,0	-82.182,0	923,1	
12 Sport	467,0	67,0	534,0	1.089,0	13.792,0	0,0	3.345,0	34,0	18.260,0	-17.726,0	-289,4	
21 Bildung	16.550,0	0,0	16.550,0	294.758,0	259.337,0	0,0	24.486,0	1.039,0	579.620,0	-563.070,0	-2.551,9	
22 Kultur	1.008,0	110,0	1.118,0	4.302,0	72.129,0	0,0	5.758,0	33,0	82.222,0	-81.104,0	62,5	
24 Hochschulen, Forschung	46.552,0	13.467,0	60.019,0	2.692,0	318.397,0	0,0	37.496,0	3.847,0	362.432,0	-302.413,0	-909,2	
31 Arbeit	11.955,0	0,0	11.955,0	9.453,0	32.485,0	0,0	911,0	0,0	42.849,0	-30.894,0	-13.131,0	
41 Jugend u. Soziales	155.556,0	3.097,0	158.653,0	56.262,0	882.753,0	0,0	13.353,0	0,0	952.368,0	-793.715,0	-84,0	
51 Gesundheit	12.253,0	0,0	12.253,0	22.316,0	13.587,0	0,0	27.152,0	189,0	63.244,0	-50.991,0	-615,2	
68 Umwelt, Bau, Verkehr	38.764,0	36.808,0	75.572,0	49.647,0	112.201,0	6.975,0	97.988,0	2.161,0	268.972,0	-193.400,0	-2.592,1	
71 Wirtschaft	2.544,0	30.169,0	32.713,0	7.296,0	29.157,0	0,0	85.269,0	2.544,0	124.266,0	-91.553,0	1.718,7	
81 Häfen	2.132,0	10.737,0	12.869,0	7.781,0	32.375,0	0,0	69.841,0	29.336,0	139.333,0	-126.464,0	926,6	
91 Finanzen / Personal	14.549,0	0,0	14.549,0	73.315,0	18.721,0	0,0	500,0	0,0	92.536,0	-77.987,0	2.220,8	
92 Allg. Finanzen	125.692,0	2,0	125.694,0	406.099,0	111.032,0	0,0	38.253,0	38,0	555.422,0	-429.728,0	451,8	
93 Zentrale Finanzen	76.862,0	0,0	76.862,0	0,0	155.626,0	0,0	28.685,0	557.925,0	742.236,0	-665.374,0	479,3	
96 IT-Ausgaben der FHB	1.341,0	18,0	1.359,0	0,0	28.931,0	0,0	7.665,0	0,0	36.596,0	-35.237,0	-850,1	
INSGESAMT	581.261,0	94.988,0	676.229,0	1.186.139,0	2.216.945,0	6.975,0	463.715,0	597.404,0	4.471.178,0	-3.794.949,0	-19.820,5	

noch vorzunehmender Ausgleich Reste/Rücklageninanspruchnahme Lösungskonzept

-21.170,5

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Sen. für Finanzen (Ref. 21), 09.11.2012
Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge	01 – 09 / 2012

Ausgabereste/Rücklagen

Im Berichtszeitraum sind Rücklagen in Höhe von Resten und Rücklagen in Höhe von rd. 51,5 Mio. € entnommen worden.

Die Veränderungen im Berichtszeitraum lassen sich der nachfolgenden Tabelle entnehmen:

Reste-/Rücklagenentwicklung im Haushaltsjahr 2012					
	Jahresanfangs- bestand 2012	Veränderung im Berichtszeitraum (01-9/2012)			Bestand zum 30.09.2012
		Entnahmen		Zuführungen	
		veranschlagt	nicht veranschlagt		
Tsd. €					
allg. Budgetrücklage	12.612,7	0,0	-491,8	0,0	12.120,9
Altersteilzeitrücklage	1.218,2	-87,5	-226,2	--	904,4
investive Rücklage (ohne KPll)	51.415,6	0,0	-51.332,3	0,0	83,4
Sonderrücklagen	102.013,8	0,0	-2.353,1	131,2	99.791,9
INSGESAMT	167.260,3	-87,5	-54.403,3	131,2	112.900,6

Ausgabereste (einschl. Verrechn./Erstatt.)	42.540,9
---	----------

Die jeweiligen Produktplanergebnisse sind - unterschieden nach Rücklagearten - in den Tabellen auf der nächsten Seite ausgewiesen.

Verlustvorträge

Die bestehenden Verlustvorträge in Höhe von 74,57 Mio. €, die insbesondere aus Mindereinnahmen bei der Durchführung von EU-finanzierten Programmen (EFRE, ESF, EFF) zusammen hängen, haben sich im Berichtszeitraum nicht verändert.

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Sen. für Finanzen (Ref. 21), 09.11.2012
Ausgabereise/Rücklagen/Verlustvorträge	01 – 09 / 2012

III. Quartalsbericht 2012 - PPL-bezogene Rücklagen

PPL Bezeichnung	ATZ-Rücklage		allg. Budgetrücklage		Investive Rücklage		JAB insgesamt	akt. Rücklagenbestand insgesamt	Veränderung insgesamt
	JAB	aktuell	JAB	aktuell	JAB	aktuell			
01 Bürgerschaft	125.972,78	55.002,78	2.117.106,89	1.783.656,89	213.294,55	0,00	2.456.374,22	1.838.650,67	-617.714,55
02 Rechnungshof	135.879,39	119.309,39	753.067,67	753.067,67	77.131,29	0,00	966.078,35	872.377,06	-93.701,29
03 Senat, Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh.	106.885,12	50.115,12	14.830,90	14.830,90	2.838.156,01	0,00	2.950.872,03	64.946,02	-2.894.926,01
05 Bundesangelegenheiten	284.245,49	284.245,49	673.664,49	547.033,53	9.967,07	0,01	967.877,05	831.279,03	-136.598,02
06 Datenschutz und Informationsfreiheit	0,00	0,00	31.713,31	0,00	23.017,78	0,00	54.731,09	0,00	-54.731,09
07 Inneres	0,00	0,00	0,00	0,00	380.000,00	0,00	380.000,00	0,00	-380.000,00
08 Gleichberechtigung der Frau	79.134,47	79.134,47	92.206,94	92.206,94	39.796,30	0,00	211.137,71	171.341,41	-39.796,30
09 Staatsgerichtshof			8.356,90	8.356,90			8.356,90	8.356,90	0,00
11 Justiz					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12 Sport			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Bildung	0,00	0,00	556.636,25	556.636,25	1.554.383,97	0,00	2.111.020,22	556.636,25	-1.554.383,97

Freitag, 5. Oktober 2012

PPL Bezeichnung	ATZ-Rücklage		allg. Budgetrücklage		Investive Rücklage		JAB insgesamt	akt. Rücklagenbestand insgesamt	Veränderung insgesamt
	JAB	aktuell	JAB	aktuell	JAB	aktuell			
22 Kultur	0,00	0,00	0,00	0,00	1.743.517,01	0,00	1.743.517,01	0,00	-1.743.517,01
24 Hochschulen und Forschung			611.135,98	611.135,98	2.849.487,08	0,00	3.460.623,06	611.135,98	-2.849.487,08
31 Arbeit	0,00	0,00	355.677,45	355.677,45	19.709,57	17.979,67	375.387,02	373.657,12	-1.729,90
41 Jugend und Soziales	0,00	0,00	23.978,95	23.978,95	31.105,19	24.000,09	55.084,14	47.979,04	-7.105,10
51 Gesundheit	0,00	0,00	266.265,48	266.265,48	44.459,66	8.177,60	310.725,14	274.443,08	-36.282,06
68 Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa	0,00	0,00	1.518.081,28	1.518.081,28	13.921.656,99	0,00	15.439.738,27	1.518.081,28	-13.921.656,99
71 Wirtschaft	0,00	0,00	409.636,54	409.636,54	17.951.381,19	7.821,73	18.361.017,73	417.458,27	-17.943.559,46
81 Häfen	296.920,99	127.510,99	2.425.051,06	2.425.051,06	4.431.112,78	636,89	7.153.084,83	2.553.198,94	-4.599.885,89
91 Finanzen / Personal	189.117,96	189.117,96	2.518.552,82	2.518.552,82	106.806,35	24.735,18	2.814.477,13	2.732.405,96	-82.071,17
92 Allgemeine Finanzen / Zentrale Finanzen	0,00	0,00			1.148.331,80	0,00	1.148.331,80	0,00	-1.148.331,80
96 IT-Budget der FHB			236.741,16	236.741,16	4.032.301,24	0,00	4.269.042,40	236.741,16	-4.032.301,24
Gesamtsumme	1.218.156,20	904.436,20	12.612.704,07	12.120.909,80	51.415.615,83	83.351,17	65.246.476,10	13.108.697,17	-52.137.778,93

Freitag, 5. Oktober 2012

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Sen. für Finanzen (Ref. 21), 09.11.2012
Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge	01 – 09 / 2012

Monatsbericht 09/2012

<u>Sonderrücklage</u>	<u>JAB</u>	<u>aktuell</u>	<u>Veränderung</u>
ABFALLABGABE-RUECKLAGE	0,00	0,00	0,00
ABWASSERABGABE-RUECKLAGE	10.199.671,12	10.199.671,12	0,00
ARBEITNEHMERBEITRAEGE NACH DEM BREMISCHEN RUHELOHNGESETZ	9.753.783,16	9.753.783,16	0,00
AUSGLEICHABGABEN-RUECKLAGE FUER EINGRIFFE IN NATUR UND LANDSCHAFT	1.343,42	1.343,42	0,00
AUSGLEICHABGABEN-RUECKLAGE NACH DEM SCHWERBEHINDERTENGESETZ	9.704.211,42	9.704.211,42	0,00
Budgetrücklage Allgemeine Finanzen	978.183,87	978.183,87	0,00
BUDGETRUECKLAGE HANSESTADT BREMISCHES HAFENAMT, BREMERHAVEN (BAGGERGUTENTSORGUNG)	234.000,01	234.000,01	0,00
ERNEUERUNGSRUECKLAGE FISCHEREIHAFEN- BETRIEBS- UND ENTWICKLUNGSGES. BRHV.	293.445,67	293.445,67	0,00
KASSENVERSTAERKUNGS- UND ALLGEMEINE AUSGLEICHSRUECKLAGE	16.340.452,11	16.340.452,11	0,00
Mehreinnahmen EFRE-Programm 2007-2013 (Wissenschaft)	808.733,52	808.733,52	0,00
RUECKLAGE ALLGEMEINE FINANZEN (INCL. ZENTRAL. PERSONALRUECKLAGE)	14.861.475,10	12.638.106,06	-2.223.369,04
RUECKLAGE 'FOLGEKOSTEN DER BEB-VERAEUSSERUNG'	0,00	0,00	0,00
RUECKLAGE FUER DIE GASTSCHULGELDPAUSCHALE VOM LAND NIEDERSACHSEN	0,00	0,00	0,00
RUECKLAGE FUER DISKONTKREDITE	436.250,00	436.250,00	0,00
RUECKLAGE KRIEGSOPFERFUERSORGE	499.022,16	499.022,16	0,00
RUECKLAGE 'SAUBERE STADT'	25.342,40	25.342,40	0,00
RUECKLAGE 'SCHAFFUNG VON GARAGEN UND EINSTELLPLAETZEN'	155.566,67	155.566,67	0,00
RUECKLAGE SOZIALLEISTUNGEN (ALLGEMEIN)	0,00	0,00	0,00

Freitag, 5. Oktober 2012

<u>Sonderrücklage</u>	<u>JAB</u>	<u>aktuell</u>	<u>Veränderung</u>
Sonderrücklage "Deichschutz Bremerhaven"	2.890.992,47	2.895.568,07	4.575,60
Sonderrücklage "Jüdischer Friedhof"	0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage "ReSoSta"	662.259,77	662.259,77	0,00
Sonderrücklage A 281	0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage EFRE 2007-2013 - Bescheinigungsstelle -	24.403.882,51	24.403.882,51	0,00
Sonderrücklage Fischerelprogramm EFF	0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage für Zuschüsse an die Bürgerstiftung	96.345,00	93.245,00	-3.100,00
Sonderrücklage Kajen Fischerelhafen	1.676.000,00	1.676.000,00	0,00
WASSERENTNAHMEGEBUEHR-RUECKLAGE	7.992.057,43	7.992.057,43	0,00
Zweckgebundene Rücklage aus Sozialleistungen	813,80	813,80	0,00
Zweckrücklage Unterhaltungsfonds Naturschutz	0,00	0,00	0,00
Gesamtsumme	102.013.831,61	99.791.938,17	-2.221.893,44

Freitag, 5. Oktober 2012

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Sen. für Finanzen (Ref. 21), 09.11.2012
Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge	01 – 09 / 2012

Monatsbericht 09/2012 - PPL-bezogene Verlustvorträge

<i>Bezeichnung</i>	<i>JAB</i>	<i>aktuell</i>	<i>Veränderung</i>
VERLUSTVORTRAG (INNERES PPL 07)	-11.287.059,36	-11.287.059,36	0,00
VERLUSTVORTRAG (JUSTIZ PPL11)	-7.512.041,10	-7.512.041,10	0,00
Verlustvortrag Sport	-897.576,63	-897.576,63	0,00
Verlustvortrag (Hochschulen und Forschung PPL 24 - EFRE 2007-2013)	0,00	0,00	0,00
VERLUSTVORTRAG (ARBEIT PPL31)	-4.361.461,28	-4.361.461,28	0,00
Verlustvortrag (Arbeit PPL 31 - EFRE 2007-2013)	-7.070.673,99	-7.070.673,99	0,00
Verlustvortrag (Arbeit PPL 31 -ESF 2007-2013)	-22.643.782,34	-22.643.782,34	0,00
VERLUSTVORTRAG (JUGEND UND SOZIALES - SOZIALLEISTUNGEN PPL41)	-3.718.993,10	-3.718.993,10	0,00
Verlustvortrag (Umwelt, Bau, Verkehr, Europa PPL 68 EFRE 2007-2013)	-4.864.867,58	-4.864.867,58	0,00
VERLUSTVORTRAG (WIRTSCHAFT-WAP PPL71)	-1.180.334,66	-1.180.334,66	0,00
Verlustvortrag (Wirtschaft PPL 71 - EFRE 2007-2013)	-9.600.095,74	-9.600.095,74	0,00
Verlustvortrag Europäischer Fischereifonds (EFF)	-1.366.961,63	-1.366.961,63	0,00
Verlustvortrag (Wirtschaft PPL 71 - EFRE 2007-2013 In Bremerhaven)	-70.000,00	-70.000,00	0,00
Verlustvortrag (KP II Mindereinnahmen)	0,00	0,00	0,00
Gesamtsumme	-74.573.847,41	-74.573.847,41	0,00

Freitag, 5. Oktober 2012

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Sen. für Finanzen (Ref. 21), 09.11.2012
Zuwendungen(Testate) / globale Minderausgaben	01 – 09 / 2012

Zuwendungen (institutionelle Förderung) ab 100 Tsd. €

Über den Sachstand der Vorlage ausstehender Testate wird regelmäßig im Rahmen des Controllings berichtet. **Die zum Zeitpunkt des Haushaltentwurfs ausstehenden Testate der Fachressorts liegen zwischenzeitlich ausnahmslos vor.** In Fällen, in denen das Wirtschaftsplanjahr (z.B. wegen der Spielzeiten) vom Haushaltsjahr abweicht liegen z. T. noch keine Testate für die Zeit ab August dieses Jahres vor. In diesen Fällen darf bis einschl. Öktober 2012 monatl. maximal 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrages gezahlt werden. Über deren Vorlage wird im Rahmen des nächsten Controllings berichtet werden.

Nachstehend die Zuwendungen, die aufgrund fehlender Testate noch gesperrt sind:

PPL	PGR	Finanzposition	Zweckbestimmung	Anschlag
22	22.02.01	3271/683 11-0	Zuschuss an die Bremer Shakes- peare-Company	826.000 €

Globale Minderausgaben

Im Haushalt 2012 wurden im PPL 93 im Haushaltsaufstellungsverfahren investive globale Minderausgaben in Höhe von 1,319 Mio.-€ eingestellt.

Der Senat hat die betroffenen Ressorts in seiner Sitzung am 23. Oktober 2012 aufgefordert, der Senatorin für Finanzen bis zum 30.11.2012 entsprechenden Einsparungen bis zum 30. November 2012 aufzugeben. Für die einzelnen Produktpläne ergeben sich die nachstehenden Beträge:

Auflösung der global veranschlagten investiven Minderausgaben		
PPL	Anteil	Kürzungsbetrag
	%	EURO
01 Bürgerschaft	0,1	1.540
02 Rechnungshof	0,0	40
03 Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh.	0,8	9.890
05 Bundesangelegenheiten	0,0	290
06 Datenschutz	0,0	50
07 Inneres	1,6	21.240
08 Gleichberechtigung der Frau	0,0	10
09 Staatsgerichtshof	0,0	0
11 Justiz	2,9	37.880
12 Sport	0,8	11.090
21 Bildung	2,5	32.880
22 Kultur	2,6	33.800
24 Hochschulen, Forschung	7,7	101.570
31 Arbeit	0,3	3.520
41 Jugend u. Soziales	1,0	13.240
51 Gesundheit	7,6	100.740
68 Umwelt, Bau, Verkehr	20,7	273.560
71 Wirtschaft	17,4	229.940
81 Häfen	17,2	226.990
91 Finanzen / Personal	0,1	1.730
92 Allg. Finanzen	7,1	93.200
93 Zentrale Finanzen (einschl. UVI; ohne Minderausgabe)	8,1	107.040
96 IT-Ausgaben der FHB	1,4	18.760
SUMME	100,0	1.319.000

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Sen. für Finanzen (Ref. 21), 09.11.2012
Investive Minderausgaben	01 – 09 / 2012

Meldung zu investiven Minderausgaben von mehr als 1 Mio. €

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 20. August 2010 gebeten, mit dem Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Übersichten zu Ausgabereduzierungen bei den Investitionen vorzulegen.

Von den Ressorts sind der Beschlusslage entsprechend die zum Stichtag 30.09.2012 bekannt gewordenen investiven Ausgabereduzierungen von mehr als 1 Mio. € zu melden. Dabei sind insbesondere investive Minderausgaben, die aus einer Reduzierung der ursprünglich geplanten (veranschlagten) Baukosten resultieren, anzugeben.

Die Ressorts haben mit Ausnahme des Produktplans 22 Kultur Fehlanzeige gemeldet.

Meldung zu investiven Minderausgaben per 30.09.2012

Hinweise:

- In Teil I sind Baukostenreduzierungen von mehr als 1 Mio. € (z.B. aufgrund Standardabsenkung, günstigerer Submissionsergebnisse etc.) gegenüber der bisherigen Planung (bzw. Veranschlagung) anzugeben.
- In Teil II sind - bezogen auf das Haushaltsjahr - ausschließlich Ausgabereduzierungen von mehr als 1 Mio. €, die aus aufgeschobenen bzw. aufgehobenen und bisher geplanten (veranschlagten) Maßnahmen entstehen
- Eintragungen sind zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens der Baukosten-/Ausgabereduzierung vorzunehmen
- Eintragungen sind maßnahmebezogen vorzunehmen.
- Diese Meldung ist der Senatorin für Finanzen quartalsweise je Produktplan zuzusenden (Fehlanzeige ist erforderlich).

TEIL I - maßnahmebezogene Baukostenreduzierungen							
PGR	Hst.	Zweckbestimmung	ggf. Maßnahme	bisher geplante Gesamtkosten der Maßnahme	Veränderung	neue geplante Gesamtkosten der Maßnahme	Anmerkung / Begründung
				EUR			
							- Keine Meldungen-
				0,00	0,00	0,00	

TEIL II - maßnahmebezogene Ausgabereduzierungen					
PGR	Hst.	Zweckbestimmung	ggf. Maßnahme	Anschlag Haushaltsjahr	Anmerkung / Begründung
				EUR	
22.03.02	0251/893 30-6	Zuschuss für die Erweiterung/Sanierung des Deutschen Schifffahrtsmuseum		5.000.000,00	Die gesamte Baumaßnahme verschiebt sich in die Folgejahre. Die Bereitstellung der Mittel erfolgt analog dem Bund. Die Mittel werden zum Teil anderen Ressorts zur Verfügung gestellt, bzw auf einem SB-Konto gelagert.
				5.000.000,00	

	Anschlag 2012										Bereinigungen				bereinigter Finanzierungssaldo (einschl. Reste/Verlager.)		
	bereinigte Einnahmen					bereinigte Ausgaben					eckwert-relevanter Finanzierungssaldo	außerord. Rest/Rückl.-Inanspr. *)	inv. Kürzung	Lösungs-konzept Senat		Sonstiges (Verlager. etc.- Schätz. 15.11.)	Veränderung insgesamt (umgekehrtes Vorzeichen)
	konsumtiv	investiv	Insgesamt	Personal	konsumtiv	Tilgung	investiv	Zinsen	Insgesamt	Tsd. €							
01 Bürgerschaft	91,5	0,0	91,5	11.750,5	8.212,7	0,0	415,7	87,0	20.465,9	-20.374,4	260,0	-1,5	45,7	-304,1	-20.678,5		
02 Rechnungshof	2,5	0,0	2,5	2.523,5	339,9	0,0	11,7	0,0	2.875,1	-2.872,6	0,0	0,0	0,0	0,0	-2.872,5		
03 Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh.	157,8	0,0	157,8	7.821,1	4.531,4	0,0	2.664,0	0,0	15.016,5	-14.858,8	140,0	-9,9	-48,7	-81,4	-14.940,2		
05 Bundesangelegenheiten	418,3	0,0	418,3	2.480,5	2.685,2	0,0	78,0	0,0	5.243,8	-4.825,5		-0,3	11,4	-11,1	-4.836,6		
06 Datenschutz	0,0	0,0	0,0	629,3	130,0	0,0	13,1	0,0	772,4	-772,4		-0,1	-10,0	10,0	-762,4		
07 Inneres	30.332,1	175,0	30.507,1	157.742,7	67.861,6	0,0	5.893,2	167,4	231.664,9	-201.157,8	380,0	-21,2	1.145,0	-1.503,8	-202.661,6		
08 Gleichberechtigung der Frau	68,0	0,0	68,0	714,0	211,7	0,0	4,0	0,0	929,7	-861,7		0,0	10,0	-10,0	-871,7		
09 Staatsgerichtshof	0,0	0,0	0,0	38,5	5,1	0,0	0,0	0,0	43,6	-43,6		0,0	0,0	0,0	-43,6		
11 Justiz	36.204,0	0,0	36.204,0	65.189,4	42.770,4	0,0	10.199,1	5,3	118.164,3	-81.960,3		-37,9	750,0	-767,7	-82.728,1		
12 Sport	399,7	0,0	399,7	1.092,0	11.827,0	0,0	2.984,9	34,1	15.938,0	-15.538,2		-11,1	1.911,4	-1.900,3	-17.438,6		
21 Bildung	15.792,3	0,0	15.792,3	294.643,6	249.445,7	0,0	23.750,9	1.038,1	568.878,3	-553.086,0		-32,9	4.956,4	-9.804,9	-562.890,9		
22 Kultur	1.703,0	733,0	2.436,0	4.355,0	70.841,2	0,0	9.833,0	33,4	85.062,6	-82.626,6		-33,8	-1.426,4 *)	1.460,2	-81.166,5		
24 Hochschulen, Forschung	20.601,0	13.333,0	33.934,0	2.235,1	287.354,3	0,0	40.680,0	3.847,1	334.116,5	-300.182,5		-101,6	-750,0	178,7	-300.003,8		
31 Arbeit	23.935,1	0,0	23.935,1	6.833,7	33.900,9	0,0	948,4	0,0	41.683,0	-17.747,9		-3,5	114,6	-111,1	-17.859,0		
41 Jugend u. Soziales	157.443,5	2.580,0	160.023,5	57.059,8	878.505,6	0,0	12.414,0	0,0	947.979,4	-787.955,9		-13,2	2.600,0	-5.571,3	-793.527,2		
51 Gesundheit	12.441,0	0,0	12.441,0	21.511,0	13.650,1	0,0	27.123,3	241,8	62.526,3	-50.085,3		-100,7	300,0	-542,3	-50.627,6		
68 Umwelt, Bau, Verkehr	39.180,0	34.748,0	73.928,0	46.729,3	153.250,4	5.000,0	108.402,0	2.501,0	315.882,7	-241.954,7		-273,6	-53.036,0 **)	53.309,5	-188.645,1		
71 Wirtschaft	3.282,2	23.137,5	26.419,7	5.726,5	30.249,0	0,0	85.049,0	2.445,3	123.469,8	-97.050,0		-229,9	-3.356,7 *)	3.586,7	-93.463,4		
81 Häfen	2.255,4	10.737,0	12.992,4	7.023,9	32.435,5	0,0	71.852,4	29.336,0	140.647,8	-127.655,5		-227,0	-26,9	253,9	-127.401,6		
91 Finanzen / Personal	10.007,3	0,0	10.007,3	72.379,6	15.813,7	0,0	466,1	0,0	88.659,4	-78.652,1		-1,7	1.817,5	-1.815,7	-80.467,8		
92 Allg. Finanzen	117.767,4	0,0	117.767,4	411.739,8	73.903,3	0,0	25.095,0	38,0	510.776,1	-393.008,7		-93,2	-3.200,0	-38.146,6	-431.155,3		
93 Zentrale Finanzen	81.341,7	0,0	81.341,7	0,0	159.046,3	0,0	27.501,0	582.925,4	769.472,8	-688.131,1		1.212,0	-4.581,4	-815,6	-688.946,7		
96 IT-Ausgaben der FHB	0,0	0,0	0,0	0,0	29.426,4	0,0	5.050,7	0,0	34.477,1	-34.477,1		-18,8	331,8	-313,1	-34.790,2		
INSGESAMT	553.423,6	85.443,5	638.867,1	1.180.218,8	2.166.397,3	5.000,0	460.429,6	622.700,0	4.434.745,7	-3.795.878,5	0,0	0,0	2.900,0	-2.900,0	-3.798.778,6		

*) 260.000 Reste-/Rücklagenansprache im investiven Bereich
140.000 Resteinanspruch jüdischer Friedhof Trauerhalle
380.000 Resteinanspruch für Kombiboot Inneres
- 780.000 Ausgleich für Reste-/Rücklagenansprachen o.g. PPL durch PPL 92
- 1.050.000 Ausgleich Mindereinnahme Citytax im PPL 22
- 1.050.000 Ausgleich Mindereinnahme Citytax im PPL 71
5.000.000 staatsneutrale KFA-Mehrausgaben (Anhebung ohne Ausgleich im PPL 93)

**) Unter Berücksichtigung der im Verrechnungswege zu verlagernden und rückzuverlagernden BSAG/BREPARK-Mittel (54,259 Mio. €)

***) positiver Betrag = Saldenverbesserung / negativer Betrag = Saldenverschlechterung

Die vom Senat im Rahmen des
Lösungskonzepts zugelassene
Reste-/Rücklagenansprache
i.H.v. 1.906,6 Tsd. € ist bei den
Zinsausgaben abgesetzt worden.

	vorauss. IST 2012 (Schätzung 01-10/2012)											Abweichung im Finanzierungssaldo Anschl./vorIST *** (einschl. Reste/Verlagerungen)
	bereinigte Einnahmen			bereinigte Ausgaben					eckwertrel. Finanzierungs saldo	Tsd. €		
	INS- GESAMT		Zinsen	Personal		investiv		Zinsen			INSGESAMT	
	konsumtiv	investiv		konsumtiv	Tilgung	investiv	Zinsen					
	Tsd. €											
01 Bürgerschaft	91,0	0,0	91,0	8.213,0	0,0	900,0	86,0	20.990,0	-20.899,0	-220,5		
02 Rechnungshof	3,0	0,0	3,0	340,0	0,0	12,0	0,0	2.648,0	-2.645,0	227,5		
03 Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh.	392,0	34,0	426,0	4.859,0	0,0	3.246,0	0,0	16.128,0	-15.702,0	-761,8		
05 Bundesangelegenheiten	466,0	0,0	466,0	2.685,0	0,0	78,0	0,0	5.521,0	-5.055,0	-218,4		
06 Datenschutz	15,0	0,0	15,0	120,0	0,0	36,0	0,0	942,0	-927,0	-164,6		
07 Inneres	35.839,0	457,0	36.296,0	73.887,0	0,0	8.234,0	167,0	242.118,0	-205.822,0	-3.160,4		
08 Gleichberechtigung der Frau	64,0	0,0	64,0	208,0	0,0	4,0	0,0	875,0	-811,0	60,7		
09 Staatsgerichtshof	0,0	0,0	0,0	7,0	0,0	0,0	0,0	46,0	-46,0	-2,5		
11 Justiz	38.630,0	2,0	38.632,0	64.830,0	0,0	10.163,0	5,0	120.863,0	-82.231,0	497,1		
12 Sport	548,0	67,0	615,0	1.087,0	13.872,0	0,0	3.344,0	34,0	18.337,0	-283,4		
21 Bildung	16.550,0	0,0	16.550,0	294.758,0	259.337,0	0,0	24.486,0	1.039,0	579.620,0	-179,1		
22 Kultur	1.008,0	110,0	1.118,0	4.302,0	72.129,0	0,0	5.758,0	33,0	82.222,0	-81.104,0		
24 Hochschulen, Forschung	46.552,0	13.467,0	60.019,0	2.692,0	316.897,0	0,0	37.007,0	3.847,0	360.443,0	-420,2		
31 Arbeit	11.955,0	0,0	11.955,0	9.423,0	32.485,0	0,0	911,0	0,0	42.819,0	-30.864,0		
41 Jugend u. Soziales	155.440,0	3.132,0	158.572,0	56.185,0	882.814,0	0,0	13.425,0	0,0	952.424,0	-324,8		
51 Gesundheit	12.258,0	0,0	12.258,0	22.316,0	13.626,0	0,0	27.165,0	189,0	63.296,0	-410,4		
68 Umwelt, Bau, Verkehr	38.764,0	36.808,0	75.572,0	49.647,0	112.201,0	6.975,0	97.988,0	2.161,0	288.972,0	-193.400,0		
71 Wirtschaft	2.544,0	29.302,0	31.846,0	7.202,0	29.159,0	0,0	86.996,0	2.544,0	125.901,0	-94.055,0		
81 Häfen	2.122,0	10.737,0	12.859,0	7.803,0	32.375,0	0,0	69.865,0	29.336,0	139.379,0	881,6		
91 Finanzen / Personal	14.585,0	0,0	14.585,0	73.226,0	19.767,0	0,0	530,0	0,0	93.523,0	-78.938,0		
92 Allg. Finanzen	126.430,0	2,0	126.432,0	408.699,0	110.545,0	0,0	38.253,0	38,0	557.535,0	1.529,8		
93 Zentrale Finanzen	76.862,0	0,0	76.862,0	0,0	155.626,0	0,0	28.685,0	562.925,0	747.236,0	18.572,7		
96 IT-Ausgaben der FHB	1.341,0	18,0	1.359,0	0,0	29.066,0	0,0	6.600,0	0,0	35.666,0	-34.307,0		
INSGESAMT	582.459,0	94.136,0	676.595,0	1.188.356,0	2.216.083,0	6.975,0	463.686,0	602.404,0	4.477.504,0	-3.800.909,0	-2.130,4	